DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 – 16 24 67

224 20. JAHRGANG Mai 2003 4,50 €

AUS DEM INHALT:

WIDERWORTE

1983 begann der Radio-Journalist Karl Rössel mit dem freien Journalismus im gemeinsamen Büro, dem Rheinischen JournalistInnenbüro (RJB). Um die fünf Leute waren das in der Regel, die ihr Radio-Handwerk von Grund auf verstanden. Und vieles, was als utopistisches Urgestein belächelt wird, existiert und funktioniert immer noch: gleicher Lohn, Zeitausgleich zur Versorgung von Kindern, »vertikale Arbeitsteilung«. Das RJB zeigt seit zwanzig Jahren: im Kollektiv geht nicht alles immer schief... Richard Herdings Buchbesprechung auf Seite 3.

TOTALVERWEIGERER

Draußen ist Krieg. Das war es auch vor elf Jahren. Da entschloss sich der Hamburger Andreas W. (32), nicht nur den Dienst an der Waffe sondern auch den sogenannten Zivildienst zu verweigern. Auf Dienstflucht, die sogenannte Totalverweigerung, stehen fünf Jahre. Und erneute Einberufung. Andreas W. wurde Anfang April zu einem Jahr Gefängnis auf Bewährung mit 3.000 EUR Geldstrafe verurteilt. Seite 4

KOMMUNEN

Maurice Schuhmann berichtet über eine anarchistische Kommune aus der Region Soria in Spanien, die sich 1992 in einem seit 60 Jahren verlassenen Dorf eingenistet hat, auf Seite 4.

TAUSCHHANDEL

Argentinien: Nach über siebenjährigem Bestehen befindet sich das Netz für solidarischen Tausch, das es Tausenden von Arbeitslosen ermöglichte, durch Tauschhandel ihren Lebensunterhalt zusichern, in einer tiefen Krise und funktioniert nur noch auf minimalem Niveau. Seite 4

REGIOGELD

Der Start des »Chiemgauers«, der sich als Modellprojekt für die Entwicklung von regionalen Komplemtärwährungen in Deutschland versteht, war Anlass für den »1. Kongress Regiogeld«, der Anfang März am Chiemsee stattfand. Seite 4

GRUPPENSELBSTHILFE

Durch die Gründung der Genossenschaft »made in hasenbergl« soll ein ehemals monostrukturiertes Wohngebiet im Münchener Norden durch den Faktor Arbeit bereichert werden. Insbesondere werden Arbeitsangebote für junge Arbeitslose aus dem Münchener Norden im Sinne einer örtlichen Ökonomie entwickelt. Die Genossenschaft wurde als unternehmerische Organisationsform mit hohem Potential an Identifikation für die Mitarbeiter – aber auch für Kunden und für die Bewohner vom Hasenbergl gewählt. Seite 13

www.contraste.org

JENSEITS DER PROPAGANDA

Irak-Krieg – Warum ?

Warum nur? Warum musste dieser schreckliche Krieg gegen die Menschen im Irak begonnen werden? Offensichtlich nicht, weil der Irak die Auflagen der UNO nicht erfüllt hat. Verrückterweise wurden ja noch Tage vor Kriegsbeginn Raketen vernichtet. Offensichtlich nicht, um die Bevölkerung des Irak von seinem Diktator zu befreien. Wie die Taliban wurde ja auch Saddam Hussein vom Westen gründlichst aufgerüstet. Was aber sind die wirklichen Gründe hinter den Propaganda-Kulissen?

Ariane Dettloff/Heinz Weinhausen, Redaktion Köln ● Für welche Ziele ließ die Bush-Regierung und ihre Lobby Tag für Tag Zivilisten in Bagdad bombardieren und töten? Warum wurden die eigenen Soldaten in den Tod geschickt? Vieles wurde dazu geschrieben und gesprochen. Die allzu einfachen Antworten haben uns nicht überzeugt. Etwa dass George W. Bush minderbemittelt und nur machtgeil sei. Dass es nur um das Ausplündern eines Landes wegen seines Öl's geht. Dass neu entwickelte High-Tech Waffen gefälligst auch zu testen seien. Allerdings haben wir auch nicht die alles erklärende plausible Antwort gefunden. Aber etliche gewichtige Aspekte, die zu einem Gesamtbild der neuen Weltlage beitragen können. Einig sind die Autoren, die wir hier vorstellen, darin, dass dieser Krieg nur den Auftakt neuer Kriege bedeutet.

Rainer Rupp sieht den Irak-Krieg als Etappe auf dem Weg zur einzigen Weltherrschaft der USA. Die Strategie dazu wurde bereits in der 1997 gegründeten Falken-»Denkfabrik« »Project for a New American Century« u.a. von Rumsfeld und Cheney entworfen. Ganz entgegengesetzt die These des französischen Politologen Emmanuel Todd, dargelegt von Michael Schneider. Er sieht die USA durch ihr enormes Handelsdefizit in großen ökonomischen Schwierigkeiten und schätzt sie somit als niedergehende Supermacht ein. Die außenpolitische Machtpolitik und das Führen von *Kriegen können den Zusammenbruch* des US-Imperialismus nicht aufhalten. Robert Kurz sieht in seiner Analyse »Der Krieg gegen die Krise« den Irak-Krieg und die kommenden Weltordnungskriege als Auswuchs der Globalisierung, den die einzige Weltmacht USA ebenso wenig gewinnen kann, wie »ein Panzernashorn seine eigenen Darmviren angreifen kann«. *Die wachsende* Systemkrise und der Prozess sozialer Zerrüttung lässt den Terrorismus *nachwachsen wie die Köpfe der Hydra.* Die Redaktion des »Gegenstandpunkt« sieht die Kriegsursache *in einem umfassen*den Sicherheitsbedürfnis der USA, das die Kontrolle der Ölregion gebiete, auch, um die Zugangsbedingungen zum Öl andere Staaten diktieren zu können. Luis Mesa Delmonte, Politologe aus Kuba, analysiert die mittelfristig große Bedeutung des Öls, des »Schmiermittel des Kapitalismus« für die USA auch im Hinblick auf deren Verhältnis zu den Konkurrenten wie Europa und Japan. Andere Stimmen und Berichte zum Irak-Krieg ergänzen diesen Schwerpunkt.

Wie immer wird man erst im Nachhinein, vielleicht erst in einigen oder gar vielen Jahren Gesichertes sagen können: Gelang der US-Regierung die umfassende Kontrolle der Ölvorkommen der Welt? War der Irak-Krieg nur der Anfang vom Ende der niedergehenden Supermacht USA? War die Isolierung der USA im UN-Sicherheitsrat der Durchbruch für eine neue Supermacht Europa? Wurden die westlichen Metropolen von Terroranschlägen erschüttert? Zeigte sich, dass dem niedergehenden Kapitalismus auch nicht durch neue Weltordnungskriege noch auf die Sprünge zu helfen war?

Unabhängig davon, was die Zukunft bringen wird, so ist der Eroberungskrieg der USA und Großbritanniens ein weiterer deutlicher Beleg dafür, dass sich die Marktwirtschaft nicht im sozialen Sinne regulieren und domestizieren lässt. Eine gesellschaftliche Alternative lässt sich nur jenseits von Konkurrenzökonomie und der damit einhergehenden Geld-Demokratie entwickeln. Und – so wird man inzwischen hinzufügen müssen – auch jenseits des Öls, dem »Grundnahrungsmittel des Kapitalismus«.

John Heartfield (Plakat 1960)

Dass auch ein anderes Arbeiten und Wirtschaften, dass ein solidarisches Miteinander trotz aller Schwierigkeiten und Widersprüche möglich ist, zeigen weltweit die Initiativen, Genossenschaften, Projekte, Kommunen, die sich nicht ins Marktherrschaftliche vereinnahmen ließen. Damit zeigen sie konkret, dass eine andere Welt, eine menschenwürdige selbstorganisierte Gesellschaft keine Vision bleiben muss. Ohne Widerstand gegen den Kriegswahnsinn und sonstige Brutalitäten des business as usual wird dies allerdings kaum gelingen können.●

Schwerpunktthema Seite 5 bis 12

D 8008

ARGENTINIEN

Nobelhotel in Selbstverwaltung

In letzter Zeit wurden die sozialen Bewegungen Argentiniens mit ansteigender Repression konfrontiert. Die Situation ist angespannt und wird sich nach allen Einschätzungen mit den Präsidentschaftswahlen Ende April noch verschlimmern. Doch die Bewegungen und Initiativen sind vielfältig. Während sich ein grosser Teil darauf konzentrieren muss, zu retten was noch zu retten ist, entstehen gleichzeitig neue Projekte, die Hoffnung und Kraft verbreiten. Die Bewegungen lassen sich nicht auf einen Abwehrkampf reduzieren – immer wieder gelingt es neue Räume zu erobern. Am 21. März wurde das Nobelhotel BAUEN von seinen ehemaligen Angestellten besetzt. Wir sprachen mit einem Beteiligten und hörten Ungewöhnliches.

von chika y ralpho indymedia-argentinien ● Avenida Corrientes, Buenos Aires. Eine Strasse, berühmt für ihre Geschäfte, Buchläden und ihr Nachtleben, beliebt bei Touristen und Mittelschicht – eine gute Möglichkeit Geld loszuwerden. Mittendrin steht das 24-stöckige Nobelhotel BAUEN, das mit seinem Glanz und Glamour über Jahre hinweg wichtige Persönlichkeiten anlockte. Trotz der finanziellen Unterstützung der Regierung schloss das Hotel am 22. Dezember 2001 seine Pforten. Wie in so vielen Fällen hatten die Besitzer die Möglichkeit genutzt sich eine goldene Nase zu verdienen und das Geld im Ausland sicher zu deponieren. Das Hotel ging Pleite – 250 Angestellte standen perspektivlos auf der Strasse.

Resignation und Aufbruch

Nach ihrer Entlassung hatte keineR der ehemaligen Angestellten wieder einen festen Arbeitsplatz gefunden. Als sogenannte »Arbeitslose« sahen sie sich in einer auswegslosen Situation. Wie auch in Deutschland und allen anderen Staaten werden Menschen, die nicht im kapitalistischen Sinne beschäftigt sind als »arbeitslos« und damit nutzlos abgestempelt. Hier und überall folgen daraus Resignation und ein Gefühl der Ohnmacht. Dies wird als persönliches Problem abgetan und der gesellschaftliche Zusammenhang ausgeblendet – viele Menschen ziehen sich in sich zurück und vereinsamen.

Die Initiative eines Ex-Angestellten des Hotels BAUEN durchbrach diese Logik. Er startete eine Telefonkette, worauf sich 20 der ehemaligen Angestellten des Hotels zusammensetzten, um über die Möglichkeiten einer Besetzung und Wiederinstandsetzung zu beraten. Informationen wurden eingeholt, eine Kooperative gegründet und schließlich die Besetzung beschlossen. »Wir klauen niemandem etwas«, erklärt ein Mitglied der Kooperative, »wir fordern nur ein, was unseres ist.« Nach 1 1/2 Jahren Leerstand ist nun wieder Leben ins Hotel zurückgekehrt. Vor der Tür stehen den ganzen Tag über Leute, die Informationen an die vorbeieilenden Passanten verteilen und Unterschriften sammeln. Momentan ist die Besetzung vorübergehend geduldet. Um so mehr Unterschriften zusammenkommen, desto wahrscheinlicher ist es, dass die Enteignung des Hotels gerichtlich beschlossen wird. Im Inneren des Hotels wird bereits gearbeitet und die ersten Reperaturen durchgeführt, im Foyer sitzen Leute um einen Tisch und werten die tägliche Presse aus – der Andrang der Medien seit der Besetzung ist gross und ungewohnt für die ehemaligen Angestellten.

Die Gründung der Kooperative und das Projekt der Wiederinstandsetzung bedeutet eine grundlegende Veränderung im Leben der Beteiligten. Plötzlich eröffnen sich Perspektiven, es gibt einen Weg, der selbstbestimmt beschritten werden soll. Zwar ist der Weg an sich noch unklar, es gibt viele Fragen und Diskussionen, die noch geführt werden müssen. Doch der Wille und die Kraft sich gemeinsam auf den Weg zu machen, ist gewiss. Unser Gesprächspartner sprüht vor Energie, wenn er von den Ideen und Möglichkeiten erzählt, die verwirklicht werden wollen.

Mit der kapitalistischen Logik brechen

Klar ist, dass es einen würdigen Lohn für alle, die im Hotel arbeiten, geben wird – über die genaue Lohnverteilung wird ...

Fortsetzung auf Seite 3

Die ewige Wiederkehr des Religiösen

Kongress zur Untersuchung der Auswirkungen von Religion und Esoterik in Erziehung und Bildung

In Zusammenarbeit mit dem AStA der Uni Trier, der GEW Trier und der GEW Studierenden- und DoktorrandInnengruppe der Universität Trier und der Jenny Marx-Gesellschaft für politische Bildung e.V. veranstaltet die politische Hochschulgruppe Forum Demokratischer AtheistInnen (FDA) vom 22. Mai bis 25. Mai 2003 einen Kongress.

Grundlage der bevorstehenden Veränderungen im staatlich-privaten Bildungssystem ist das von der WTO (World Trade Organisation) verabschiedete GATS-Abkommen (General Agreement on Trade in Services). Diese Vereinbarung soll den kommerziellen Handel mit Dienstleistungen – einschließlich dem des Bildungssektors – vorantreiben und in transnationalen Abkommen die Liberalisierung der staatlichen Dienstleistungen regeln.

Über die Zukunft der Bildung wird nicht erst seit PISA gestritten. Die einen fordern die staatliche Hand im Bildungssystem, die anderen plädieren für eine stärkere Öffnung des Bildungssektors für private Anbieter. Wenn Schranken fallen, bedeutet dies nicht nur mehr Freiheit und weniger Staat; zuallererst bringt dies ein mehr an Verantwortung für die Eltern und SchülerInnen, da sie einer Vielzahl von Alternativen gegenüberstehen. In staatlichen und privaten Schulen wird schulische Bildung und weltanschauliche Ideologie verknüpft. Welcher Art die dort vermittelten Werte sind, aus welchem Hintergrund die (traditionell) religiös oder esoterisch ausgerichteten Pädagogiken kommen, wird auf dem Kongress behandelt.

Dieser bundesweite Kongress wird als erster die Auswirkungen der religiös-esoterischen Angebote auf die Lernenden und den damit verbundenen Auswirkungen auf die Gesellschaft anhand von Workshops mit den TeilnehmerInnen diskutieren. Als ReferentInnen wurden u. a. eingeladen: Prof. F. Buggle (Christliche Erziehung), Prof. K. Prange (Anthroposophie/Waldorfpädagogik), Dipl. psych. C. Goldner (Esoterische Psychoszene), Dr. W. Proske (Montessori) und Dr. M. Wölflingseder (Irrationalität).●

Weitere Informationen zum Kongress:
www.fda-kongress.de, Email fda@uni-trier.de,
Fon (0651) 99 86 828, Fax 99 86 829

UnterstützerInnen: IBKA e.V., Infoladen Trier, Netzwerk Selbsthilfe Saar e.V., Deutscher Freidenker Verband – LV Rheinland-Pfalz/Saarland, Atheistische Gruppe Kiel, Rote Liste – Hochschulgruppe an der Universität Trier und Alibri Verlag. In Kooperation mit der Rosa Luxemburg Stiftung.

Internationalismuskongress gegen Krieg

Vom 6.-9. Juni wird der BUKO 26 in Bremen stattfinden. Der BUKO ist der jährliche Kongress der Bundeskoordination Internationalismus, eines bundesweiten Zusammenschlusses von Dritte-Welt-Gruppen und internationalistischen Basisinitiativen. Der diesjährige BUKO ist ein gemeinsames Projekt der BUKO, Crossover, dem Antipatriarchalen Netz Berlin und dem bundesweiten Bündnis Krieg ist Frieden (KIF).

Krieg ist das zentrale Thema des diesjährigen BUKO. Krieg zu führen, ist gar nicht so einfach. Nicht nur Waffen sind nötig, gebraucht werden ebenso Menschen, die bereit sind, im Krieg zu töten und getötet zu werden, ein komplexe Logistik, ein Feind. Menschen müssen zu SoldatInnen gemacht, gesellschaftliche Zustimmung muss hergestellt und der eigene Vorteil sichergestellt werden.

Dennoch sind Kriege so alt wie die Geschichte. Permanent werden irgendwo auf der Welt kleine und große Kriege geführt. Der Krieg bleibt, doch Formen und Akteure von Kriegen wandeln sich. Waren in Zeiten des Kalten Krieges mehr oder minder dezente Einmischungen in innere Konflikte zu Gunsten der ideologisch passenden Seite die Wahl der Stunde, sind Kriege »für Menschenrechte« und »gegen Terror« im letzten Jahrzehnt wieder zum ganz offiziellen Mittel internationaler Politik geworden. Kapitalistische Globalisierung wird militärisch begleitet. Vom grellen Licht der Weltöffentlichkeit unbeleuchtet halten daneben Bürgerkriege in zerfallenden afrikanischen Staaten seit Jahren an, fordert die »Aufstandsbekämpfung« in Kolumbien oder anderswo Menschenleben.

Krieg hat seine Ursachen immer im jeweiligen gesellschaftlichen System und hat Rückwirkungen darauf. Der BUKO 26 will das Phänomen Krieg in Bezug zu kapitalistischer Globalisierung und Patriarchat, Machtpolitik und Alltagslogik, historischen Brüchen und Kontinuitäten setzen. Dabei steht weniger das tagesaktuellen Geschehen im Vordergrund, als das gemeinsame Bemühen, Krieg im Hinblick auf seine Ursachen, seine Formen und Akteure, seine Funktion innerhalb des kapitalistischen und patriarchalen Systems, seine Auswirkungen und seine gesellschaftliche Durchsetzung besser zu verstehen. Nicht zuletzt geht es uns um den Versuch, Friedensvisionen und Möglichkeiten radikaler Antikriegsopposition und -aktionen zu entwickeln, denn eine einmischungsfähige Friedensbewegung jenseits von Anti-Bush-Parolen und Lichterketten tut Not.●

Kontakt: BUKO, Kongressbüro Bremen, Buchtstr. 14/15, D-28195 Bremen
Tel. (04 21) 364 87 92
E-Mail: buko26@yahoo.de
Web: www.buko.info.

MCPLANET.COM – DIE UMWELT IN DER GLOBALISIERUNGSFALLE

Unser Planet – ein Wegwerfprodukt? Wie viel muss der Norden abspecken, damit der Süden zulegen kann, ohne dass der Planet aus allen Nähten platzt? Sind ökologische und soziale Standards unerlässlich für die Rettung der Erde, oder schützen sie nur unsere Märkte und unseren Wohlstand? Wer soll die Macht über Wasser, Energie und genetische Ressourcen haben? Globale Multis in Selbstregulation? Internationale Institutionen mit global verbindlichen Regeln? Oder doch die lokale Bevölkerung?

McPlanet.com ist der Kongress zu allem, was an der Schnittstelle von Umwelt und Globalisierung relevant und spannend ist. Die über 1.000 erwarteten TeilnehmerInnen sollen sich austauschen können, miteinander diskutieren und voneinander lernen. Der Kongress will Kontroversen aufgreifen, provozieren und auch mobilisieren. Auf sechs großen Panels diskutieren UmweltschützerInnen und GlobalisierungskritikerInnen mit internationalen Gästen; dazwischen bieten Dutzende Foren, Workshops und Seminare die Gelegenheit, Themen wie Welthandel, Umweltgerechtigkeit oder alternative Lebensstile zu vertiefen.

27. bis 29 Juni 2003, Technische Universität Berlin
Veranstalter: Attac, BUND und Greenpeace, in Kooperation mit der Heinrich Böll Stiftung und dem Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie
Programm, praktische Hinweise und online-Anmeldung finden sich unter http://www.mcplanet.com
Information & Anmeldung:
Kongressbüro McPlanet.com, Rothenburgstr. 16, D-12165 Berlin, Tel. (0 30) 79 70 66 10, Fax 79 70 66 20
E-Mail: info@mcplanet.com

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

- O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
- O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... Euro pro Jahr.
  (mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
- O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
- O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den Differenzbetrag zum Abo.
- O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den vollen Mitgliedsbeitrag.
- O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
- O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V. · Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

AKTION 2003:

Gutes und Schlechtes ...

gibt es für den Monat April zu berichten. Die gute Nachricht: Weitere 359,66 EUR sind auf unserem Spendenkonto bis zum 20.4.2003 eingegangen. Damit haben wir bisher 4.698,28 EUR über Spenden und sonstige Mehreinnahmen zusammen bekommen. Für die für dieses Jahr errechnete Deckungslücke benötigen wir noch 317,96 EUR. Ein weiteres Ziel ist ein Teilabbau unserer Schulden aus vergangenen Jahren. Insgesamt fehlen dem Zeitungsprojekt jetzt noch 2.818,34 EUR. Einhundert Spenden über 28 EUR würden uns ins Ziel bringen und unsere Unabhängigkeit auch für die Zukunft gewährleisten. Die schlechte Nachricht: Unsere Abokampagne verkehrt sich ins Gegenteil.

Redaktion Heidelberg ● Folgende Spenden gingen auf unserem Spendenkonto ein:

- Reinhold Scholtes, Rudolstadt (10 EUR)
- Klaus-Jürgen Schumacher, Hannover (30 EUR)
- Martin Harder, Berlin (17 EUR)
- N.N. (270,06 EUR)
- H.E. Klein, Waddewitz (3 EUR)
- Joachim Kucza, Berlin (4,60 EUR)
- Peter Bach, Köln (25 EUR)

CONTRASTE bedankt sich ganz herzlich bei allen SpenderInnen und Mitgliedern des Fördervereins, die es ermöglichen, dass CONTRASTE weiter erscheinen kann.

Abokampagne 100+

Unsere Abokampagne 100+ verkehrt sich immer mehr in das Gegenteil. Es gab keine Neuabos und 8 Kündigungen. Eine weiter Fördermitgliedschaft wurde gekündigt.

Somit benötigen wir mittlerweile 119+ an Neuabos, damit wir die für 2004 zu erwartende Deckungslücke verhindern. Das ist eigentlich kein zu hoch gestecktes Ziel, aber mit unseren Mitteln der Abowerbung schwer zu erreichen. Wir benötigen dazu die Hilfe unserer LeserInnen, denn Ihr seid die besten MultiplikatorInnen.

Wir hoffen weiterhin auf Spenden, Neuabos und Umstellungen bestehender Abos auf Fördermitgliedschaften. Umstellungen helfen, das Zeitungsprojekt zu stabilisieren. (Coupon auf dieser Seite!). Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076 (bitte Wunsch nach Spendenquittung angeben!). Über den neuesten Stand werden wir wieder in der nächsten Ausgabe berichten.

Dankbar wären wir, wenn unsere LeserInnen, die an diversen Tagungen und Veranstaltungen teilnehmen, kostenlose Überdrucke der CONTRASTE dort auslegen würden. Bestellungen unter
Tel. (0 62 21) 16 24 67.●

SPENDEN- UND ABOZÄHLER

Das Zeitungsprojekt benötigt noch 2.818,34 EUR an Spendengeldern.

Das Ziel der Abokampagne: 119+ Neuabos

NICHT VERGESSEN!

Unter dem Motto »Gegen die Arbeit – für das Leben« ruft das »Bündnis gegen die Arbeit« zu einer Demonstration am 6. Mai 2003 nach Erfurt auf. Die Demonstration findet mit einer Auftaktkundgebung um 15.30 Uhr auf dem Karl-Marx-Platz (am Juri-Gagarin-Ring) statt. Im Aufruf heißt es: »... Wenn es das Prinzip der Arbeit ist, das die menschliche Existenz in Frage stellt, dann ist es höchste Zeit, das Prinzip der Arbeit in Frage zu stellen.« Der Aufruf wurde bereits in CONTRASTE Nr. 222 (März 2003, Seite 6) veröffentlicht. Auch im Internet gibt es den Aufruf unter http://ameisen.arranca.de.

Kontakt:
Offene Arbeit Erfurt
Allerheiligenstr. 9, D-99084 Erfurt

IN EIGENER SACHE

Hin und wieder erreichen uns nicht nur lobende sondern auch zornige LeserInnenbriefe. Wir möchten ausdrücklich daraufhinweisen, das die in CONTRASTE veröffentlichten Artikel nicht zwangsläufig den Meinungen unserer Redaktionsmitglieder entsprechen müssen – selbst diese haben nicht eine einheitliche Meinung. Da sich CONTRASTE als Diskussionforum unterschiedlichster Bewegungen (und eben auch Meinungen) versteht, werden immer wieder auch Artikel, die zu kontroversen Diskussionen führen (und zugegebenermaßen manchmal recht provozierende Äußerungen enthalten) abgedruckt. Wir halten es für wichtig, keinen unkritischen Pluralismus zu vertreten aber denken, dass alle standhaft genug sein sollten, gemeinsam eine Streitkultur zu pflegen, die wichtige Auseinandersetzungen möglich macht. Also: Beim nächsten Ärger über einen Artikel nicht gleich zornig zum Hörer greifen und das CONTRASTE-Abo kündigen, sondern zur Feder oder Tastatur greifen und selbst etwas schreiben. Wie schon gesagt: Wir verstehen uns als offenes Diskussionsforum!

Kurt's Surf-Center: Anfang vom Ende der freien Informationsgesellschaft?

Kopien klauen kostet!

Kopien klauen kostet künftig und das ganz schön happig. Bis zu einem Jahr Knast oder Geldstrafe verspricht der Bundestag seit April allen Phono- und Softwarepiraten, die Kopierschutz umgehen. Wenn der fragliche Gesetzesentwurf auch noch den Bundesrat passiert (was eingedenk der verwerterindustriefreundlichen »Kirch«gänger der Christdemokraten und fachverlagslobbyierenden Freidemokraten freilich zu erwarten ist), wird einer EU-Richtlinie aus 2001 entsprochen, die digitale right-management-Standards setzt.

Der Spaß ist aus. Gelackmeiert sind ProduzentInnen und NutzerInnen digitaler Geistesgüter gleichermaßen. Die Letzteren dürfen ohnehin mehr zahlen für allerlei Kopiergerät (von 20 bis 38 EUR Aufschlag pro Hardwareteil ist die Rede) – die ersteren werden von den copyrighterwerbenden Verwertern mit einem Almosen abgefunden. Die Hand aufhalten hingegen darf der Rechteinhaber, indem er einen Kopierschutz einbaut.

Auch der freie Zugang zu Wissen ist eingeschränkt und auf das, was das eigene Wissenschaftsintranet bereithält, begrenzt. Anderes kann künftig mit technischem Kopierschutz versehen sein. Die etablierte Verlagswelt jubelt. »Lex Bertelsmann« nannte das kritische E-Zine »Telepolis«, selber im Heise-Verlag, den Gesetzesentwurf.

Und weniger begeistert ist auch die IT-Welt. Nicht nur, dass ein Preisschub ihres Spielzeugs im Druck/Scann- und Brennbereich aktuell konjunkturpolitisches Gift ist, nein, ganze Softwareschmieden im boomenden Kopiergewerbe verlagerten kurzerhand ihre Arbeit in die verbraucherfreundlichere Schweiz. Die Verunsicherung ist groß. Internet-Tauschbörsen stöhnen: wie soll festgestellt werden, aus welchen Quellen getauscht wird? Steht jetzt jeder p2p-Börsen-User und sein Provider womöglich auch noch mit einem Bein vor dem Kadi, weil er Raubkopien ver- oder erdealt? Auskunftspflichten zu NutzerInnenverhalten wurde jedenfalls unlängst mit der Terroristengesetzgebung verschärft.

Diejenigen KünstlerInnen und ProgrammiererInnen hingegen, die gehofft hatten, ihre Kranken- und Altersversicherung könnte über ein neu entstehendes Abgabensystem gefördert werden, werden in die Röhre schauen. Profitieren tut auch nach dem Haffaprozess lediglich der Titel- und Rechteverwerter: die Medienindustrie.

Kein Wunder, dass sich unter diesen geistvollen Gesetzgebungsergüssen nur mehr der Gedanke entwickeln kann, geistiges Eigentum zu vergesellschaften: die »General Public Licence« der »Open-Source«-ProgrammiererInnen dürfte unter diesen Umständen einfach attraktiver sein, als seinen Hirnschmalz irgendwelchen Mediengeiern zum Fraße zu veräußern.

Just copy and improve – alles wird besser.●

REZENSION

Tapfer. Mutig. Handwerklich grundsolide. Und vor allem: weltweit.

Das Rheinische JournalistInnenbüro in Köln zeigt seit zwanzig Jahren: im Kollektiv geht nicht alles immer schief ...

Von Richard Herding, Informationsdienst: für kritische Medienpraxis, Berlin ● Gleich vorneweg: der Schreiber dieser Zeilen köpfte vor kurzem eine Flasche (Rotkäppchen selbstverständlich, Berlins Prenzlauer Berg gehört schließlich zum spannenden »Osten«) auf sein 27. Jahr bei journalistischen Kollektivprojekten aus der Wurzel »ID«, was auf »Informations-Dienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten«, Frankfurt am Main 1973-1981, zurückgeht. Auch wenn er reichlich Krôten zu schlucken bekam, ist er's nicht leid. Doch zu den rheinischen KollegInnen kann er nach Lektüre ihres Jubiläumsbüchleins »Widerworte« anerkennend sagen: die haben's vorbildlich gelöst, nahezu krötenfrei ...

1983 begann der Radio-Journalist *Karl Rössel* mit dem freien Journalismus im gemeinsamen Büro, um die fünf Leute waren das in der Regel (heute außer Rössel: *Beate Hinrichs, Birgit Morgenrath, Albrecht Kieser, Gerhard Klas*). Sie verstanden ihr Radio-»Handwerk« von Grund auf, und Aufträge kamen vom Westdeutschen Rundfunk, doch auch Buch, Zeitung, Fernsehen wurden versorgt. Aber sie machten ihre Hausaufgaben. Vom Überstehen der szene-üblichen Frauen-Männer-Kämpfe kündet das große I im Namen; diverse »solidarische Kräche« mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund zeigten, dass von dort für jede Kritik an jeder Misere der Arbeitswelt ein Auftrag kommen kann, außer wenn es am DGB selbst etwas zu kritisieren gäbe. Und leider ist Journalismus hierzulande noch provinziell genug, dass Internationalismus auffällt: Krieg in der Westsahara, Apartheid in Südafrika, Bürgerrechts-Verweigerung bei indigenen Australiern – Aufklärung ist nun mal weltweit oder sie ist gar nicht. Unermüdlich lernen, unerschrocken neue Methoden – nicht zuletzt: der Finanzierung – suchen, unumwunden auch der eigenen »Szene« zeigen: Aussteigen aus dem Mainstream heißt nicht weniger Qualifizierung oder Energie oder Flexibilität, sondern mehr von alledem.

Vieles, was als utopistisches Urgestein belächelt wird, existiert und funktioniert nach dreister Behauptung der KölnerInnen: gleicher Lohn; Zeitausgleich zur Versorgung von Kindern; »vertikale Arbeitsteilung« oder schlichter gesagt: alle teilen sich anteilmäßig die Infrastruktur-Arbeiten von Blumengießen über Kontoverwaltung bis Spülen, wenn auch – oh welcher Verlust an bunter Erlebniswelt und nichtendenwollenden Anekdoten !–, das PUTZEN seit einiger Zeit nach »außen« vergeben ist.

Alles mitgemacht, alles überstanden. Beim Quiz der Nation wird niemand die Million gewinnen für die Frage: in welchem Jahr hat das vorbildlichste links-alternative journalistische Kollektiv den Kollegen Computer reingelassen: 1991 ? 1976 ? 1985 ? Die unglaubliche, richtige Antwort ist: 1991, keinen Augenblick früher !!!. Und nicht Joseph Weizenbaums oder Herbert Kubiceks oder Ernesto Cardenals Computer-Kritik versperrte das Tor, sondern der Schriftsteller Eduardo Galeano aus Uruguay: beim Schreiben müsse er sich die Hände schmutzig machen ... Heute, natürlich !, fragen sie sich wie alle: haben wir jemals ohne Computer geschrieben ?

Nicht zuletzt ist »Widerworte« ein Lesebuch vom Feinsten aus der Weltgeschichte des letzten Jahrhunderts, keineswegs beschränkt auf Insider mit Kenntnissen, aber auch nicht geschwätzig »populär«. Es gelingt das Erstaunliche, dass ohne Vorkenntnisse der Westsahara-Konflikt mit ein paar Seiten Radio-Hören bzw. -Lesen so erklärt und dargestellt wird, wie es für ein Universitäts-Publikum geeignet würde, aber auch für eine Solidaritäts-Kundgebung oder Politik-Beratung.

Das RJB 2003 (v.l.n.r.): Karl Rössel, Beate Hinrichs, Birgit Morgenrath, Albrecht Kieser, Gerhard Klas

Ein Glanzstück ist der Abschnitt »Verschwiegene (auch »verdrängte, vergessene«) Geschichte(n)«, in dem vorwiegend grauenhafte aber auch heroische – und spitzbübische Episoden aus den Hinterstuben der Ersten und Dritten Welt berichtet werden. Die wilhelminisch-kaiserlich-deutsche Kolonialgeschichte, zu der heute etwa die Heinrich-Böll-Stiftung mühsam wieder die Erinnerungspolitik belebt, wird am Beispiel des indigenen namibischen (südwestafrikanischen) »Aufrührers« Hendrik Witbooi präsent. Aus einem der ärmsten Länder der Welt, Burkina Faso, einst Ober-Volta, woher noch keine Prominenz die deutschen Bildschirme erreicht hat, wird uns der 1987 ermordete egalitär-demokratische Präsident Thomas Sankara bekannt gemacht. Das deutsch-rumänische »Rücknahme-Abkommen« – es geht um Menschen, nicht um BSE-verseuchtes Schlachtvieh oder um geschmuggelte Zigaretten, vor allem um Roma alias »Zigeuner« – von 1992, die unrühmlichste staatlich-rassistische Maßnahme kurz nach der deutschen Vereinigung, erhält seine »Würdigung« zum 10. Jahrestag. Desgleichen die jüdische Ansiedlung in Australien, die während der Hitler-Herrschaft von der dortigen Regierung verhindert wurde, desgleichen die Türken-Anwerbung von 1961, anders als bei italienischen und spanischen »Gast«arbeitern nur für kurze Zeit und ohne Familie.

Unter den politischen Kommentaren ist der zur europäischen Kurden-Hysterie 2002 – lange nach und trotz des zivilen Kurswechsels nach »Apo« Öcalans Verhaftung – bemerkenswert. Satirisches Talent beweisen die KölnerInnen bei einer »Nahwest«-Expertise, wo sie die Christen bei Fronleichnam und markigen Bibelsprüchen so behandeln wie der bekannte Islam-Experte, Herr Schwoll-Natur (oder so ähnlich, mir fällt der Name nicht ein), in sämtlichen Talkshows über den Islam herzieht, und zwar bereits 1994. Dass im Namen christlicher Religion heute in Europa blutige Kriege geführt werden, klingt erst einmal befremdlich, bis die Stichworte Nordirland und Balkan fallen. Vom Bush-»Kreuzzug« 2003 ganz zu schweigen.

Die Reportagen sind ganz unterschiedlich: da ist des »rasenden Reporters« Egon Erwin Kisch Landung in Australien 1934, wo ihm die Einreise verweigert wurde, vermutlich weil konservative Politiker es mit einem Herrn Adolf Hitler nicht verderben wollten. (Kisch übrigens sprang vom Schiff, brach sich ein Bein, hinterließ bei der Bevölkerung vielleicht einen stärkeren Eindruck als es seine vorgesehene antifaschistische Rede getan hätte.) Und gleich danach der »Schutz« von Kindern in deutschen Prozessen wegen sexuellen Missbrauchs – ein lebendiger Eindruck davon, wie eine an sich vernünftige Trennung der kindlichen von den erwachsenen Zeuginnen und Zeugen dazu führt, dass sich »geschützte« Kinder schuldig fühlen und stärker belastet werden. Eindrucksvoll und rundherum durchrecherchiert ist der Bericht aus dem Abschiebe-Knast im westfälischen Büren. Die Analyse des informellen Arbeitsmarkts in Deutschland, in der gewerkschaftlichen »metall«-Zeitung veröffentlicht, hat ihre starke Seite ebenfalls in den Reportage-Teilen: etwa wenn der indische Rosenverkäufer erst sehr genau die deutsche Einstellung gegen »Scheißausländer« aufdeckt, um sich dann schnellstens von den Polen zu distanzieren, die billige Tellerwäscher-Jobs annehmen, was für ihn, den Inder, gänzlich unter seiner Würde wäre...

Eingang zum RJB, Merowingerstr. 5-7, 50677 Köln, Tel. (02 21) 31 70 91
Fax 331 87 52, E-Mail: rjb-koeln@t-online.de

Die Härten von Repression und Zensur hat das Köllsche Kollektiv auch kennengelernt, aber so souverän wie das RJB ist, reagierte da eher die hohe Obrigkeit auf legitime »begrenzte Regelverletzungen« von unten, als dass sie angegriffen hätte. Einer vom RJB kriegt den Journalistenpreis für Entwicklungspolitik und – dreimal dürfen wir raten, was passiert: er nutzt die Dankesrede zu einem flammenden, sachlich hochfundierten Angriff auf die versammelte Prominenz wegen ihrer Dritte-Welt-schädlichen Politik, bis die Herrschaften vom Ministerium donnernd die Saaltüren zuschlagen. Da lassen sich KollegInnen eine London-Reise von einem Pharma-Konzern »sponsern«, die RJB-lerInnen wittern Korruption, schlagen der Redakteursversammlung des Westdeutschen Rundfunks vor, ethische Grundsätze dagegen zu setzen, aber die KollegInnen lehnen das ab. Zusammen mit »Mediawatch«, einer lobenswerten grün-evangelischen Initiative zur kritischen Beobachtung der Dritte-Welt-Berichterstattung (zeitweise gefördert von Heinrich-Böll-Stiftungs-Geldern, läuft das noch ?) in Nigeria kritisiert wegen Manipulationsversuchen der Öffentlichen Meinung. Das gipfelt im »Prostitutions«-Vorwurf an einen Redakteur der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Die zieht vor Gericht, aber dort wird die Polemik der Kölner als zulässig betrachtet. Soweit also eher Attacken des Rheinischen JournalistInnen-Teams gegen »die da oben«. Anders hingegen die Beschnüffelung durch den Verfassungsschutz 1997 bis 1999, ausgelöst durch ein kritisches Buch zum Westsahara-Konflikt: da wird der RJB-Verfasser in die Nähe der »Anti-Imperialistischen Zellen« gerückt, eine der letzten »militanten« Gruppierungen in diesem unserem Lande, und seine Gegenwehr blieb erfolglos, nicht einmal angemessene Akteneinsicht wurde gewährt.

Nein, Kritik hat's hier nicht leicht, das Buch ist ein gelungener Wurf. Kein Wunsch blieb offen – na ja, heutzutage wo selbst im SPIEGEL zu sehen ist, wer welchen Artikel fabriziert hat, wäre es schon ganz praktisch, wenn auch in der Liste der Radio-Sendungen, wie bei den Buch-, Zeitschriften- und TV-Publikationen, die AutorInnen-Namen genannt würden. Oder waren's jedes Mal alle aus dem Kollektiv ? das wäre ja höchst interessant, und wir bräuchten auch die Namen der jeweils »Ehemaligen« seit 1983 ...

Nicht mal ein Druckfehler war zu entdecken. Das einzige Problemchen, »Simbabwe« oder, weniger gebräuchlich, »Zimbabwe« für das einstige Rhodesien – da hätten sich die KorrektorInnen wohl einigen sollen, wiegt aber nicht gerade schwer. Wegen meiner schlechten ungarischen Sprachkenntnisse witterte ich einen Fehler, als in dem übersetzten Titel des RJB-Buchs »Die neue Armut« das Kürzel »NSZK« auftauchte. Wie bitte, NSZK ? Die Aufklärung kam prompt: »Deutsche Bundesrepublik« wird bei den Magyaren mit NSZK abgekürzt, Teufel auch: die deutsche Geschichte, zusammengesetzt aus »NS« und »ZK« --- doch das ist nun einmal reiner Zufall. Also: ungeschmälerter Dank nach Kölle, und macht weiter so.●

Rheinisches JournalistInnenbüro, Widerworte – Journalismus im Kollektiv –, Berlin: Assoziation A, 2003; 160 S., 12 EUR

FORTSETZUNG VON SEITE 1

... momentan noch diskutiert. Auf jeden Fall soll das Hotel nicht wieder zu dem kapitalistischen Betrieb werden, das es früher war. Die Kooperative, die mittlerweile aus 35 Leuten besteht, will die kapitalistische Logik durchbrechen und neue Akzente setzen. Ihre Mitglieder wollen alle wieder auf ihre ehemaligen Arbeitsplätze zurück, es soll keine Chefs geben – stattdessen werden Entscheidungen in Versammlungen getroffen. Das Projekt soll nicht der Betrieb eines »normalen« Hotels sein, sondern darüber hinausgehen.

Die Kooperative ist noch mitten im Diskussionsprozess darüber wie das verwirklicht werden soll. Plötzlich stehen Nachbarschaftsversammlungen vor der Tür und bringen Essen vorbei. Kommissionen aus besetzten Fabriken kommen, um von ihren Erfahrungen zu erzählen und Beiträge zu den Diskussionen der Kooperative zu leisten. Auch aus den Universitäten kommt Unterstützung. Mit ihrem Fachwissen helfen StudentInnen bei den anstehenden Reparaturarbeiten – alle wollen bei diesem neu entstehenden Projekt dabei sein. Das überrascht die ehemaligen Angestellten, denn bisher hatte keineR von ihnen Kontakt zu den sozialen Bewegungen Argentiniens. Diese Erfahrung der Solidarität und gegenseitigen Unterstützung eröffnet neue Welten.

Träume einer anderen Welt

Die Mitglieder der Kooperative lassen sich von den Erfahrungen der Asambleas und der besetzten Fabriken inspirieren und beginnen zu träumen. Wichtig ist ihnen die Zusammenarbeit mit den mehr als 300 besetzten Fabriken. Als Betrieb im Dienstleistungsektor sind sie auf viele

Im Innern des Hotels BAUEN

Produkte angewiesen, die sie nun von diesen beziehen wollen. Davon profitieren auch die Fabriken, für die es nicht leicht ist, einen Absatzmarkt zu finden. Gleichzeitig will die Kooperative auch in der Provinz unterstützen, wo die Repression heftiger ist. So wurde bereits beschlossen, gemeinsam mit den ArbeiterInnen der Fabrik ZANON gegen deren bevorstehende Räumung anzukämpfen. Dann gibt es da noch die Idee, die großen Räume des Hotels für die Bewegungen zu nutzen, z.B. für einen Kongress der besetzten Betriebe. Auch kulturelles Leben soll im Hotel stattfinden, deshalb ist angedacht, das Theater und den großen Ballsaal für Veranstaltungen zur Verfügung zu stellen. Das Hotel soll Teil der Bewegungen werden – um die Unterstützung zurückzugeben, die sie erfahren haben und gemeinsam den Prozess der Selbstorganisation voranzubringen.

Den Mitgliedern der Kooperative ist bewusst, dass es entscheidend ist, was mit ihrem Hotel passiert. Wegen seiner Lage im Zentrum von Buenos Aires ist es ein sehr sichtbares Beispiel eines Betriebes unter ArbeiterInnenselbstverwaltung. Der große Name des Hotels garantiert eine breite Öffentlichkeit. Die BesetzerInnen wollen ihre Sache gut machen und zeigen, was es bedeutet, wenn alle für alle arbeiten und dass sie als ArbeiterInnen den Betrieb voranbringen, während die Besitzer ihn zerstört haben. Sie hoffen so die PolitikerInnen unter Druck zu setzen und sie zu einem politischen Richtungswechsel zwingen zu können, durch den ArbeiterInnenselbstverwaltung gefördert wird.

Das Hotel BAUEN soll ein Beispiel für die ganze Welt werden, welches auch andere »arbeitslose« Menschen motiviert sich zusammenzuschließen, um die Initiative zu ergreifen, selbstverwaltet Neues entstehen zu lassen – als Teil von Bewegungen und gegen die Logik des Kapitalismus.●

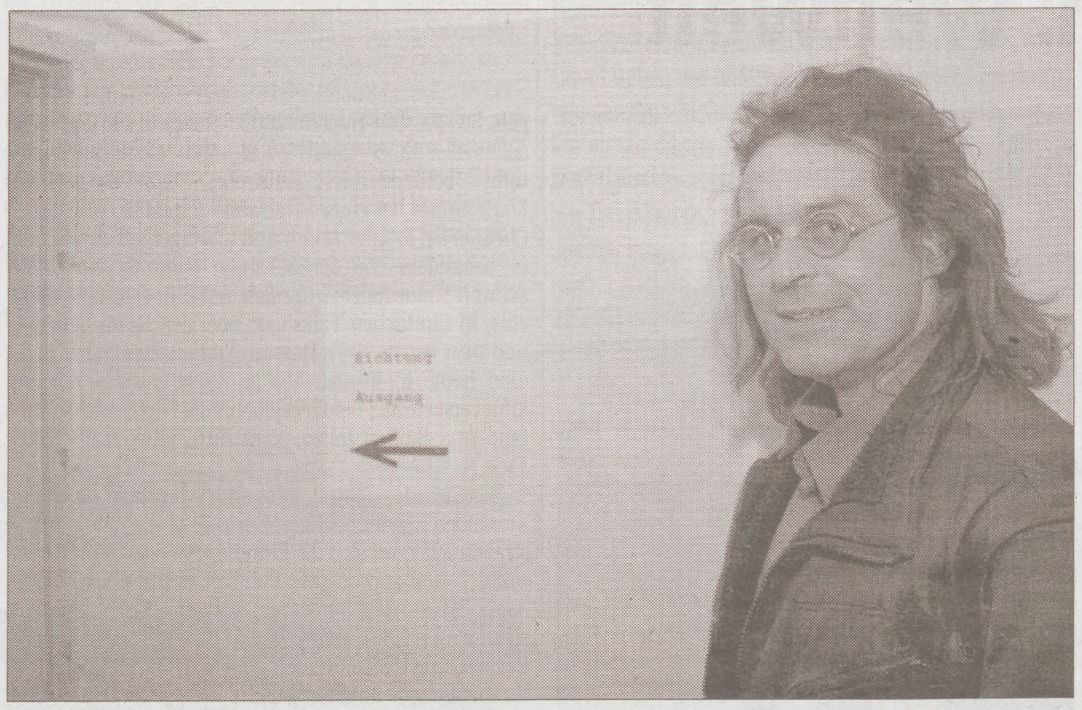
Homepage:
www.argentina.indymedia.org/news/2003/03/93176.php

Anzeige

Totalverweigerer wird zu einem Jahr Gefängnis auf Bewährung mit 3.000 Euro Geldstrafe verurteilt

Werteverschiebung ohne Konsequenzen

Draußen ist Krieg. Das war es auch vor elf Jahren. Da entschloss sich der Hamburger Andreas W. (32), nicht nur den Dienst an der Waffe sondern auch den sogenannten Zivildienst zu verweigern. Auf Dienstflucht, die sogenannte Totalverweigerung, stehen fünf Jahre. Und erneute Einberufung.



Andreas W. auf dem Weg zur Verhandlung Foto: Andreas Küstermann/ostSeh

Von Andreas Küstermann, Bergen/Rügen ● »Wir können auch außerhalb der Hauptverhandlung das Verfahren einstellen«, sagt Verteidigerin H. am 1. April in die Stille des Papierraschelns von Saal 200 im Bergener Amtsgericht. Richter P. nebst Gerichtsschreiber und Angeklagtem Andreas W. warten auf den Staatsanwalt, der eine halbe Stunde überfällig ist. Dann geht's doch los. Andreas W. 1995 auf Rügen ansässig, gibt seine Erklärung ab. Das steht im zu als Angeklagtem. Wie er 1992 den Dienst mit der Waffe verweigerte, seine Gründe darlegte, abgelehnt wurde, weil er zu weltlich argumentiert habe. Dabei treibe ihn doch sein Gewissen und nicht die Politik, die er aber nicht außer acht lassen könne. »Die Doppelmoral des Zivildienstes als Teil der Landesverteidigung ist für mich nicht hinnehmbar«, sagt der damals Geschichte studierende W. und begründet sehr lange mit Auszügen aus dem letzten Weißbuch der BRD aus 1994 und Recherchen an der Bundeswehrhochschule Hamburg, warum er auch keinen Zivildienst leisten wollte.

1995 wird W. wegen Dienstflucht in Hamburg zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt, nachdem er wegen Nichterscheinens zur ersten Verhandlung gleich eineinhalb Monate in Untersuchungshaft gewandert war. 1998 ereilt den Verweigerer erneut eine Einberufung. Er quittierte konsequent durch Flucht. Lange ist seine Begründung, in der er auch mit Quellen belegt, dass Johaniter und Malteser beispielsweise schon lange Verträge mit der Bundeswehr für den Kriegsfall haben. Und dass ein Karlsruher Klinikum ein Drittel seiner hochkarätigen Ausstattung dem Bundesverteidigungsministerium verdankt, das dafür im Kriegsfall darauf zurückgreifen darf. Mitsamt den beteiligten Zivildienstleistenden. Und redet von der nahtlosen Reihe, begonnen von Hindenburg über das faschistische Reichsarbeitsgesetz bis zum Zivildienstgesetz, das Strafen bis zu fünf Jahren erlaubt. »Das bestimmte mein Gewissen und mein Handeln. So W.«

Staatsanwalt H. war auch Zivi. Und so kennt er noch die alten Prüfungsfragen. »Was tun sie, wenn sie nachts allein im Park . . .. ihre Freundin . . ., sie haben die MPi dabei«, fühlen sich Zuschauer man sich an das Lied von Franz-Josef Degenhardt als Groteske der Kriegsdienstverweigerung erinnert. Und Staatsanwalt H. hält die Begründung von W. für »intellektuelles Gewäsch«. »Regeln und Pflichten müssen sein! Ich bin auch angetreten, wie ich auch Steuern zahlen muss«. Er plädiert für Haftbefehl, sofort vollstreckbar und 15 Monate Haft ohne Bewährung.

Richter P. hatte vor allem das Problem der möglichen Mehrfachbestrafung. Schließlich gab es schon einmal ein Urteil. Die allerdings sieht er nicht als gegeben an. Denn was Angeklagter W. da mache, sei ein Dauerdelikt und somit erneut zu bestrafen. Ein Jahr auf Bewährung und 3.000 Euro Geldstrafe nebst den Kosten des Verfahrens brummt er W. auf. Weil dieser eine politische und keine Gewissensentscheidung getroffen habe. Anwältin H. ist ziemlich überrascht, wie man ihrem Gesicht ansieht. Ebenso W. »Das Urteil liegt weit über dem, was in Hamburg mittlerweile in solchen Fällen Rechtsprechung ist. Das darf auf keinen Fall Bestand erhalten. Das Urteil ist fehlerhaft. Wir gehen in Berufung«.●

IM POSTFACH: LESERBRIEF

Gedanken zum Militarismus und Wehrpflicht Totale Kriegsdienstverweigerung (tKdv)

In der BRD und den meisten imperialistischen Ländern kann jeder Mann zum Dienst beim Militär verpflichtet werden. Meine tKdv war ein bewusster Protest dagegen, in einem System, wo die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen die Ursache für so viele Probleme ist, das System nicht auch noch aktiv durch einen Wehrdienst zu unterstützen. Durch die Wehrpflicht muss jeder bedingungslos den bürgerlichen Kriegstreibern dienen und die Rüstungsmonopole verdienen Unsummen. Als tKdv'er muss man sich letztendlich wegen Fahnenflucht und Ungehorsam verantworten. In der Friedensbewegung gibt es von verschiedenen Gruppen rechtliche Hilfe, unter Berufung auf die Menschenrechte. So fallen Strafen in der BRD zur Zeit relativ gering aus. Eine tKdv ist eine lebenslange Verpflichtung.

Die Profite der Rüstungskonzerne, durch Rüstungsexporte in alle Welt, sind enorm. Mit den Menschenrechten sieht es selbst in den entwickelten bürgerlichen Demokratien schlecht aus. Wer will sich da als Weltpolizist aufspielen. Jeder Militäreinsatz der führenden Industriestaaten ist ein Sichern von Einflussgebieten, Absatzmärkten und Rohstoffquellen (Neokolonialismus). Angesichts des Hungers und Elends durch die Ausbeutung des Menschen durch die Menschen, kann man den Militarismus nur verurteilen. Ein Protest gegen die Wehrpflicht ist ein Protest gegen die Kriegstreiber. Die Angst vor einer Militärkaste ist berechtigt. Sie bildet sich in jeder chauvinistischen Armee. Allerdings hat sie durch die Wehrpflicht und die bürgerlichen Medien eine enorme Macht über alle Menschen. Das Argument »Wer schützt uns vor der Entwaffnung des Proletariats« kann somit nichts zählen.

Die Wehrpflicht hat weder den Ersten noch den Zweiten Weltkrieg aufhalten können. Angesichts zunehmender Konflikte droht die Welt in Krieg und Bürgerkrieg zu enden. Die Wirtschaftsmächte versuchen mit zunehmenden Militäreinsätzen die Probleme der kapitalistischen Globalisierung zu lösen. Dieses kann letztendlich jederzeit zum Dritten Weltkrieg eskalieren. Die Atomwaffen und die Erschließung des Weltalls für militärische Zwecke zeigen: »Wir sitzen alle in einem Boot«. Der Einsatz für die tKdv gegen den Militarismus kann von Soldaten, die im Sinne der Menschenrechte handeln wollen, nur begrüßt werden.

Die Tatsache, dass viele Soldaten nur auf Grund einer sozialen Notlage Militärdienst ableisten, zeigt die gesellschaftlichen Probleme. Als mir nach meiner Fahnenflucht verfassungsfeindliches Handeln vorgeworfen wurde, habe ich auf das Recht auf Arbeit hingewiesen. Es wurde mir abgesprochen. Ich denke, es ist über die Menschenrechte im Grundgesetz festgeschrieben. Wie schränkt der Militarismus und das Grundgesetz die Menschenrechte ein?

- Für ein menschwürdiges Leben für alle
- Für die Enteignung der Rüstungskonzerne
- Für die Umstellung der Rüstungsindustrie auf zivile Produkte
- Gegen Kriegshetze und Kriegstreiber

Das unendliche Leid , das der Militarismus hervorruft, hat mich zum tKdv und zum Protest bewegt. In diesem Sinne solidarische Grüße an alle, die sich dem Militarismus in den Weg stellen.

Kersten Buchelt, Mannheim

Komplementäre Währungen entstehen auch in Deutschland

Regiogeld statt Globalisierung

Vom 8. Bis 10. März fand in Priem am Chiemsee der »1. Kongress Regiogeld« statt. Unter dem Motto »Jenseits der Globalisierung« kamen 120 Tagungsteilnehmer aus der ganzen Bundesrepublik zusammen. Anlass war der Start des »Chiemgauers«, der sich als Modellprojekt für die Entwicklung von regionalen Komplementärwährungen in Deutschland versteht.

Thomas Mayer ● Komplementärwährungen ersetzen nicht das gesetzliche Zahlungsmittel, sondern sind ein nichtstaatliches Geld, das in begrenztem Umfang das offizielle Geld ergänzt. Weltweit gibt es schon mehrere tausend komplementäre Geldsysteme. Die Zahl wächst rasant. Die größten Regiogelder gibt es zur Zeit in Argentinien, nachdem dort die offizielle Währung den Geist aufgegeben hat.

»Regiogelder sind die Rettungsboote« für den Fall, dass die offizielle Währung durch überbordende Geldspekulation und wachsenden Umverteilungsdruck durch den Zins und Zinseszins ins Schwanken kommt, führte Margrit Kennedy, eine der Hauptrednerinnen der Tagung aus. Obwohl immer mehr Geld vorhanden ist, fehle es. Der Staat und die Kommunen werden von einer Schuldenlast erdrückt, die Kluft zwischen Arm und Reich wird größer. Nur noch zwei Prozent des internationalen Geldverkehrs dient dem Handel, 98% dienen der Spekulation.

»Das Geld ist nicht naturgegeben, die Spielregeln sind gestaltbar. Regiogelder bieten die Chance, den Rahmen für eine nachhaltige und kooperative Wirtschaft zu schaffen«, sagte Christian Gellerie, Initiator der Tagung und Geschäftsführer von »Chiemgau-regional«.

Der Chiemgauer, der im Rahmen eines Schülerunternehmens der Waldorfschule Priem herausgegeben wird, will die regionale Wirtschaft stärken, die Kaufkraft binden und gemeinnützigen Initiativen in der Region bei der Finanzierung helfen. Damit der Chiemgauer im Fluss bleibt, unterliegt er einer laufenden Wertminderung. Man kann mit Chiemgauern ganz normal in Geschäften bezahlen. Rücktausch in Euro ist gegen einen Abschlag von 5% jederzeit möglich.

Das Interesse an Regiogeldern ist erwacht. In ganz Deutschland gibt es inzwischen Initiativen, die ein Regiogeld herausgeben wollen. Doch alles ist noch ganz am Anfang. Nur die Diakonischen Werke in Bethel benutzen schon seit über hundert Jahren ihr »internes Geld«, den »Bethel-Euro«.●

Weitere Informationen unter http://www.freigeld.de und http://www.chiemgauer-regional.de.

Der Autor ist Geschäftsführer der Omnibus gGmbH. Die Omnibus gemeinnützige GmbH ist ein selbstverwaltetes, kulturelles Unternehmen und setzt sich seid 1987 für die Verwirklichung der Direkten Demokratie, d.h. der Volksabstimmung ein. Der Omnibus fährt von Ort zu Ort und ist in ganz Deutschland als rollende Heimat der Idee der Direkte Demokratie unterwegs. Neben den Aktionen für die Einführung der bundesweiten Volksabstimmung startet und unterstützt der Omnibus Volksbegehren in den Bundesländern und kümmert sich um die Einführung von Regiogeld.
Web: www.omnibus.org

SPANIEN

Manzanares – eine anarchistische Kommune

Im spanischen Mittelgebirge in der Region Soria wohnen sie – die fünf KommunardInnen (zwei Frauen, ein Mann und zwei Kinder) von Manzanares – zusammen mit ein paar Tieren. Sie haben sich hier 1992 eingenistet und dem seit 60 Jahre verlassenem Dorf wieder neues Leben eingehaucht. Unterstützung erhielten sie dabei von der »Federacion Anarquista de Colectividades del Campo« (FACC), einem seit 2-3 Jahren existierendem Zusammenschluss von anarchistischen Kommunen der iberischen Halbinsel.

Maurice Schuhmann ● Das Leben in Manzanares ist hart und zeitweise einsam. Das nächste Dorf – Peralejo – ist 5 km entfernt und zur nächsten Stadt sind es 30 km. Ihre abgeschiedene Lage hindert sie jedoch nicht daran aktiv an den sozialen und politischen Kämpfen teilzunehmen. Ganz im Gegenteil, seit nun mehr einem Jahr geben die beiden Kommunardinnen die anarchistische Frauenzeitschrift *Alejandra* heraus. Patriachatskritik und antipatriachales Zusammenleben sind den KommunardInnen ein wichtiges Anliegen – sowohl in der Theorie als auch in der Praxis. Unermüdlich versuchen sie dieses Thema immer wieder in die Diskurse der anarchistischen Bewegung Spanien, zu der sie sich auch rechnen, einzubringen – mit mäßigem Erfolg. Im Rahmen von Aktionswochen oder -tagen wird dieses Thema zwar gerne auf die Tagesordnung gesetzt von den Companeras und Companeros, aber an weitergehenden und continuierlichen Diskussionen fehlt es allerdings.

Ein weiteres Thema für das die KommunardInnen immer wieder gerne als ReferentInnen angefragt werden, sind Landbesetzungen. Ein Teil des ein Hektar grossen Geländes, dass sie bebauen, ist gepachtet – der Rest wurde kurzerhand besetzt. Auf diesem Gelände betreiben sie Landwirtschaft, Gärtnerei und Imkerei. Auf längere Sicht wollen sie mit diesen Zweigen autark leben können. Neben diesem wirtschaftlichen Zweig betreibt die Kommune noch ein der anarchosyndiaklistischen CNT angehörendes Archiv und eine kleine Bibliothek, die vor allem in den Sommermonaten gerne von den GenossInnen aus der Region genutzt werden.

Alles in allem ist dies ein großes Projekt für die geringe Anzahl an KommunardInnen. Sie suchen deshalb immer nach weiteren MitstreiterInnen, die Lust haben auf ein antipatriachales, (möglichst) herrschaftsfreies Leben in Form des libertärem Kommunismus sowie Kontakt zu anderen, gleichgesinnten Kommuneprojekten für Informationsaustausch und Vernetzung. Allerdings sind die KommunardInnen keiner Fremdsprache mächtig.●

Kontakt: Pueblo Manzaners, Postlagernd, E-42315 Peralejo (Soria) Spanien Tel: (0034) 975186426

ARGENTINIEN

Tauschhandel in der Krise

Nach über siebenjährigem Bestehen befindet sich das Netz für solidarischen Tausch, das es Tausenden von Arbeitslosen ermöglichte, durch Tauschhandel ihren Lebensunterhalt zusichern, in einer tiefen Krise und funktioniert nur noch auf minimalem Niveau.

Buenos Aires, 11.März 2003, adital-na-poonal) ● Das Globale Netz für Tauschhandel gründet sich auf den Tausch von Produkten und Dienstleistungen, deren Wert in Gutscheinen, den sogenannten »creditos« gerechnet wird. Nach Schätzungen des Globalen Netzes gab es Mitte vergangenen Jahres 5.800 Tauschknoten mit mehr als einer Million von »Prosumenten« – Produzenten, die gleichzeitig Konsumenten sind –, die sich in dieser informellen Wirtschaft versorgten.

Derzeit arbeitet das Netz mit weniger als einem Drittel dieser Teilnehmerzahl. In den letzten Monaten des Jahres 2002 war das Netz Angriffen verschiedenster Art ausgesetzt: Diebstahl von Waren, Zerstörung seiner Archive, Druck von externen Gruppen, die die Benutzung der offiziellen Währung durchsetzen wollten, und eine Medienkampagne, die das System und die Personen, die es vertreten, verunglimpfte.

Ein Medienunternehmen benutzte seinen Radiosender, seine Tageszeitung und seinen Fernsehkanal um – ohne Beweise vorzulegen – zu behaupten, dass die in den Clubs gehandelte Ware aus den Diebstählen einer Bande stamme. Dieser würde auch Carlos Desanzo, einer der Pionier des Modells, angehören.

Der große Schlag allerdings wurde dem Netz durch die Fälschung von Gutscheinen in großem Maßstab versetzt. Nach Angaben von Desanzo waren zu einem gewissen Zeitpunkt 90 Prozent der umlaufenden Papiere falsch. Dieser Zufluss von Guthabenpapieren ohne realen Gegenwert ließ die Preise auf bis das Vierzigfache steigen. Zu der Fälschung hinzu kamen andere Probleme. Das Modell, das inmitten der Krise den Mittellosen viel nützte und das vom System so sehr verleumdet wurde, wird jetzt von großen Multis beansprucht und kopiert. Transnationale Unternehmen wie beispielsweise Monsanto, Petrobras, Bayer und Nissan organisieren Agrarmessen für etwa 11.000 Produzenten und bieten ihnen im Tausch gegen ihr Getreide ein verführerisches Paket an, das Saatgut, Düngemittel und sogar Fahrzeuge und Kraftstoff enthält.

»Ein tödlicher Schlag ist das nicht,« sagte Dezanzo. »In einer Zeit der Veränderung erleben wir eine Wachstumskrise.«●

Etappe auf dem Weg zur Weltherrschaft

Irak-Krieg – Warum ?

»Absolute Dominanz«

Schon bei der Machtübernahme durch die Bush-Regierung war klar, dass die neuen Herren in Washington diesen Krieg unbedingt wollten und sich durch nichts davon abhalten ließen.
Zwei Tage vor den Anschlägen des 11. September 2001 auf das World-Trade-Center und das Pentagon in New York hatten die Angriffspläne der USA gegen das unbotmässige Taliban-Regime in Afghanistan bereits zur Unterschrift auf dem Schreibtisch des US-Präsidenten George W. Bush gelegen. Nach einem Bericht des amerikanischen Nachrichtensenders MSNBC war diese eindeutige Tatsache während der Arbeit der Untersuchungskommissionen des US-Kongresses zum 11. September ans Tageslicht gekommen. Nach vielen Windungen war die Bush-Regierung schließlich gezwungen, dies zähneknirschend einzugestehen. (Siehe dazu: http://ist-socrates.berkeley.edu/~pdscott/qf911.html)

Rainer Rupp, junge Welt ● Sechs Tage nach den Terroranschlägen, also am 17. September 2001, hatte Pentagonchef Rumsfeld bereits den Befehl zur Planung des Krieges gegen den Irak gegeben, wie die Washington Post Anfang dieses Jahres enthüllte. (Washington Post, 12.1.2003) Bis zur Finalisierung der Pläne würde sich eine Rechtfertigung für den Krieg gegen Irak schon finden lassen. Am liebsten mit dem Segen der UNO, aber notfalls auch allein, d.h. auch ohne die Briten.

Den Krieg gegen Irak alleine zu führen, wie anfangs in Afghanistan, ohne politische Einschränkungen durch die UNO oder lästiges Dazwischenreden von übervorsichtigen europäischen Verbündeten, war von Anfang an das Ziel der Präventivkrieger um US-Vizepräsident Dick Cheney und Verteidigungsminister Rumsfeld gewesen. Im Gegensatz dazu wollten die professionellen Diplomaten im US-Außenministerium unter Leitung des Ex-Generals Colin Powell die Verbündeten lieber in den Krieg mit einbinden, selbst wenn dadurch die Vorbereitung des Krieges mehr Zeit kosten würde. Aber im Unterschied zu Vizepräsident Cheney, Verteidigungsminister Rumsfeld, seinem Stellvertreter Paul D. Wolfowitz und Berater Richard Perle, die mit diesem Krieg das »Neue Amerikanische Jahrhundert« einläuten wollen, ist Powell ein Aussenseiter und gehört nicht zu dem inneren Machtzirkel, den Präsident Bush führt.

Strategiepapier von 1997

Ziel dieses Zirkels ist es, die Rolle der USA als alleinige Supermacht und »unersetzliche Nation«, ohne die in der Welt nichts geht und gegen die erst recht nichts getan werden kann, für den Rest des Jahrhunderts zu festigen. Daher spricht man bereits jetzt vom 21. Jahrhundert als dem »amerikanischen Jahrhundert«. Dazu gehört die »full dominance«, die volle Dominanz der USA über alle anderen Länder und möglichen Allianzen von Ländern. Zur Verwirklichung dieser Ziele ist die Gruppe bereit, sich über alle Bedenken und Befürchtungen, über Völkerrecht und internationale Konventionen hinwegzusetzen.

Dies entstammt nicht etwa einer obskuren Verschwörungstheorie, sondern den Strategiepapieren dieser Herrschaften, in denen sie seit Jahren ganz offen ihre Ziele dargestellt haben. Diese Gruppe um Cheney und Rumsfeld hat die neue US-Präventivschlagsdoktrin im Rahmen der 1997 gegründeten Denkfabrik »Project For A New American Century« (PNAC – »Projekt für ein neues amerikanisches Jahrhundert«) ausgearbeitet. Seither haben diese Überlegungen Einfluss in höchst offizielle Strategiedokumente der Regierung der Vereinigten Staaten gefunden. Dies wurde auch in der von US-Präsident Bush letzten Herbst verkündeten neuen Sicherheitsdoktrin deutlich, nach der sich Washington das »souveräne Recht« herausnimmt, die Souveränität anderer Staaten mit Füssen zu treten und gegen alle Länder Präventivkriege zu führen, von denen sie sich angeblich irgendwie bedroht fühlen, oder in diesen Staaten »Regimewechsel« nach US- amerikanischem Gusto durchzusetzen.

Die Ursprünge dieser Strategie reichen jedoch weiter zurück als 1997. Bereits im Februar 1992 hieß es in den offiziellen »Richtlinien zur Verteidigungsplanung« (Defence Planning Guidance, DPG) des Pentagon: »Unser erstes Ziel ist es, das Entstehen eines neuen Rivalen, ob auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion oder anderswo, zu verhindern, der eine Bedrohung ähnlicher Ordnung wie die frühere Sowjetunion darstellen könnte. Dieser Gedanke bestimmt grundlegend die neue regionale Verteidigungsstrategie. Dies erfordert, dass wir jegliche feindliche Macht daran hindern, eine Region zu beherrschen, deren Ressourcen unter ihrer direkten Kontrolle ausreichen würden, eine neue Großmacht zu werden.« Umgesetzt in die praktische Politik bedeute dies: »Die hochentwickelten Industrieländer (also die EU-Staaten und Japan – R.R.) von jedem Versuch abzuhalten, unsere Führungsrolle in Frage zu stellen oder die bestehende politische und wirtschaftliche Ordnung umzustürzen« und »Mechanismen zu erhalten, die möglichen Konkurrenten alle Hoffnung auf eine größere regionale oder globale Rolle nehmen«. (New York Times, 8.3.1992) Diese Richtlinien wurden unter Federführung von Paul D. Wolfowitz, damals Staatssekretär des Pentagon für Verteidigungspolitik, und I. Lewis Libby, heute Sicherheitsberater des Vizepräsidenten Dick Cheney, ausgearbeitet, wobei Cheney damals US-Verteidigungsminister war.

»Ein neues Pearl Harbor«

Das PNAC oder »Project For A New American Century« war der Schoß, aus dem das Ungeheuer des jüngsten Krieges gekrochen ist. Das PNAC war nach dem Vorbild einer sehr erfolgreichen ähnlichen Gruppe ins Leben gerufen worden, die 1980 den eiskalten Kriegspräsidenten Ronald Reagan an die Macht gebracht hatte. Damals handelte es sich um den »Ausschuss für die gegenwärtige Gefahr«, in dem fast alle späteren Regierungsmitglieder Reagans im Verein mit aktiven Pentagonstrategen und Rüstungskonzernen Pläne schmiedeten, um den »Niedergang der amerikanischen Macht« aufzuhalten und den Trend wieder umzukehren. Ihre Kritik galt dem angeblich »laschesten« US-Präsidenten aller Zeiten, Jimmy Carter, der seit langer Zeit der erste amerikanische Präsident war, unter dessen Führung die USA kein einziges anderes Land überfallen haben.

Viel zu lasch zu sein und die amerikanischen Interessen im Ausland, insbesondere im Mittleren Osten, nur halbherzig durchzusetzen, lautete denn auch der Hauptvorwurf der gegen US-Präsident Clinton gerichteten Aktion der PNAC-Denkfabrik. Bereits 1998 forderten ihre Aktivisten in offenen Briefen an Clinton und amerikanische Kongressabgeordnete, dass das Regime Saddam Husseins notfalls mit militärischer Gewalt von der Macht zu entfernen sei, um auf diese Weise im gesamten Mittleren Osten der Durchsetzung amerikanischer Interessen mehr Nachdruck zu verleihen. Dabei müsste die US-Regierung auf einen Alleingang vorbereitet sein, weil die USA »sich nicht mehr auf ihre Partner aus dem Golfkrieg verlassen« könnten. Von den 18 Unterzeichnern dieser Briefe sitzen inzwischen zehn als Minister oder Staatssekretäre in Schlüsselpositionen der Bush-Regierung.

Eine strategische Analyse, von der PNAC-Fabrik im September 2000 kurz vor den Präsidentschaftswahlen unter dem Titel »Die Wiederherstellung der amerikanischen Verteidigung, Strategien, Streitkräfte und Ressourcen für ein Neues Amerikanisches Jahrhundert« veröffentlicht, wies auf die Gefahr hin, dass bei fortlaufendem Trend dieser laschen Haltung zu Verteidigungsfragen die weltweite amerikanische Vorherrschaft nicht mehr lange aufrechterhalten werden könnte, es sei denn: »ein katastrophales und katalysierendes Ereignis tritt ein, wie ein neues Pearl Harbor«, das die Bereitschaft der amerikanischen Gesellschaft zu Opfern wieder erhöht. Als dieses Ereignis am 11. September 2001 tatsächlich eintrat, saßen diese Leute, deren erklärtes Ziel es ist, die Welt zu dominieren, bereits an den Schalthebeln der amerikanischen Macht.

Vom Golf zum Kaspischen Meer

Noch klarer stellte Thomas L. Friedman – einer der bekanntesten und einflussreichsten US-Kommentatoren – diese Zusammenhänge dar, als er an dem Tag, als die NATO unter US-Führung ihren Angriffskrieg gegen Jugoslawien begann, in der New York Times vom 28. März 1999 schrieb: »Damit die Globalisierung funktioniert, darf Amerika sich nicht scheuen, als die allmächtige Supermacht zu handeln, die es ist. Die unsichtbare Hand des Marktes (Anspielung an den Propheten des Kapitalismus Adam Smith, dass der freie und unkontrollierte kapitalistische Markt auf unsichtbare Weise alles ordnet und zum besten regelt) wird nie ohne den F-15-Konstrukteur McDonnel-Douglas (der Kampfjets baut) funktionieren. Und die unsichtbare Faust, die dafür sorgt, dass die Welt für McDonalds-Niederlassungen und Silicon-Valley-Technologien sicher ist, heißt US-Army, Navy, Air Force und Marine Corps.«

Die von den USA auf allen Gebieten angestrebte »full dominance« (absolute Dominanz) über alle Länder und Allianzen der Welt setzt als wesentliche Bedingung die Kontrolle über die bedeutendsten Öl- und Gaslagerstätten der Welt voraus. Nur die Möglichkeit, diese wichtigsten Energieträger entweder selbst zu nutzen oder anderen zu verweigern, sichert der US-Regierung auf Dauer die Macht, dem Rest der Welt mit ökonomischem oder militärischem Druck die Bedingungen der neoliberalen Globalisierung aufzuzwingen. Zur Absicherung dieser Strategie gehört auch die US-Kontrolle über die Region mit den wichtigsten Öl- und Gasvorkommen vom Persischen Golf bis zum Kaspischen Meer.

Meist wird verkannt, dass es Washington nicht allein um das irakische Öl geht, sondern um das Öl der ganzen Region. US-Vizepräsident Cheney hatte bereits im letzten Juni angekündigt, den geplanten Krieg gegen Irak als »Plattform für umfassende Reformen in der ganzen Region« zu nutzen. Zugleich zirkulierte im US-Kongress bereits ein Resolutionsentwurf, der die Bush-Administration dazu aufforderte, nicht prioritär den Irak zu bekämpfen, sondern sich dem Iran als Hauptfeind zuzuwenden. Mit Iran und Irak aber wollen sich die Superfalken in Washington nicht begnügen. Richard Perle, der einflussreiche Berater des Pentagon und von US-Präsident Bush, hatte im Herbst letzten Jahres in einem Interview mit der Sendung »Diplomatic Immunity« des kanadischen Fernsehsenders TV-Ontario Klartext gesprochen. Er sagte, die US-Regierung sei nun darauf vorbereitet, ausser »Irak auch Iran, Syrien und Libanon militärisch anzugreifen«. Der Angriffskrieg gegen Irak ist nur eine erste Etappe bei der gewaltsamen Umgestaltung der ganzen Region und auf dem Weg zur Weltherrschaft.●

aus: Junge Welt vom 29.03.2003 (www.jungewelt.de)

Kult: die beißend satirischen »Whitehouse.org«-Poster gehen als E-Mail-Anhänge um die Welt

WAHLKAMPF

Schauen sie sich die genaue Zeitplanung zum Irak-Krieg an. Es ist doch sehr auffallend, dass die Propagandatrommeln im September zum ersten Mal geschlagen worden sind – denn was passierte im September? Der Kongresswahlkampf begann und es war vollkommen offensichtlich, dass die Republikaner die Wahlen nicht gewönnen, falls soziale oder wirtschaftliche Themen den Wahlkampf dominieren sollten. Sie würden eine Niederlage erleiden. Sie mußten also genau das tun, was sie bereits in den 80ern gemacht haben. Sie mußten diese Themen durch Sicherheitsfragen ersetzen, denn im Falle einer Bedrohung scharen sich die Menschen um den Präsidenten – die starke Figur, die uns alle vor den schrecklichen Gefahren bewahrt.●

Noam Chomsky in dem »The Guardian«-Interview vom 4.2.03

»Krieg und Globalisierung gehen Hand in Hand«

Neuaufteilung der Ölressourcen

Luis Mesa Delmonte ● Nach dem Afghanistan-Krieg ist es von besonderem Interesse, das militärische Vordringen der USA in der Region und die hauptsächlichen Interessen zu reflektieren. Michel Chossudovsky, Professor an der Universität von Ottawa, schreibt in einer aktuellen Studie über die Expansion der USA in Zentralasien: »Krieg und Globalisierung gehen Hand in Hand. Die Militarisierung des Globus ist ein fester Bestandteil der neoliberalen Agenda. Während der US-Militärhaushalt immer weiter aufgebläht wird, werden dem Gesundheits- und Bildungswesen dringend notwendige Mittel verweigert. (...) Das zeigt, dass das Weiße Haus nichts anderes als der verlängerte Arm des militärisch-industriellen Komplexes ist. Im Mittleren Osten, auf dem Balkan und in Zentralasien haben die USA mittels der NATO zentrale strategische Positionen besetzt. Zum einen wurde die Regierung damit den Forderungen der US-amerikanischen und britischen Ölgesellschaften gerecht, die eng mit der Rüstungsindustrie kooperieren. Zum anderen drang die US-Militärmacht weit auf ehemaliges sowjetisches Territorium vor. Einziger Nutznießer dieser Entwicklung war eben der militärisch-industrielle Komplex.«

Tatsächlich finden die Truppenstationierungen der vergangenen Jahre in den Regionen statt, die über einen hohen Reichtum energetischer Ressourcen verfügen. Im Falle des Persischen Golfes sind das mit 679 Milliarden Barrel 65 Prozent der bekannten weltweiten Erdölvorkommen und 35 Prozent der bekannten Erdgasreserven.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Die kaukasische Region und Zentralasien verfügen über 35 Milliarden Barrel nachgewiesene Erdölvorkommen. Jüngste geographische Studien sprechen von Vorkommen bis zu 235 Milliarden Barrel, und auch wenn diese Zahlen weit unter denen des Persischen Golfes liegen, könnte die Region ihre Position als zweitwichtigstes Ressourcenfeld behaupten. Zudem stehen die Gasreserven im Kaukasus mit 34 Prozent des globalen Vorkommens mit denen im Persischen Golf beinahe auf einer Stufe. Das Ergebnis einer einfachen Rechenaufgabe – die Addition der genannten Reserven – macht uns die enorme geostrategische Bedeutung der gesamten Region deutlich. Ausnahmslos alle Studien und Schätzungen über den globalen Energieverbrauch in der nahen Zukunft weisen auf einen signifikanten Anstieg der Nachfrage nach Energieträgern hin. In Anbetracht des knappen Zeithorizontes ist eine Befriedigung dieser Nachfrage durch alternative Energiegewinnung auszuschließen. Binnen der nächsten drei Jahrzehnte werden Erdöl und Erdgas damit im Zentrum des Interesses bleiben.

Diese Entwicklung ist für die USA besonders bedeutsam, da das Land 2001 gut 54 Prozent seines Energiebe-

Fortsetzung auf Seite 6

Gegenstandpunkte

Irak-Krieg – Warum?

Krieg für Öl statt Krieg gegen Terror?

Dass es Amerika mit dem Krieg gegen den Irak um die Durchsetzung des »Rechts aller Menschen weltweit auf Freiheit vor Terror und Diktatur« (Bush) ginge, will die globale Anti-Irakkrieg-Bewegung nicht glauben. Sie glaubt im Verein mit der kritischen Öffentlichkeit, einen ganz anderen, weniger edlen Kriegszweck erkannt zu haben: Statt um eine berechtigte Sicherung Amerikas und der ganzen Menschheit vor einer terroristischen Bedrohungen geht es den USA nur um schnöden materiellen Vorteil – das Öl. Und einem Krieg aus purem Eigennutz will die weltweite Anti-Irak-Kriegsbewegung nicht zustimmen. »Kein Blut für Öl!« lautet daher ihre Parole. Ein »Krieg gegen den Terror« und ein »Krieg ums Öl« sind allerdings überhaupt keine verschiedenen – einmal gut und verständliche, das andere mal böse und abzulehnende – politischen Zielsetzungen, gehören vielmehr zusammen. Nur wie?

Kein Zweifel: Den USA geht es in diesem Krieg auch ums Öl. Allerdings ist das politisch-strategische Interesse an diesem Grundstoff der Kapitalverwertung viel grundsätzlicherer Natur, als es die allenthalben aufgedeckten intimen Beziehungen der amerikanischen Administration zu diversen Ölmultis vermuten lassen. Dass die USA ihre Ansprüche nach einem gesicherten Zugriff auf die irakischen Ölvorkommen so immens gesteigert haben, liegt nicht daran, dass ausgerechnet der längst danieder liegende Irak Amerika die Lieferungen verweigert hätte – schließlich hat nicht Saddam die USA mit einem Ölembargo belegt, sondern umgekehrt die USA den Irak mit einem Ölverkaufsembargo. Es war vielmehr der amerikanische *Beschluss* nach dem »elften September«, die gesamte Staatenwelt endgültig von den antiamerikanischen Umtrieben einiger verbliebenen »Schurkenstaaten« zu reinigen, der Bush auch die staatliche Hinterlassenschaft des letzten Irakkriegs und den gesamte Nahen Osten unter einem neuen Licht hat erscheinen lassen.

Anti-Terror-Krieg ...

Anlässlich der einstürzenden Hochhäuser in New York hat Bush sich im Namen des Schutzes von Bürger und Heimat den Auftrag erteilt, die gesamte Welt nach einem neu und sehr anspruchsvoll definierten amerikanischen Sicherheitsbedürfnis hin durchzumustern und herzurichten. Die Sicherheit Amerikas ist nach der neuen strategischen Definition nur dann garantiert, wenn sie *für alle Staaten der Welt* gültiges Programm ist. Das ist seither Dreh- und Angelpunkt amerikanischer Politik. »Gefährliche antiamerikanische Umtriebe« dürfen nirgendwo mehr eine Heimstatt finden. Für dieses weltumgreifende Sicherheitsprogramm beansprucht die Weltmacht alle Staaten als Hilfstruppen und macht ihnen die Drohung auf: »Wer nicht für mich ist, ist gegen mich«. Souveräne, die ihre »vitalen Interessen« nicht dem amerikanischen Säuberungs- und Kontrollbedürfnis unterordnen, stehen als geistige Wegbereiter, Herbergsväter und Ausrüster des Terrors am Pranger. Und die paar Staaten, die wegen ihres antiamerikanischen Eigenwillens schon vor dem 11. September im Visier der amerikanischen Weltordnungspolitik waren, werden jetzt zur »Achse des Bösen« zusammengefasst, die Amerika nicht mehr länger dulden will. Auf Jahre hin konzipierte Weltordnungskriege stehen ins Haus.

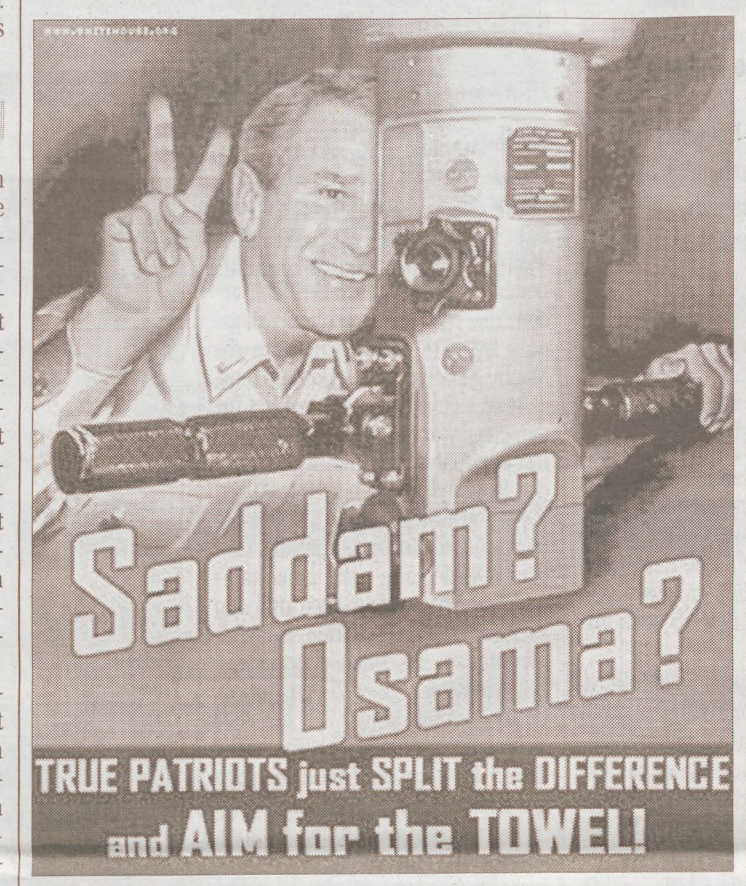
... Schurkenstaat Irak ...

Der von Bush Vater vor 12 Jahren geschlagene, seitdem weitgehend entwaffnete und ökonomisch strangulierte Irak hat sich die Rolle als – nach dem talibanverseuchten Afghanistan – zweites Objekt des amerikanischen Anti-Terrorkriegs durch seine fortgesetzte antiamerikanische Unbotmäßigkeit eingehandelt: Er hat seinerzeit durch seinen Überfall auf Kuwait eigenmächtig die Weltordnung gestört und den obersten Weltpolizisten in Washington damit zu einem Ordnungskrieg herausgefordert, den der »Terrorist« Saddam auch noch überlebt hat. Trotz mehrerer Mordversuche, CIA-inszenierter Aufstände, trotz des ökonomischen Ruins durch das Embargo und bleibender Verstümmelung seiner Souveränität durch Flugverbotszonen und periodische Bombardements ist die inkriminierte »Regime« immer noch an der Macht. Also hat in Augen der Bush-Regierung der eigentlich zur Abdankung vorgesehene irakische Behauptungswille gegen Amerika »seine Lektion nicht gelernt.«

Für ihre Verurteilung des Irak brauchen Bush und seine Strategen gar nicht nachzuprüfen, ob Saddam Kuwait immer noch eingemeinden, die Araber immer noch zum antiimperialistischen Bündnis vereinigen, Israel zerstören oder die halbe Welt mit Terroranschlägen überziehen will. Seine Gefährlichkeit ergibt sich nicht aus seinen *tatsächlichen* Potenzen und Plänen, sondern aus dem neuen anspruchsvollen amerikanischen Maßstab: Saddam hat den Sieger des ersten amerikanisch-irakischen Krieges um den Regimewechsel, die bedingungslose Kapitulation betrogen. Diese nicht mit dem ersten Irakkrieg schon herbeigeführt zu haben, betrachtet die Weltmacht jetzt mit ihrem weltweiten totalitären Sicherheitsbedürfnis als ein einziges Versäumnis. Und leidet daher an Siegen unterhalb eines totalen Siegs, unterhalb einer bedingungslosen Kapitulation wie andere Staaten an Niederlagen. Wenn ein Regime seinen Antiamerikanismus nicht aufgibt, mit der »Weltgemeinschaft Katz und Maus« spielt, wie das Bush Junior nennt, dann erscheint das der Supermacht nicht nur wie eine Verhöhnung ihrer Macht und eine Ermunterung anderer Schurken zur Unbotmäßigkeit: So einen Staat betrachtet Amerika als Hort und Brutstätte des Terrors und Beschädigung der amerikanischen Autorität.

... das strategische Gut Öl ...

Dass der Mann, an dem Amerika das vorführt, auch noch auf der Welt zweitgrößten Erdölreserven sitzt, mitten in einer der wichtigsten Ölregionen der Welt, macht ihn dabei in den Augen Amerikas besonders gefährlich und den Handlungsbedarf in Sachen »Sicherheit« noch in einer ganz anderen Hinsicht dringlich. Denn dieser Staat besteht gegen den Willen der USA nicht nur auf seinem Existenzrecht und will es gar mit Waffengewalt behaupten. Mit seinem Öl, wenn man es ihn denn wieder verkaufen ließe, würde er glatt zu der Kategorie von Staaten gehören, die der kapitalistische Weltmarkt, so wie er bisher geregelt ist, »rich« oder wenigstens »potentially rich« macht. Als Ölstaat, mit einem strategischen Rohstoff in seinem Hoheitsgebiet hätte er eben auch Zugang zu dem Inbegriff kapitalistischen Reichtums, zu Geld und darüber zu Machtmitteln, die so einem Schurkenstaat einfach nicht zustehen. So gehört der »Krieg ums Öl« und der »Krieg gegen den Terror« zusammen: Mit seinem Ölreichtum »könnte« Saddam sich den Zugang zu allen Instrumenten staatlicher Macht eröffnen und sich glatt in die fertigen imperialistischen Kräfteverhältnisse störend einmischen. Es ist daher nur konsequent, dass sich am irakischen Beispiel für die USA die Frage eröffnet, ob nicht der ganze Nahe Osten ein Fall mangelhafter Kontrolle ist.



... erfordern eine neue US-Hoheit über den Nahen Osten

In einigen Staaten der Region bekämpft ein arabischer oder islamistischer Nationalismus die Herrschaft proamerikanischer Eliten, in anderen ist die Ablehnung Israels und seines großen Sponsors sogar Staatsprogramm. Und überall trifft die Unzuverlässigkeit der Staaten zusammen mit enormen Einkünften aus dem Erdöl-Export. Unter den neuen Sicherheitsbedürfnissen der Weltmacht erscheint der Nahen Osten insgesamt als »unhaltbarer Zustand«. Die Zentren des Weltkapitalismus selbst alimentieren über den Preis des Rohstoffs sozusagen die finanziellen Potenzen zum antiimperialistischen Kampf von Staaten, die eigentlich nur zur geschäftsdienlichen Verwaltung der Ölquellen vorgesehen sind. Diesen gefährlichen Missstand will Bush jetzt sehr grundsätzlich aus der Welt schaffen.

Damit die gefährlichen Geldzuflüsse nicht in die falschen Hände geraten, strebt er eine neue Kontrolle über die Machtverhältnisse in der Ölregion an. Die bisherige Politik der Einbindung dieser Staaten in den Weltmarkt und ihrer gleichzeitigen Abschreckung vor überzogenen Ambitionen lassen den Staaten der Region nach amerikanischem Geschmack noch zu viel Freiheit für die Entwicklung eigener, wirklich oder potentiell störender Interessen und Mittel, die sich gegen Amerika richten *könnten*. Daher geben sich die USA auch nicht mehr damit zufrieden, Israel mit Waffen und Geldmitteln den Rücken für seine ausgreifende Sicherheitspolitik zu stärken, mit der es seine islamische Umgebung in Schach hält. Abschreckung reicht nicht mehr. Bush will den Sturz Saddam Husseins und ein nachfolgendes Besatzungsregime als Hebel für die Umgestaltung des ganzen Nahen Ostens nutzen. Die »Problemstaaten« dieser Region brauchen nach Auffassung der Bush-Regierung noch manchen Regimewechsel, bis überall Souveräne sitzen, die ihre Macht und ihr Geld nicht erst aufgrund einer Bedrohung, sondern von vornherein im Sinn der amerikanischen Weltmacht verwenden.

So geht es in diesem Krieg durchaus um den schwarzen Stoff, um »Blut für Öl« – allerdings etwas grundsätzlicher, als es der Vorwurf eines quasi kolonialen Rohstoff-Raubs haben will. Amerika perfektioniert seine Kontrolle über die Machtverhältnisse in der Ölregion: Erstens, um die dienende Rolle der Ölstaaten für die kapitalistische Welt zu sichern und antiamerikanischen Missbrauch der Petrodollars auszuschließen. Zweitens, um selbst als erstes die Hand auf dieses Grundnahrungsmittel des Weltkapitalismus zu legen und sich zum Garanten der globalen Energieversorgung zu machen. Und drittens, um damit in der Lage zu sein, Freund und Feind den *Zugang* zu dem unverzichtbaren Stoff gewähren oder verweigern, also die *Zugangsbedingungen* diktieren zu können. Daraus machen die USA auch gar kein großes Geheimnis: Den offenherzigen Ankündigungen der Bush-Regierung zufolge schließt der Krieg auch das Recht Amerikas mit ein, nach dem Sieg nach eignem Gutdünken über den geschäftlichen Zugriff auf die irakischen Ölquellen zu bestimmen.

So passt für Amerika in der Beseitigung des störenden Regimes im Irak alles zusammen: der Fortschritt seines Sicherheitsinteresses im »Kampf gegen den Terror«, der Fortschritt seiner Ordnungsansprüche, die das »Recht aller Menschen weltweit auf Freiheit vor Terror und Diktatur« durch die Ausmerzung der Feinde Amerikas verwirklichen, und sein strategisches und geschäftliches Interesse am »Schmiermittel« des Weltkapitalismus – alles wird durch diesen Krieg bedient. Es besteht also wirklich kein Grund, vorgebliche Kriegsgründe des anlaufenden Gemetzels »entlarvend« und »aufklärerisch« gegen wirkliche, »dahinterliegende« auszuspielen. Selbst die Bevorzugung von US-Konzernen in einer amerikanischen Nachkriegsordnung im Irak hat so seine Ordnung: In Augen der Weltmacht ist sie eine gerechte Entschädigung dafür, dass Amerika die Beseitigung seines »Problemfalls«, obwohl doch Aufgabe der ganzen Welt, fast ganz alleine und teilweise sogar gegen seine Verbündeten hat schultern müssen.●

Aus: GEGENSTANDPUNKT – aktuell, 26.3.2003

FORTSETZUNG VON SEITE 5

darfes durch Importe decken musste. Davon stammten nur knapp die Hälfte aus der westlichen Hemisphäre. Gut 30 Prozent wurden aus der Golfregion importiert (davon 18 Prozent aus Saudi-Arabien, neun Prozent aus dem Irak und drei Prozent aus Kuwait). 15 Prozent des US-Bedarfs wurden durch Importe aus Afrika gedeckt. Diese Abhängigkeit wird sich verschärfen. Der US-Energieminister Spencer Abraham erklärte am 20. Juni 2002 vor dem Komitee für Internationale Angelegenheiten des US-Repräsentantenhauses, daß im Jahr 2020 die Importe aus dieser Region voraussichtlich 62 Prozent des Bedarfes stellen werden. Extremer noch ist die Nachfrage aus Europa. Für den alten Kontinent gehen Experten für das Jahr 2030 von einem Importbedarf in Höhe von 92 Prozent bei Erdöl und 81 Prozent bei Erdgas aus.

In der Nationalen Energiebehörde der USA hat man die, wie es heißt, »Bedrohung für die nationale Sicherheit« erkannt und sich darauf konzentriert, neue Erdöl- und Gasquellen zu erschließen, wenn möglich, auf dem eigenen Territorium; die Forschung an neuen Formen der Energiegewinnung wird empfohlen. Das scheint aber nur Beiwerk einer Strategie zu sein, die als Jahresbericht 2001 unter dem Namen »Cheney-Report« erstmals bekannt und recherchierbar geworden ist. An erster Stelle steht die Garantie des Zugriffs auf die energetischen Ressourcen im Ausland. In Anbetracht der Tatsache, dass die weltweit größte Nationalökonomie auch weiterhin darauf angewiesen sein wird, große Mengen von Energieträgern zu importieren, müsse »das vorrangige Zugriffsrecht auf die Quellen im Persischen Golf garantiert bleiben«.

Obgleich die Lobby der Energiewirtschaft in der Bush-Administration mit Bush selbst, seiner Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice, oder Personen wie Gale Norton, Donald Evans oder Zalmay Khalilzad besonders augenscheinlich ist, so ist das Interesse der USA an immer mehr energetischen Ressourcen auch strukturell begründet und reicht damit weit über eine oder zwei Amtszeiten hinaus. Die USA arbeiten verstärkt darauf hin, ihre Importstrukturen im Energiesektor zu diversifizieren, um eine Abhängigkeit von einer Region oder einem Zulieferer zu vermeiden. Das wird allerdings nie einen Rückzug aus dem Mittleren Osten oder Zentralasien bedeuten. Im Gegenteil ist mit einem Ausbau der Netzwerke in der Region zu rechnen, die Einfluss und Kontrolle perfekter gestalten werden.

Mit ihrer militärischen Präsenz in der Golfregion, dem Kaukasus und Zentralasien bewahren sich die USA nicht nur den direkten Zugriff auf die dortigen Energiequellen, indem sie ihren Unternehmen einen bevorzugten Status bei der Ausbeutung sichern. Auch präsentiert sich Washington als Garant für die Energiesicherheit von Europa und Japan. Diese globalen Kapitalzentren stehen in ihrer expansionistischen Logik in natürlicher Konkurrenz zu den USA, sind aber nur begrenzt fähig, ihre Interessen in vergleichbarer Stärke zu vertreten. Sitzen die USA aber einmal an den Schalthebeln der Fördertürme und Pipelines, werden sie damit auch den Zugriff etwaiger Konkurrenten regulieren können.

Drei Machtzentren

Scheinbar geht die Etablierung der USA als Ordnungsmacht in der Region im Einverständnis mit den historischen Großmächten Russland und China vonstatten. Tatsächlich aber bewegt sich die Beziehung zwischen den drei Machtzentren in einem ständigen Spannungsfeld, in dem gerade die Ressourcenfrage immer wieder Konflikte mit sich bringt. Während es den USA gelungen ist, die wichtige Öltrasse Baku-Tbilissi-Ceyhan zu errichten, gelang es Moskau im nachhinein, sich an dem Projekt zu beteiligen. Damit wird der ehemalige Gegenspieler selbst zum Ölexporteur in die USA. Zugleich setzt Russland alles daran, in Europa neue Absatzmärkte zu erschließen und dringt mit der Pipeline »Druschba« bis an die Adria vor.

In China wurden jüngst die Pläne zum Bau der Pipeline Xinjiang-Shangai unterzeichnet. Die Trasse soll eine Gesamtlänge von 4.200 Kilometer haben und wird voraussichtlich 20 Milliarden Dollar kosten. Mit dem Projekt sollen an erster Stelle die reichen Vorkommen in der krisenerschütterten Provinz Xinjiang erschlossen werden, deren Bevölkerung hauptsächlich muslimisch und der Zentralregierung nicht gerade günstig gesonnen ist. Mit der Pipeline werden die begehrten Ölvorkommen Zentralasiens aber auch mit den rasch expandierenden Ökonomien der asiatischen Staaten verbunden. An der internationalen Beteiligung (Petrochina, Gazprom, Royal Dutch/Shell, Exxon/Mobil) zeigt sich, wie sich große Wirtschaftsmächte trotz aller Konkurrenz in richtungsweisenden Projekten zusammenschließen. Trotzdem scheint mit den USA der zentrale Akteur in der Region für lange Zeit festzustehen. Das ist nicht zuletzt der täglich wiederholten Drohung geschuldet, die eigenen Interessen auch militärisch durchzusetzen.●

Der Autor arbeitet am Zentrum für Afrikastudien und den Mittleren Osten in Kuba. Der (hier gekürzte) Beitrag erschien zuerst am 14.1.2003 in der Tageszeitung junge Welt. Die Übersetzung aus dem Spanischen besorgte Harald Neuber.

Der ungekürzte Beitrag erschien in »Bomben auf Bagdad – nicht in unserem Namen«, 418 S., gebunden, Kai Homilius Verlag, Berlin, 19 EUR

FLUCHT NACH VORN

Irak-Krieg – Warum?

Der Krieg gegen die Krise

Bei einem Angriff auf den Irak geht es nicht um das Regime von Saddam Hussein, sondern um die Widersprüche der Globalisierung.

Von Robert Kurz ● Der militärische Angriff der USA auf den Irak scheint beschlossene Sache zu sein. Die Regierung von Präsident Bush jun. hat sich in dieser Frage schon so weit aus dem Fenster gelehnt, dass sie gar keinen Rückzieher mehr machen kann, ohne das Gesicht zu verlieren. Tatsächlich hat der Aufmarsch längst begonnen. Die USA verlegen ständig neue Truppenkontingente in ihre nahöstlichen Basen. Schon ist ein zusätzlicher Flottenverband mit dem Flugzeugträger »Constellation« auf dem Weg in die Golfregion, wo sich bereits die »Abraham Lincoln« befindet. Das alles macht nur Sinn, wenn ohne Rücksicht auf alle politischen Bemühungen der Angriff konkret vorbereitet wird. Die US-Regierung hat offen erklärt, dass sie sich von der vielbeschworenen »Internationalen Gemeinschaft« nicht die Hände binden lassen will. Der Versuch, eine zu ihren Absichten passende UN-Resolution zu erpressen, dient nur noch der diplomatischen Flankierung. Offensichtlich ist der Wille zum Losschlagen stärker als alle Bedenken.

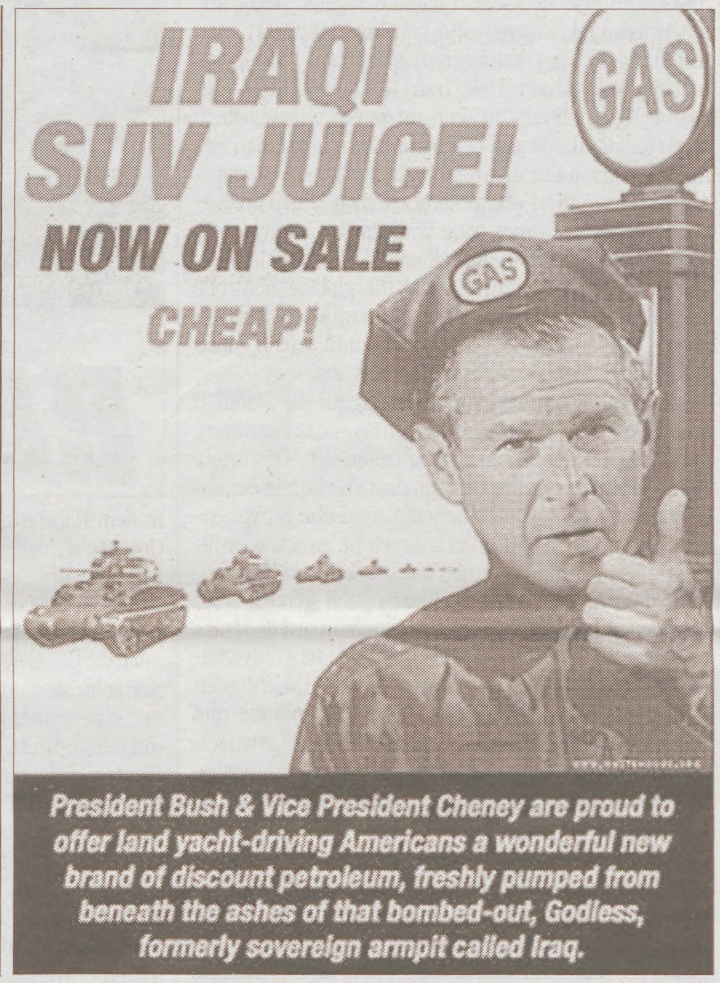
Fast könnte man sich in die Vergangenheit der modernen Geschichte zurückversetzt fühlen. Denn vom 16. Jahrhundert bis zum Zweiten Weltkrieg wurde die Frage von Krieg und Frieden nicht durch ein Verfahren formaler völkerrechtlicher Legalität entschieden, sondern durch »einsame Beschlüsse« der Regierungen; legitimiert einzig und allein durch die faktische Macht. Nach den Erfahrungen der Katastrophe in der Epoche der Weltkriege sollten an die Stelle der »freien Wildbahn« im Verhältnis der Staatenwelt verbindliche Normen des Völkerrechts treten. Als Rahmen für diese Verbindlichkeit wurden die UNO und deren Sicherheitsrat allgemein anerkannt. Aber die UNO war nie eine faktische Macht, sondern bildete immer nur die formale Repräsentanz einer Summe von souveränen Nationalstaaten. Auf der Ebene der faktischen Macht war die Welt geteilt in eine »Pax Americana« und eine »Pax Sowietica«. Nach dem Untergang der Sowjetunion ist nur noch die »Pax Americana« übrig geblieben. Und es ist bemerkenswert, dass diese letzte faktische Weltmacht, gestützt auf eine absolut überlegene und konkurrenzlose Militärmaschine, in einen immer stärkeren Gegensatz zum Völkerrecht und zur Instanz der UNO tritt.

UNO – Statist der »Pax Americana«

Zwar haben die Vereinigten Staaten schon in der Vergangenheit keinen Zweifel daran gelassen, dass sie sich der UNO nur so weit verpflichtet fühlen, wie diese allgemeine Repräsentanz der Staatenwelt der spezifischen »Pax Americana« untergeordnet wird und ihr gefügig ist. Aber in diesem unklaren Verhältnis von UNO, Sicherheitsrat, Völkerrecht einerseits und »Pax Americana« andererseits kam es doch während eines halben Jahrhunderts zu keinem offenen Bruch. Noch der erste Weltordnungskrieg 1991 gegen den Irak wurde unter formaler Ägide der UNO und im Namen des Völkerrechts geführt, um die Annexion Kuwaits zu stoppen. Aber schon der zweite Weltordnungskrieg gegen Restjugoslawien (Serbien) verletzte in eklatanter Weise genau die Prinzipien, die man wenige Jahre zuvor noch gegen den Irak geltend gemacht hatte. Dementsprechend setzte die NATO ihren Militärapparat, der zu mehr als 90 Prozent aus Streitkräften der USA bestand, ohne das Mandat der UNO ein. De facto und de jure handelte es sich um einen Angriffskrieg der NATO gegen einen staatlichen Souverän und ein UN-Mitglied. Im Afghanistan-Feldzug nach dem 11. September wurde die Frage der formalen Legalität schon gar nicht mehr gestellt; ebenso wenig bei den neuerlichen Kriegsvorbereitungen gegen den Irak. Das Völkerrecht ist offensichtlich nichts mehr wert. UNO und Sicherheitsrat sind endgültig bedeutungslos geworden und können nur noch als Statisten der »Pax Americana« fungieren. Die faktische letzte Weltmacht bricht mit der von der UNO repräsentierten Legitimität und nimmt deshalb auch deren formale Legalität nicht mehr ernst.

Trotzdem wäre es ganz falsch, in diesem Vorgehen bloß den usurpatorischen Akt oder das Diktat eines Staates und einer Nation gegenüber dem Rest der Welt zu sehen. Wenn die US-Regierung immer wieder den Begriff des »nationalen Interesses« bemüht, um ihren Aktionen als Weltmacht wenigstens nach innen (den eigenen Bürgern gegenüber) einen Schein der Legitimation zu geben, so handelt es sich dabei um eine Selbsttäuschung. Im Zeitalter der Globalisierung gibt es keine eindeutig definierbaren nationalen Interessen mehr, weder in ökonomischer noch in politischer Hinsicht. Tatsächlich sind die USA in die Rolle der globalen »Schutzmacht« eines planetarischen Kapitalismus hineingewachsen.

Gerade auf diese Weise werden jedoch die Widersprüche der Globalisierung deutlich. Das betriebswirtschaftliche Kapital nimmt eine transnationale Form an, aber die politisch-militärische Macht kann ihrem Wesen nach nur in nationaler Form existieren. Der seit der Aufklärung immer wieder propagierte Weltbürger ist nichts als eine Chimäre, weil der Bürger des modernen warenproduzierenden Systems nur in einer Doppelgestalt als Dr. Jekyll und Mr. Hyde möglich ist; nämlich als Bourgeois einerseits und als Citoyen andererseits. Der Universalismus des Kapitals ist aber bloß ökonomisch, nicht politisch. Deshalb gibt es einen Weltmarkt, aber keinen Weltstaat. Der Weltbürger kann nur als Welt-Bourgeois erscheinen, nicht als Welt-Citoyen. Die nunmehr planetarische »Pax Americana« ist daher auch nur als paradoxes Verhältnis möglich: Auf der Ebene der politischen und militärischen Macht muss der Universalismus des Kapitals die Form seines eigenen Gegenteils annehmen, nämlich die Gestalt des nationalen Staats und des nationalen Militärapparats der letzten Weltmacht. Was als »nationales Interesse« der USA bezeichnet wird, ist in Wahrheit der unlösbare Widerspruch von Globalismus und Nationalismus. Die USA müssen Funktionen eines Weltstaats übernehmen, ohne Weltstaat sein zu können.



President Bush & Vice President Cheney are proud to offer land yacht-driving Americans a wonderful new brand of discount petroleum, freshly pumped from beneath the ashes of that bombed-out, Godless, formerly sovereign armpit called Iraq.

Ausnahmezustand über den gesamten Planeten

Dieser Widerspruch spitzt sich in demselben Maße zu, wie sich der Charakter der Globalisierung als fundamentale Krise des modernen warenproduzierenden Systems enthüllt. Je mehr Menschen durch die dritte industrielle Revolution als »Überflüssige« stigmatisiert werden, je mehr Nationalökonomien und Nationalstaaten zusammenbrechen, und je mehr dadurch die Verwertung von Kapital an absolute historische Grenzen stößt, desto stärker werden die USA als nationale Weltmacht dazu gedrängt, auf einen globalen Notstand zu reagieren und eine Art Ausnahmezustand über den gesamten Planeten zu verhängen. Da jedoch die politische Regulation der transnationalen Ökonomie unmöglich ist, wird das Verhalten der letzten Weltmacht immer irrationaler und gewaltsamer.

Der angekündigte und als »unvermeidlich« bezeichnete Angriff auf den Irak hat ganz andere Gründe als die von den USA propagandistisch vorgeschobenen. In Wirklichkeit handelt es sich um eine fast schon verzweifelte »Flucht nach vorn«, mit der die letzte Weltmacht den drohenden Verlust der globalen Kontrolle aufhalten will. Der von Präsident Bush vollmundig angekündigte »Krieg gegen den Terrorismus« war ein Flop. Das poststaatliche Gebilde Al Kaida ist offenbar nicht entscheidend getroffen worden. Die US-Regierung konnte der imperialen Öffentlichkeit nicht einmal einen Triumphzug bieten, um Osama bin Laden als den in Ketten gelegten Barbarenhäuptling zu präsentieren. Und die Vertreibung der Taliban wurde damit erkauft, dass die USA ein blamables Bündnis mit den Banditen und Warlords der sogenannten »Nordallianz« eingehen mussten. Von einer wirklichen Kontrolle über Afghanistan kann keine Rede sein.

Die USA werden einen Krieg nicht gewinnen, den sie nicht einmal führen können; so wenig wie ein Panzernashorn seine eigenen Darmviren angreifen kann. Denn der Terrorismus wächst in der Weltkrise des Kapitalismus nicht nur stets von neuem nach wie die Köpfe der Hydra; er bewegt sich auch in einer ganz anderen Dimension als die letzte Weltmacht. Al Kaida operiert nicht auf der Ebene der territorialen Souveränität, sondern wie ein transnationaler Konzern in den Falten und Nischen der Globalisierung. Für einen Kampf in dieser Dimension ist die High-Tech-Militärmaschine der USA völlig ungeeignet und nutzlos. Die ewigen Luftangriffe mit Stealth-Bombern, Cruise Missiles usw. treffen großflächig die Bevölkerung, die Städte und Infrastrukturen; aber sie sind viel zu grob, um die transkontinentalen Netzwerke vom Typus Al Kaida erreichen zu können.

Die USA brauchen einen spektakulären Großerfolg im Krieg um die Weltordnung. Sie müssen demonstrieren, dass sie immer noch »Herr im Haus« sind. Die Macht der USA ist aber ihrem Wesen nach auf die Welt der Nationalstaaten bezogen. Eine Demonstration der Stärke und des globalen Herrschaftswillens ist daher nur möglich in der anachronistisch gewordenen Form des territorialen Krieges im Sinne von Clausewitz. Um die Frustration im »Krieg gegen den Terrorismus« kompensieren und ein »Exempel statuieren« zu können, brauchen die USA einen Feind auf ihrer eigenen Ebene als billiges Opfer. Der Irak bietet sich dafür an, weil er schon längst als »Schurkenstaat« ideologisch aufgebaut worden ist. Und als traditionelle territoriale und souveräne Macht, gestützt auf eine klassische Armee, hat das ohnehin im Niedergang begriffene Saddam-Regime natürlich nicht die geringste Chance.

Ein ökonomisches »Wunder« muss her

Es gibt allerdings noch einen zweiten, weitaus wichtigeren Grund, warum gerade der Irak ins Visier genommen wurde. Die Weltwirtschaft ist in eine neue Phase der Krise eingetreten. Das Desaster der New Economy und der Absturz der westlichen Finanzmärkte seit dem Frühjahr 2000 schlägt zeitversetzt auf die globale Realökonomie zurück. Das Zentrum dieser Krise befindet sich in den USA, deren Finanzblasen-Ökonomie in den 90er Jahren mit phantastischen Import-Überschüssen die gesamte Weltkonjunktur als Lokomotive gezogen hatte. Das unausweichliche Ende dieser Ära des »fiktiven Kapitals« droht nicht nur die völlig überschuldete US-Ökonomie in den Abgrund zu reißen und die schwelende Weltwirtschaftskrise zum globalen Flächenbrand auszuweiten, sondern in der weiteren Perspektive auch die Finanzierungsfähigkeit der US-Militärmaschine in Frage zu stellen und das Ende der globalen Hegemonie herbeizuführen.

Ein ökonomisches »Wunder« muss her, um jeden Preis. Der Finanzblasen-Kapitalismus soll in die stetige Aufwärtsbewegung der 90er Jahre zurückgezwungen werden. Dafür bedarf es jedoch einer tragenden Prognose, die den Börsenboom als bloße Vorwegnahme einer nachfolgenden realökonomischen Ära des Wachstums rechtfertigt. In dieser Hinsicht sind die Optionen neuer technologischer Träger zum Auslaufmodell geworden. Die Hoffnungen auf einen säkularen Schub von Investitionen und Konsum durch die Kommerzialisierung des Internet oder durch die Telekom-Industrie mittels UMTS haben sich als Flops erwiesen. Nachdem die inneren Potentiale eines realen Wachstums versagt haben, soll jetzt durch den Angriff auf den Irak eine äußerlich militärisch induzierte »Ära des billigen Öls« als neue Projektion herhalten, um den Börsenboom zurückzuholen und auch die erste Dekade des 21. Jahrhunderts zu einer Ära des »jobless growth« zu machen.

In den USA wird ganz offen darüber diskutiert, das Kartell der OPEC gewaltsam zu »zerschlagen«. Die US-Ökonomie soll durch einen Ölpreis auf dem Niveau vor den Zeiten der OPEC »gerettet« werden. Dafür reicht jedoch die Kontrolle und Erschließung des kaspischen Raums bei weitem nicht aus, weil sich dort nur Lagerstätten in der Größenordnung des Nordsee-Öls befinden, wie sich inzwischen herausgestellt hat. Im Irak dagegen liegen nicht nur 15 Prozent der Weltreserven, sondern sie lassen sich auch konkurrenzlos billig aus dem Boden fördern. Durch eine militärische Besetzung der irakischen Ölfelder und deren Modernisierung mit Hilfe einer von den USA eingesetzten Marionetten-Regierung, so das Kalkül, könnte ein neuer globaler Wachstumsschub unter Führung der US-Ökonomie auf den Weg gebracht werden.

Aber dieses Kalkül ist irrational und kann den Absturz nur beschleunigen. Nach einem relativ leichten militärischen Sieg wird sich der Irak noch weniger befrieden lassen als Afghanistan. Im Norden drohen Konflikte mit der Türkei, im Süden mit dem Iran. Die Zerschlagung der OPEC wäre der vollständige Ruin des gesamten Nahen Ostens und wahrscheinlich auch Russlands. An die Stelle der jetzigen Regimes würden nicht wohlerzogene Demokratien treten, sondern fortgeschrittene anomische Zustände und eine gesamtarabische Hass-Guerilla gegen die Förderanlagen und Transportwege des vermeintlich »billigen Öls«, dessen Preis dann in Wahrheit geradezu explodieren müsste. Die USA schaffen durch ihre gewalttätige »Flucht nach vorn« einen qualitativ neuen Ausnahmezustand: Sie bewegen sich auf eine direkte Militärdiktatur und ein blutiges Besatzungsregime in der gesamten Ölregion zu. Das kann auch die größte Militärmacht der Geschichte nicht lange durchhalten. ●

Robert Kurz ist freier Publizist und Redakteur der Zeitschrift »Krisis – Beiträge zur Kritik der Warengesellschaft« (www.krisis.org). Sein Beitrag erschien bereits im November letzten Jahres in »Folha«. Sein Buch zum Thema heißt »Weltordnungskrieg – Das Ende der Souveränität und die Wandlungen des Imperialismus im Zeitalter der Globalisierung«, Horlemann 2003, 19,80 EUR.

KRIEG UM WELTHERRSCHAFT

Von Uri Avnery ● Frankreich, Deutschland und Russland, vom amerikanischen Verteidigungsminister verächtlich als »altes Europa« bezeichnet, sind im Gegenteil durch Überlegungen vereinigt, die das neue Europa betreffen. Dieses Europa ärgert die amerikanische Regierung. Es ist im Begriff, eine wirtschaftliche Supermacht zu werden. Es ist in der Lage, mit den USA zu konkurrieren, ja vielleicht sogar, sie zu überholen. Ein Symbol dafür ist die Tatsache, dass der Euro den Dollar tatsächlich eingeholt hat. Der Krieg im Irak ist vor allem ein Krieg gegen Europa und Japan. Die Besatzung des Irak wird die amerikanische Kontrolle nicht nur über die dortigen Ölreserven, sondern auch die des Kaspischen Meeres und der Golfstaaten sichern. Die US-Hand auf dem Ölhahn der Welt kann Deutschland, Frankreich und Japan abwürgen, weil sie nach Belieben den Preis in aller Welt manipulieren kann. Deshalb liegt das Verhindern eines Krieges im wesentlichen im europäischen Interesse.

Dieser Krieg geht weit über den Irak hinaus. Es ist kein Krieg gegen Saddams Mikroben. Es ist ganz einfach ein Krieg um Weltherrschaft, wirtschaftlich, politisch, militärisch und kulturell. Um dies zu erreichen, ist Bush bereit, eine Menge Blut zu vergießen. ●

Uri Avnery ist Gründer der Bewegung Gush Shalom. Der Publizist und langjährige Knesset-Abgeordnete Avnery, 1923 in Beckum geboren und 1933 nach Palästina ausgewandert, gehört seit Jahrzehnten zu den profiliertesten Gestalten der israelischen Politik. Er ist durch seine kämpferisch-kritische Begleitung der offiziellen israelischen Regierungspolitik weit über die Grenzen seines Landes hinaus bekannt geworden. Für sein Engagement für den Frieden im Nahen Osten sind ihm zahlreiche Auszeichnungen zuerkannt worden, unter anderen der Erich-Maria-Remarque-Friedenspreis der Stadt Osnabrück (1995), der Aachener Friedenspreis (1997), der Bruno Kreisky Preis für Verdienste um die Menschenrechte (1997), der Alternative Nobelpreis (2001) sowie der Carl-von-Ossietzky-Preis der Stadt Oldenburg (Mai 2002).

EURO GEGEN DOLLAR

Barbosa Dib ● Bush führt den Irak-Krieg, um die USA vor dem Bankrott ihrer Wirtschaft zu bewahren. So befürchtet die »Federal Reserve Bank« (US-Zentralbank), dass die OPEC-Länder den Dollar für ihre Öltransaktionen aufgeben werden und definitiv zum Euro wechseln. Der Irak tat dies bereits im Jahr 2000, als der Euro 80 Cents zum Dollar stand und entging so der späteren Abwertung. Der Dollar fiel in 2002 um 15% in Relation zum Euro.

Falls der Krieg gewonnen wird, kehrt der Irak zum Dollar zurück. Die USA wollen somit die Bestrebungen innerhalb der OPEC-Länder unterdrücken, die den Euro als ihre monetäre Basis verwenden wollen. Sollten diese sich nämlich durchsetzen, müssten die Öl-verbrauchenden Länder Reservedollars von ihren Zentralbanken abziehen zwecks Ersatz des Dollars durch Euros. Ein weiterer Einbruch des Dollars um 20-40% wird befürchtet.

Barbosa Dib ist Professor für Geschichte in Brasilien (saidib@ig.com.br).

BUCHBESPRECHUNG

Irak-Krieg – Warum ?

Oh, Moon of Alabama

– Vorgezogener Nachruf auf das »Imperium Americanum«

Die Zeit der imperialen Herrschaft Amerikas ist vorbei! Mit dieser verblüffenden These, die dem herrschenden Bild von der »einzig verbliebenen Supermacht« widerspricht, legt Emmanuel Todd einen Essay vor, der in Frankreich eine große Debatte auslöste und mittlerweile in elf Sprachen übersetzt ist.

Michael Schneider ● Gerade jetzt, da wir ebenso empört wie ohnmächtig zusehen müssen, wie die Hightech-Macht USA an der Sechs-Millionenstadt Bagdad und dem irakischen Volk wieder einmal eine Art »Jüngstes Gericht« vollstreckt, mag diese These unwahrscheinlich und eher wie eine polemische Wunschphantasie denn wie eine glaubhafte Prognose erscheinen. Wer wünschte in diesen Tagen nicht, wenn schon kein Gottesgericht die Kriegsverbrecher im Weißen Haus straft, dass ihr völkerrechtswidriger Angriffskrieg den Anfang vom Ende des *Imperium Americanum* einläuten würde! Immerhin hat Todd seinen prognostischen Scharfsinn schon einmal unter Beweis gestellt, wagte er doch bereits in seinem 1976 erschienenen Buch *La Chute finale* eine Vorhersage über den Zusammenbruch der Sowjetunion.

Die Ursache des Niedergangs der »alleinigen Supermacht« sieht Todd nicht vorrangig in ihrem weltweiten Ansehensverlust, sondern in der Umkehrung wirtschaftlicher Abhängigkeitsverhältnisse. Früher waren Europa und Japan ökonomisch wie politisch ganz von den USA abhängig, jetzt offenbart ein gigantisches Handelsbilanzdefizit (2002: 550 Milliarden Dollar) ein umgekehrtes Verhältnis. Die Liste der Länder mit einem Handelsüberschuss gegenüber den USA ist eindrucksvoll: Deutschland, Frankreich, Italien, Israel, Japan, Russland und China. Selbst Mexiko, Südkorea und die Ukraine exportieren mehr in die USA, als sie von dort importieren. Verfügte Amerika in der unmittelbaren Nachkriegszeit über eine autonome, geradezu überproduktive Volkswirtschaft, so steht im Zentrum ihres jetzigen »räuberischen« Systems nicht mehr die Produktion, sondern der Konsum. Dies zeigt sich auch an der enormen Verschuldung von US-Unternehmen und -Haushalten, die zu historischen Pro-Kopf-Höchstständen geführt hat. Todd: »Es ist zunehmend so, dass die Welt produziert, damit Amerika konsumieren kann. ... Amerika ist nicht mehr als Produzent wichtig für die Welt, sondern als Konsument, zumal in einer Phase der weltweiten Nachfrageschwäche«.

Die enorme Steigerung der Börsenkapitalisierung vermittelte bis Ende der neunziger Jahre das trügerische Bild einer hyperproduktiven US-Wirtschaft, doch hatte dieser Vorgang nichts mit realem Wachstum und Produktivität zu tun. In Wahrheit war er nichts anderes als Indiz für eine Inflation der Reichen, die ihr überschüssiges Geld an der Börse investierten. Doch seit den großen Börseneinbrüchen der vergangenen Jahre, nach dem Zusammenbruch von *Worldcom, Enron* und anderen Flaggschiffen der US-Wirtschaft gilt die Wall Street ausländischen Anlegern nicht mehr als sicherer Finanzplatz. Das wahrscheinlichste Szenario, das Todd skizziert: Eine Panik an den Börsen von unvorstellbarem Ausmaß, gefolgt von einem tiefen Sturz des künstlich hochgehaltenen Dollars. Damit wäre es mit der »imperialen« Position der Vereinigten Staaten in wirtschaftlicher Hinsicht vorbei.

Aus dem Bewusstsein anschwellender ökonomischer Abhängigkeit resultiert ein »theatralischer Militarismus« der USA, der – nach Todd – folgende Merkmale aufweist: Ein Problem wie der internationale Terrorismus wird nie endgültig gelöst – daher können die USA ihre Legitimität als »Schutzmacht der freien Welt« immer wieder reklamieren und beliebige Militäraktionen rechtfertigen. Man konzentriert sich dabei auf Kleinmächte: Afghanistan, Irak, Iran, Nordkorea, Kuba. Der einzige Weg, politisch im Zentrum einer Welt zu bleiben, deren ökonomische und demographische Achse sich immer mehr nach Eurasien verschiebt, besteht darin, gegen Akteure, die man zu »Schurkenstaaten« erklärt, vorzugehen. Es werden immer neue Waffensysteme entwickelt, die den USA einen unaufholbaren Vorsprung im Rüstungswettlauf geben und ihnen die globale Kontrolle über die Ressourcen des Planeten sichern. Doch dazu reichen – auf längere Sicht – weder die militärischen noch die ideologischen Ressourcen Amerikas aus.

Denn unverzichtbare Voraussetzung für die Stabilität von Weltreichen ist der Universalismus – das Vermögen, Menschen und Völker gleich zu behandeln. Der Erfolg Roms beruhte wesentlich darauf, dass alle Bürger der Kolonien, vom Rechtsstatus her, wie römische Bürger behandelt wurden. Als Vasallen konnten sie an Roms zivilisatorischen Errungenschaften wie Straßen- und Brückenbau sowie Aquädukten partizipieren und genossen zudem den Schutz ihrer Vormacht. Auch Amerikas Macht blieb legitim und unangefochten, als es seine »universellen Werte« erfolgreich exportierte, in seinen wichtigsten Protektoraten Deutschland und Japan Demokratie und Prosperität beförderte und sich gegenüber den Staaten seiner Einflusszone als »wohlwollender Hegemon« erwies, was allerdings im lateinamerikanischen Hinterhof kaum galt.

»Doch zum Unglück für die Welt«, so Todd, »ist die Abwendung vom Universalismus gegenwärtig die weltanschauliche Haupttendenz in Amerika.« Denn die USA behandeln die Völker ihrer Protektorate erkennbar ungleich und diskriminierend. Damit aber untergraben sie selbst die Grundlagen ihrer Herrschaft. Seit zwei Jahrzehnten sind sie – zusammen mit Großbritannien (darin dem Habsburger Reich vergleichbar, das zur Zeit der Gegenreformation auch Spanien und die spanischen Niederlande umfasste) – zur Speerspitze einer neoliberalen Gegenreform geworden, die Ungleichheit und Ausgrenzung überall auf der Welt verschärft hat. Dabei hat sich auch die US- Gesellschaft selbst nach spätrömischem Muster polarisiert: in eine prestigeversessene Elite einerseits und eine immer größer werdende Plebs andererseits, die mit »Info-und Tittytainment«, dem amerikanischen Pendant der »circenses«, bei Laune gehalten und zugleich durch das beständige multimediale Bedrohungsszenario des Terrorismus in paranoide Angstzustände versetzt wird. Die seit Reagan kursierende Rede vom »Reich des Bösen« ist als klassische Projektion einer Gesellschaft zu verstehen, die ihr eigenes Böse nicht wahrhaben will.

Gleichzeitig konstatiert Todd einen Rückgang des egalitären Universalismus in den Außenbeziehungen, ablesbar am Verhältnis Amerikas zu anderen Staaten, besonders im Umgang mit der arabischen Welt. Israel und die amerikanischen Juden wurden in das mentale System Amerikas integriert – Araber blieben wie Schwarze und Mexikaner draußen. Die einseitige Parteinahme für Israel und die Unfähigkeit, in der arabischen Welt eine gleichberechtigte Zivilisation zu sehen, »ist die sichtbarste Abkehr vom Universalismus. Das Unrecht, das den Palästinensern tagtäglich angetan wird durch die israelische Besetzung ihrer Gebiete, ist ein täglicher Verstoß gegen das Prinzip der Gleichheit, das doch zur Basis der Demokratie gehört.

Weniger sind wir uns der Tatsache bewusst, dass die israelische Gesellschaft wie die amerikanische vom Fieber der Ungleichheit erfasst ist. Israel hat mittlerweile mit die größten Einkommensunterschiede unter den entwickelten und demokratischen Ländern.« (Todd) Aber folgt aus all dem zwingend auch der Niedergang von Amerikas imperialer Macht und globaler Militärmacht? Hier legt Todd den Finger auf einen weiteren wunden Punkt: Auch wenn die USA in Kriegen über die strategische Luftüberlegenheit verfügen, ihre begrenzten Landstreitkräfte sind nicht (mehr) in der Lage, die riesigen geographischen Räume, aus denen sie ihre Produkte und ihr Kapital ziehen, unmittelbar zu kontrollieren. Dieses Phänomen des *overstretching* hat der amerikanische Historiker Paul Kennedy in seiner Analyse vom Aufstieg und Fall der Weltreiche bereits eindrucksvoll dokumentiert.

Wie Afghanistan lehrt, wird es Amerika nicht gelingen, nach einem »erfolgreichen« Feldzug gegen Bagdad den Mittleren Osten zu befrieden. Eher wird sich die ganze Region in ein einziges, großes Palästina verwandeln, eher könnten die noch moderaten arabischen Länder zur Beute radikaler Islamisten werden, als dass sie sich von den USA kolonialisieren lassen. Auch das dürfte Kontinentaleuropa von Amerika weiter entfernen.

Auf lange Sicht – so prophezeit Todd – wird es keine alles beherrschende Supermacht mehr geben, eher eine Balance der Kräfte zwischen den großen Wirtschaftsblöcken USA, EU, Japan, Russland, Indien und China – eine Balance, die dem tatsächlichen ökonomischen, demographischen und politischen Gewicht der Hauptakteure entspricht. An diese neue multipolare Konstellation zu glauben, fällt freilich schwer. Ist es sehr zu bezweifeln, ob der Rückzug und die innere Erosion des *Imperium Americanum* so unblutig verläuft wie seinerzeit die Auflösung des Sowjetreiches. Verwundete Tiger sind bekanntlich besonders gefährlich.●

Emmanuel Todd: Weltmacht USA. Ein Nachruf, Piper 2003, 13 EUR

Aus »Freitag«, 28.3.03 (www.freitag.de)

GEGENÖFFENTLICHKEIT: KONTAKT MIT BAGDAD

Seit Freitag dem 21. März 2003 berichtet »robdinz« jeden Tag von den Telefongesprächen mit seinem Kontakt in Bagdad auf der Webseite www.de.indymedia.org. Die Berichte sind im Orginal auf Italienisch und dank verschiedenen ÜbersetzerInnen kann indymedia die Berichte auf der Website in Deutsch veröffentlichen. Nachfolgend einige Auszüge der beeindruckenden Berichte, die in den Tagen des Krieges und der Besetzung ein wichtiges Stück Gegenöffentlichkeit sind.

Saturday March 22, 2003

Mit absoluter Sicherheit sind mindestens fünf zivile Mietshäuser im Zentrum Bagdads getroffen worden. Mehr als dass sie getroffen wurden, müsste man sagen, dass sie zu Krümeln gemacht wurden. Ein Haufen zum Scheiterhaufen mutiert: Backsteine, Teppiche, Natursteine, Holzmöbel. Zwei dieser Mietshäuser befinden sich seitlich des Kinos »Al Maharud« (wenn ich den Namen richtig verstanden habe). Gegenüber von einem großen Supermarkt, der ebenfalls dem Erdboden gleich gemacht wurde. Alle geparkten Autos im Umkreis des Häuserblocks sind verkohlt. Die Rollläden der Geschäfte, auch von denen, die anscheinend noch intakt sind, sind durch die von den Flammen und den Bombenexplosionen entfachte Hitze in flüssigen Zustand versetzt worden. Der, der mit mir spricht, beschreibt mir das Szenario einer Apokalypse, das sich auf wenige Quadrat-Kilometer konzentriert. Alles brennt, wenn auch nicht mit der Gewalt von vor einigen Stunden. Kein Ministerial- oder Präsidentialpalast befand sich innerhalb dieser Häuserblöcke. Alles, was getroffen wurde, war zivil: kleine und große Wohnungen, Geschäfte und Orte wie Verkaufsmärkte...

Monday March 24, 2003 at 07:51 PM

Die Sendefrequenzen der Radios werden nach wie vor permanent durch offensichtlich gefakte, in Arabischer Sprache gehaltene Bulletins und Communiquès (denen niemand glaubt) blockiert, die behaupten, dass die Amerikaner und die englischen Truppen schon an den Toren der Stadt sind, dass es keinerlei Widerstand gab und dass sich sämtliche irakische Truppen ergeben haben. Und, Ironie des Schicksals, sie bitten die Bürger von Bagdad nicht denen zu glauben, die behaupten, dass es zivile Opfer und Bombardements ziviler Wohnhäuser gegeben hätte. Diese gefälschten Bulletins behaupten auch, dass wenn es getroffene zivile Wohnungen gibt, dies zuschulden irakischer Soldaten geht, die den triumphalen Vormarsch der Angloamerikaner in ein schlechtes Licht rücken wollten.

Wednesday March 26, 2003 at 10:29 PM

Die Nacht ist vollständig dunkel. Hin und wieder beginnt ein feiner, dichter Regen zu fallen. Die Angst ist zum Greifen spürbar, man fühlt es in der absoluten Stille, die aus den Häusern kommt, die normalerweise mit Lichtern und Lampen in allen Farben hell beleuchtet sind und von der ohrenbetäubenden Musik umgeben sind, die aus den Bars und Restaurants herauskam und wegen denen Bagdad in der ganzen Welt bekannt war. Sogar zwölf Jahre härtesten ökonomischen Embargos hatten dies Lust auf Farbe und Musik, welche die ganze Stadt bis spät in die Nacht bekleideten, nicht auszulöschen vermocht. Die Blitze der Raketen und der Bomben die immer wieder über der südlichen Stadt hinabfallen erscheinen wie gedämpft durch den dicken Vorhang aus Wolken und Rauch. Die Krankenhäuser sind überfüllt mit Verletzten, Verwandten und Angehörigen der Verletzten, einfachen Leuten, die so weit gehen, Beschwerden anzugeben, bloß um dort bleiben zu können, weil sie überzeugt sind, dass dort keine Bomben fallen werden. Weil sie im Inneren ihrer Herzen an diesem dünnen Rest Legalität appellieren, der eben für die Kriegsparteien das Verbot vorsieht, zivile Krankenhäuser zu treffen.

Friday March 28, 2003 at 03:08 PM

Die Explosion, die wie ein Erdbeben die Stadt zerstört hat, die ihre Fundamente erschütterte, die ganze Stadt zittern ließ, ein panisches kollektives Fliehen Tausender terrorisierter Menschen hat sich mitten im Zentrum der Hauptstadt ereignet. Sie hat einen mindestens fünfzehn Meter hohen Pilz produziert, der wie der Pilz einer Atombombe erschien und alles, was sich im Radius der furchterregenden Druckwelle befand, zerrissen. Es war ein Zentrum für die zivile Kommunikation, Zivil wie auch die umstehenden Häuser. Wortwörtlich zu Staub gemacht. Die Offiziellen Zahlen sprechen von sieben Toten und 110 Verletzten. Die Realität scheint nicht weit von 35 Toten und über 300 Verletzten. Die Bombardements sind seit gestern um 18.00 MEZ ohne Unterbrechung ständig wiederholt worden und haben zur Stunde noch nicht aufgehört.

Friday March 28, 2003 at 10:31 PM

Seit 24 Stunden regnen Bomben und Raketen über jeden Stadtbereich herab, willkürliche Zerschmetterer, die immer weiter Hunderte Verletzte, Amputierte und Opfer verursachen. Inzwischen ist es unmöglich, die Zählung der Opfer fortzusetzen, die bis gestern noch einen Sinn hatte. Mit den Besuchen in den Krankenhäusern um eine Vorstellung der Verletzten zu bekommen, mit den morgendlichen Pressekonferenzen, die denen sich die irakischen Behörden als erstaunlich vorsichtig erwiesen und denen niemand mehr glaubte. Der Mensch mit dem ich Rede, lebt in einem irakischen Haus, in dem der Hausherr kurdischer Herkunft und mit einer Ägypterin verheiratet ist. Er hat nie Probleme wegen seiner ethnischen Zugehörigkeit gehabt. Er ist Chemiker, und während der vielen Jahre des von den Amerikanern aufgezwungenen Embargo war das staatliche Labor an dem er arbeitete »sein« Labor geworden. Wo er die Medikamente ausländischer Pharmaunternehmen klonte, (sozusagen kopierte) die immer noch wegen des Embargo nicht das Land erreichen konnten. Diese seine Spezialisierung war ungemein kostbar geworden, so sehr, dass er es nicht schaffte, mit seiner »Produktion« der Anfrage aus den Krankenhäusern nachzukommen.

Der heutige Tag ist ein apokalyptischer Tag gewesen (aber es gibt keine Adjektive mehr, um das, was geschieht, zu beschreiben und damit wiederzugeben): der Massaker am Markt von Al-Nasr, im Norden der Hauptstadt, ist das gewesen, was man ein Gemetzel nennen könnte. Mindestens 65 die Opfer, nicht weniger als 100 die Verletzten. Das kleine Volksviertel, das sich gerade einmal über vier- bis fünfhundert Meter entlang der großen Allee von Al-Nasr erstreckte, ist von einer riesigen Bombe getroffen worden, die ein mindestens 5 bis 7 Meter tiefes und ungefähr (nach Augenmaß) hundert Meter breites Loch verursacht. Nichts ist stehen geblieben. Die ganze Stadt hat den Knall gehört, der wie ein Schweigen, das mindestens eine, vielleicht zwei Minuten dauerte produziert hat.

Ich habe nur noch Lust zu schlafen, keine Geräusche mehr zu hören, kein Blut mehr an allen Ecken zu sehen. Ich kann Dir nicht sagen, ob es Angst ist, die ich heute gespürt habe, vielleicht ist es viel mehr als das, vielleicht ist es etwas, das nicht einmal ich imstande bin, zu verstehen, mir zu erklären. Als ich entlang der Al-Nasr Allee lief, um gucken zu gehen, was geschehen war, ist heute auch mir das passiert, was ich viele Iraqis schon tun sah: schnell gehen, mit zwischen den Schultern gesenktem Kopf , die Hände bewegen, als gestikuliere man ins Leere, laut reden, fluchen, ich weiß nicht was schreien, und fühlen, wie man immer schneller geht, immer schneller, immer schneller, noch mal schneller. Mit dem Atem, der dir im Hals ausgeht, dem Herzen auf 380, der Beinmuskulatur, die so verhärtet ist, dass sie schmerzt. Ich bin plötzlich gegen eine Mauer aus Menschen gelandet, die schrieen, fluchten, sich förmlich die Haare aus dem Kopf ris-

Fortsetzung nächste Seite

GEGENSTANDPUNKTE

Irak-Krieg – Warum ?

Schlechte Einwände gegen den Irak-Krieg

»Nein zum Krieg – Ja zum Frieden!«

Die USA lassen keinen Zweifel daran, dass sie ihren Krieg gegen den Irak führen wollen. Sehr viele Menschen gehen auf die Straße und protestieren dagegen und halten dem Kriegswillen der USA ihre Plakate entgegen, auf denen steht: »Kein Krieg!« Was sie stattdessen haben wollen, ist klar und steht auch auf den Plakaten: »Frieden!« Mit dieser Entgegensetzung von 'Krieg' und 'Frieden' ergreifen sie für den Zustand namens 'Frieden' Partei, einfach weil der Krieg so schrecklich ist.

Aber wenn sie mit dieser Demonstration ihrer Friedensgesinnung auch schon zufrieden sind, dann haben sie sich eine Frage gar nicht erst gestellt, nämlich was dieser 'Frieden' eigentlich wert ist, nach dem sie sich da sehnen. Wer nach Frieden ruft, immer wenn mal wieder ein Krieg ins Haus steht, der betrachtet den Krieg wie einen Unglücks- oder Ausnahmefall; der hat also vom Frieden eine so gute Meinung, dass ihm gar nicht auffallen will, dass ein Krieg noch allemal seine Gründe in eben diesem Zustand, 'Frieden' genannt, hat.

Ein Krieg kommt doch nicht aus heiterem Himmel. Vielmehr entschließen sich Staaten zu diesem Übergang, weil sie den friedlichen Verkehr miteinander einfach nicht mehr aushalten. Das heißt: Die Interessengegensätze zwischen ihnen sind an dem Punkt angelangt, wo der eine Staat seine »vitalen Interessen«, also das, was für ihn lebens- und überlebensnotwendig ist, so nachhaltig durch den anderen Staat geschädigt sieht, dass ein Interessenausgleich, ein Verhandeln über Nutzen und Schaden nicht mehr in Frage kommt. Wenn dann der Beschluss erfolgt, das gegnerische Interesse gewaltsam auszuräumen, dann belegt das nur, dass sich schon zuvor die Interessen wechselseitig ausschlossen und sich die Staaten auch in Friedenszeiten grundsätzlich feindselig gegenüber gestanden haben. Dafür findet sich reichlich Anschauungsmaterial. Man muss nur den 'Fall Irak' bzw. den Umgang mit ihm nehmen, diese letzten 12 Jahre, die für die Friedensbewegten offensichtlich noch unter die Kategorie 'Frieden' fallen. Dabei waren nicht bloß der punktuelle Bombenterror durch die USA und Großbritannien, die Drangsalierung des Staates durch ein scharfes Embargo, die Quarantäne der UNO und massenhafte Verelendung unübersehbar, unübersehbar war insbesondere der rote Faden, der sich durch diesen »friedlichen« Zustand durchzog, bzw. die Leitlinie, nach der diese Gegend behandelt wurde: die wachsende Unzufriedenheit der USA mit der Fortexistenz eines unwiderruflich geächteten Feindes. Dieser Friedenszustand war einerseits also extrem gewalttätig, andererseits hat er den USA immer mehr Gründe geliefert, warum sie ihn von ihrem Standpunkt aus für unerträglich halten und ihn beenden müssen. Der Krieg »bricht« also nicht »aus« – wie es oft beschönigend heißt –, vielmehr erklärt ihn Amerika, weil es mit ihm seinen feindseligen Gegensatz zum Irak aus der Welt räumen will. Anschließend ist dann wieder 'Frieden', und zwar genau der, den die USA mit ihrer Gewalt in alle Einzelheiten hinein festlegen und absichern. Und was für den Fall Irak gilt, gilt überhaupt: Kriege, die Staaten immer mal wieder auf die Tagesordnung setzen, hängen mit dem Friedenszustand zwischen ihnen notwendig zusammen, denn was im Krieg zum großen Knall ausgetragen wird, sind keine anderen Interessengegensätze, Konflikte und Feindschaften als die, die – noch ohne Schusswechsel – den wirklichen Inhalt des Zustands namens 'Frieden' ausmachen.

Wer dann ein Schild hochhält, auf dem »Frieden!« steht, der will sich nicht Rechenschaft darüber ablegen, was 'Frieden' wirklich ist, sondern nur den bescheidenen Wunsch kundtun: »Hauptsache, kein Krieg«. Diese Weigerung, sich die Kriegsträchtigkeit des Friedens klarzumachen und vielleicht einmal davor zu erschrecken, statt immer nur vor seinen gewaltsamen Konsequenzen, lässt sich sogar noch steigern, nämlich mit der Behauptung, im Krieg würde sich das »Scheitern« der Politik und nicht nur das, sogar ihr »Ende« herausstellen. Wenn Politiker so etwas sagen, lässt sich das ja leicht nachvollziehen: Damit wollen sie den ganz und gar ehrenwerten Charakter ihres Geschäfts herausstreichen und jeden Zusammenhang zwischen dem und einem Krieg durchstreichen, also die gewalttätigen Folgen ihres Geschäfts leugnen. Diese Leute, die sich sonst als Obermacher von allem und jedem bewähren wollen, behaupten da plötzlich, es gäbe da so etwas wie einen politikfreien Raum – ausgerechnet und gerade in der Frage 'Krieg und Frieden'. Dann sprechen sie plötzlich von einer »Kriegslogik«, vor der sie dann »kapitulieren« müssten. Wie gesagt: Politiker gehen gerne mit einer solchen Frechheit hausieren – komischerweise fragt sie aber keiner, wer denn außer ihnen überhaupt einen Krieg anzetteln wollte und könnte und – noch eins vorher – warum sie sich auf diesen Fall, vor dem sie angeblich »kapitulieren« müssen, so umfänglich mit Armeen, Rüstungspolitik usw. usf. vorbereiten. Die Friedensbewegten stellen solche Fragen nicht, weil sie nämlich dieses Alibi der Politik nicht zerpflücken wollen. Sie fragen lieber danach, wo denn die Politik geblieben sei und wie es denn trotz der Politik zum Krieg habe kommen können, beten also die Lüge von der Ohnmacht der Politik nach – nur eben nicht mir einer entschuldigenden, sondern mit einer kritischen Intention. Diese »Kritik« zeugt von einem abgrundtiefen Vertrauen in die Politik: Das alles lebt von einem Ideal der Politik, von einem großen »eigentlich«. »Eigentlich« wäre die Politik dafür da, das Zusammenleben in den Staaten und zwischen den Staaten friedlich und zur allgemeinen Wohlfahrt zu richten, und wenn mal wieder das Gegenteil zu beobachten ist, dann sind dafür Abweichungen von »eigentlich« guter Politik, nämlich irgendwelche Fehler, Versäumnisse oder auch üble Machenschaften verantwortlich zu machen. Die Friedensbewegten wollen sich lieber nicht vorstellen, dass das staatliche Gewaltgeschäft – das ihnen in Friedenszeiten ja auch gar nicht als solches auffällt – als notwendige Folge auch mal einen Krieg nach sich zieht. Lieber nehmen sie die Politik in Schutz, indem sie ihr anlässlich eines Krieges nicht die Absicht, sondern ein Versagen vorwerfen.●

Aus: GEGENSTANDPUNKT aktuell vom 22.03.03

Polit-Satire aus den USA

Auf der Web-Seite www.whitehouse.org, lassen die MacherInnen kein gutes Haar an der Bush-Regierung. Europäische Besucher staunen beim ersten Mal über so viel offene, beißende und respektlose Kritik. Zu groß ist das Vorurteil eines einseitigen amerikanischen Propagandajournalismus. So sieht es auch der Chefredakteur der »whitehouse.org«-Seite, John Wooden: »Die amerikanischen Massenmedien haben Angst, als anti-amerikanisch abgestempelt zu werden, wenn sie die Absurdität und die Heuchelei der illegitimen Führung von George Bush kritisieren.«

Die Bebilderung unseres Schwerpunktes stammt von dieser Seite. Die Motive sind in Farbe herunterladbar und gehen als E-Mail-Anhänge rund um die Welt.

Unwillige GI's

Redaktion Köln ● Der in der BRD lebende Vietnamkriegs-Veteran Stephen Darnell Summers hat Interviews mit zwei GI's der US-Armee aufgezeichnet (zu beziehen über »Stop the war brigade«). Ein farbiger und ein weißer Soldat, beide der Unterschicht entstammend, erläutern ihre Gegnerschaft zum Krieg und ihre Misere, trotzdem als »Kanonenfutter« eingesetzt zu werden. Der eine war nach einem Bagatell-Delikt vom Gericht vor die Wahl gestellt worden: Knast oder Armee. Dies geschieht nicht selten in den USA. Der andere hatte keinerlei berufliche Perspektive und brauchte den Sold. Beide beklagen, keinerlei Mitbestimmungsmöglichkeit bei der Kriegsentscheidung gehabt zu haben und sehen resigniert einem möglichen frühen Tod entgegen.

FORTSETZUNG VON SEITE 8

sen, die Kleidung mit ihren eigenen Händen zerrissen, sich zu Boden warfen und anfingen, sich auf den Steinen, auf dem zerborstenen Asphalt, in den Pfützen voller Jauche zu wälzen. Ich war, ohne es nicht einmal gemerkt zu haben, in al-Nasr angekommen, zehn Meter vom Krater der Bombe. Ich bewegte mich wie sie, ich regte mich auf wie sie, ich schrie. Ich habe so sehr am Kragen des Hemdes gezogen, das ich an hatte, dass ich gehört habe, wie drei oder vier Knöpfe springen.

Saturday 29.3. 2:35pm

Bagdad im Belagerungszustand Seit sechsunddreißig Stunden fallen eine nach der anderen die Bomben, im Wechsel mit dem Pfeifen der Raketen die den südlichen Stadtrand treffen. Der Informationspalast ist durch das Bombardement der letzten Nacht wie »verformt«, so auch die niedrigeren Bauten, die ihn umgaben. Die Fensterscheiben sind im Umkreis von Hunderten von Metern zu Bruch gegangen. Durch den unaufhörlichen Bombenregen, der sie innerhalb eines Kreises aus Rauch, Feuer und Trümmern einzwängt, die auch denen, die dazu in der Lage wären, es unmöglich machen, zu fliehen, ist die Stadt faktisch belagert, wie man mir schon seit gestern sagte. Die Straßen, die nach Syrien und Jordanien führen, sind unmöglich zu erreichen. Die Ernährungs- und die Gesundheitssituation sind inzwischen hoffnungslos geworden. Die Verletzten, auch die, die in sehr schlimmem Zustand sind, werden mittlerweile von den Krankenhäusern abgewiesen und auf den Straßen und an improvisierten Orten gepflegt. Die zu Kriegsbeginn befürchtete humanitäre Katastrophe ist in Bagdad inzwischen im Gang. Es ist unmöglich, aus der Stadt heraus mit anderen Örtlichkeiten im Land zu kommunizieren. Die Kommunikation zwischen den verschiedenen Teilen des Irak ist durch das Bombardement einiger Telefonzentralen am Rande der Hauptstadt, von denen mindestens zwei ausschließlich zivil genutzt wurden und unter den zivilen Objekten waren, die von den Human Shields als Schutzwürdig eingestuft wurden, unterbrochen. Das Fehlen von Wasser ist für die Bevölkerung, die gezwungen ist, auf die Gewässer des Tigris zurückzugreifen, um davon zu nehmen, um zu kochen und für ein Minimum an Körperhygiene zu sorgen, ist mit Sicherheit zu einem der am schwersten zu bewältigenden Problemen geworden. Die permanenten Bombardements sogar auf die Ufer des Flusses machen diese Wasserentnahmen zu einer extrem gefährlichen Angelegenheit.

Thursday April 10, 2003 at 12:04 AM
Das Fest ist vorbei

Die »Befreier« sind in die Panzer und in die gepanzerten Fahrzeuge zurückgegangen. Die »Hummer«-Jeeps haben wieder begonnen, in Staffeln durch das Stadtzentrum zu ziehen. Die Die 150/200 jungen Iraqis, die als Komparsen für die Party in worldvision auf dem Platz des Paradieses sind verschwunden. In ihre Häuser ohne Wasser und ohne Strom zurückgekehrt. Aber mit den Essenspaketen, die ihnen von den Feldwebeln der amerikanischen Armada geschenkt wurden.

Und die Kämpfe haben wieder angefangen: in Saddam City, entlang des Shaab, auf beiden Seiten des Tigris, rund um das, was vom Informationsministerium übrig geblieben ist. Die Marines setzten sich mit Männern und Kids auseinander, die Leichtwaffen in den Händen halten, und auch Molotows.

Die Kanonen und die Maschinengewehre antworten, in dem sie gegen die Fassaden der Häuser Tausende Projektile schleudern, die Rahmen und Fenster zerkrümeln und die vergeblich mit Klebeband gesicherten Scheiben zerspringen lassen.

Und weiter Blut, Verletzte und Opfer, die niemanden mehr zu interessieren scheinen. Sicher interessieren und bekümmern sie den Teil der Presse, der im Hotel »Palestine« wohnt, der die Soldaten, die mit Gewalt und laut die Namen der durch das friendly fire der »Befreier« getöteten Kollegen skandierend und rhythmisierend in das Hotel einbrachen nicht als »Befreier« empfangen haben.

Sara ist eine junge »offizielle« europäische Fotografin, sie ist mit einem befristeten Vertrag im Auftrag einer gewichtigen Presseagentur in Bagdad. Sara hat sich immer fleißig an alle Anweisungen gehalten, die ihr von den Funktionären des Informationsministeriums gegeben wurden, sie ist in Besitz aller Visa, Pässe und Akkreditierungen, die nötig sind, um »In der Sonne« in der Hauptstadt zu arbeiten. Für zwei Wochen ist Sara auf dem Zimmer geblieben, und ihr Objektiv nach draußen gerichtet. Bereit, jedes Mal wenn sich ihr die Gelegenheit bot, mit den von den irakischen Behörden zur Verfügung gestellten Busse raus zu fahren, um in die Bereiche der Stadt zu kommen, die ihnen die Minister beschlossen hatten zu zeigen.

Und so sind die Tage für Sara verstrichen, eine junge Fotografin bei der ersten Erfahrung als Kriegskorrespondentin. Bis heute. Bis zur Ankunft der »Befreier«. Nach dem die Begeisterung, die von dem Abriss der teils komischen, teils tragischen Statue Saddam Husseins nachgelassen hatte, hat Sara wirklich gedacht, dass Bagdad »befreit« wäre. Also, warum dort, mitten auf dem Platz im »Jubel-Trubel« bleiben?

Sara hat sich zu Fuß in die Straßen direkt hinter den Hotels »Palestine« und »Sheraton« gestürzt. Die gepanzerten Wagen und die Panzer waren quer aufgestellt und richteten die Waffen gegen Hunderte Zivilisten, die überhaupt nicht lustig waren, an den »Feiern« Teil zu nehmen. Ein wenig weiter wird Sara Zuschauerin der ersten bewaffneten Zusammenstöße: amerikanische Militärs, die Maschinengewehrsalven schießend Männer und Frauen jagten, Panzer, die auf Bordsteine fuhren und wieder runter, und alles überrollten, was ihnen in den weg kam, wie Autos, Handwagen, Fahrräder. Und dann, die Kanonenschüsse, die die Fassade der Häuser in Stücke rissen, mit der Bevölkerung, die weinend, terrorisiert, aus den Häusern rannte.

Sara hat Angst. Sie bleibt stehen, sie schießt einige Bilder, eins nach dem anderen. Sie traut ihren Augen nicht, Sara: aber wie, denkt sie, war Bagdad nicht »befreit« worden?

Ein Jeep der Marines nähert sich von hinten, drei Soldaten steigen aus, während einer am Steuer bleibt. Sie fragen sie nach ihren Papieren, Pässen und Akkreditierungen. Sie, die alles hat, zeigt sie ohne Angst vor. Dann wird ihr gesagt, dass sie diese Fotos nicht machen durfte, weil dies ein Kriegsgebiet sei.

Aber wir sind hundertfünfzig Meter vom Journalisten Hotel entfernt, versucht sie, sich zu rechtfertigen. Sie beschlagnahmen ihre Filme, und befehlen ihr, zu gehen, nach dem sie ihr eine der Akkreditierungen vom Hals gerissen haben.

Sara, die um ihre Fotoapparate besorgt ist, macht sich auf den Weg. Noch eine Salve, noch mehr Schläge, noch mehr Geschrei, Tränen, wieder diese Geräusche und diese dumpfen Schläge von explodierten Scheiben. Und dann wieder Geschrei, Tränen und diese Geräusche und diese Schläge...

Auf den Platz zurückgekehrt, ist die große Saddam-Statue am Boden. Geköpft. Auf dem Betonsockel sehen die Stiefel des Raís wie zusammengefallen aus, in sich selbst geknickt.

Das Fest ist vorbei. Nur Panzer und Soldaten. Aber in der wiedergefundenen Stille hört man, gerade ein paar Schritte weiter um die Ecke, weiter Maschinengewehrsalven, weiter Schläge, weiter Geschrei, Weinen, und diese Geräusche und diese dumpfen Schläge explodierter Scheiben. ...●

Keine deutsche Beihilfe!

Irak-Krieg — Warum ?

Frieden mit dem Krieg

Kaum schlugen die ersten Raketen in Bagdad ein, zog die deutsche Regierung bereits einen Schlussstrich unter ihre diplomatischen Bemühungen zur Verhinderung des Krieges. Bundeskanzler Gerhard Schröder beließ es bei einem Bedauern, dass von Washington die falsche Entscheidung getroffen worden sei, und wünschte sich ein rasches Ende des Krieges – mit anderen Worten: einen schnellen Sieg der USA.

Joachim Guillard, Heidelberg ● Ähnlich äußerte sich auch Verteidigungsminister Peter Struck, der jede völkerrechtliche Debatte über den illegalen Krieg als überflüssig bezeichnete. Außenminister Fischer stellte sich am 2. April in Brüssel neben seinen Krieg führenden Kollegen Straw und wünschte sich mit ihm zusammen einen baldigen Zusammenbruch des irakischen Regimes. Berlin möchte sich auf den Wiederaufbau des Iraks konzentrieren. Ähnliche Töne waren auch aus Frankreich zu vernehmen.

Offensichtlich hat eine ganze Reihe von kriegskritischen Regierungen ihren Frieden mit dem Krieg schon gemacht. Aller Orten ist man eifrig bemüht, sich trotz Kriegsgegnerschaft einen guten Platz zu sichern, wenn es um die Neuordnung und den gewinnträchtigen Wiederaufbau des Irak geht. Eine Milliarde US-Dollar hat die amerikanische Regierung für ihre heimische Industrie schon ausgelobt. Und es dürften noch viele folgen, die mit dem irakischen Ölreichtum bezahlt werden sollen. Mit Aufträgen an Vizepräsident Cheneys Konzern Halliburton und der Firma SSA aus Seattle, die die Hafenverwaltung von Umm Kasr übernehmen soll, hat die Privatisierung der Besatzung begonnen, bevor sie militärisch gesichert ist.

Auch in den Reihen der UNO hatte man sich früh mit dem Krieg abgefunden. Äußerst gehorsam gegenüber der Macht, die ihm ins Amt verhalf, zeigt sich UN-Generalsekretär Kofi Annan. So setzte er die Aufforderung der USA, die Waffeninspektoren abzuziehen, um, ohne den zuständigen Sicherheitsrat auch nur zu befragen. Annans Sekretariat hatte zu diesem Zeitpunkt schon erste Pläne für eine Nachkriegsordnung im Irak ausgearbeitet. Eine zentrale Rolle soll hierbei eine »United Nations Assistance Mission in Iraq« (UNAMI) spielen, wie einem 60 Seiten umfassendes Dokument zu entnehmen ist, das unter Federführung der Unter-Generalsekretärin Louise Frechette verfasst wurde. Der Irak, Gründungsmitglied der Vereinten Nationen, hat hier seinen Status als souveräner Mitgliedsstaat offenbar bereits verloren.

Hilfsorganisationen befürchten unter diesen Umständen eine »Militarisierung« der humanitären Hilfe durch die USA, besonders nach Kofi Annans Ankündigung, die UNO würde mit jeder Autorität zusammenarbeiten, die die Kontrolle im Irak hat. Die USA haben in Kuwait ein »Humanitäres Operationszentrum« eingerichtet, bei dem sich Hilfsorganisationen registrieren lassen sollen, um dann im Gefolge der Armee nach Irak »einzumarschieren«. USA und Großbritannien streben zudem danach, damit betraut zu werden, mit den vom UNO verwalteten irakischen Geldern die »humanitäre Hilfe« für die Iraker in den eroberten Gebieten zu organisieren.

Auch das von Deutschland im Auftrag des UN-Sicherheitsrates ausgearbeitete Konzept für die humanitäre Versorgung der irakischen Bevölkerung im und nach dem Krieg entspringt derselben Haltung. Der Sicherheitsrat betont zwar in der Resolution 1472, mit er das deutsche Konzept am 28.3. billigte, dass nach Artikel 55 des Vierten Genfer Abkommens die Besatzungsmacht die Pflicht habe, die Versorgung der Bevölkerung mit Lebens- und Arzneimitteln sicherzustellen. Dennoch werden nun die dem Irak aktuell vorenthaltenen Vorräte und Mittel aus dem »Öl-für-Nahrung«-Programm für die humanitäre Hilfe genutzt – über den Kopf der irakischen Regierung hinweg, dafür in Abstimmung mit den angreifenden Mächten. 2,4 Milliarden Dollar sind umgehend verfügbar. Was mit den Gütern aus bereits abgeschlossenen Verträgen im Wert von 8,9 Milliarden Dollar geschieht, soll nun der Generalsekretär entscheiden. VölkerrechtlerInnen, wie die bekannte US-amerikanische Wissenschaftlerin Phyllis Bennis kritisieren, dass das »Öl-für-Nahrung«-Programm mit Kriegsbeginn einfach gekappt worden war unterworfen und nicht so gut wie möglich weitergeführt wurde. Nun steht das angegriffene Land praktisch unter Totalembargo. Doch auch nach Abzug der UNO-Mitarbeiter wären für eine Fortführung des Programms die 46.000 irakische Mitarbeiter zur Verfügung gestanden.

Auch wenn Teile des Iraks nicht mehr unter Regierungskontrolle sind, müssten nach internationalem Recht in der Tat alle Mittel dem Irak selbst überlassen werden. Auch in Städten wie Basra ist die Verwaltung noch in Takt und könnte die Verteilung von Lebensnotwendigem übernehmen. Die Invasionsarmeen müssten eindringlich aufgefordert werden, humanitäre Güter in die belagerten Städte durch zu lassen. Eine Fortsetzung der Hungerblokkaden würde gemäß der Genfer Konvention ein schweres Kriegsverbrechen darstellen. Für die Versorgung der besetzten Städte hingegen, müssten die Besatzungstruppen alleine aufkommen.

Doch nun bleibt auch nach dem Beginn des Überfalls das Opfer offensichtlich der Vogelfreie, während die Aggressoren unbeschadet ihre tonangebende Rolle weiterspielen können. Im Lager der Blockfreien Staaten und der arabischen Liga regt sich dagegen Widerstand. Es gibt starke Bestrebungen, eine Notstandssondersitzung der UN-Generalversammlung einzuberufen um die Aggression klar zu verurteilen und die Angreifer zum Rückzug aufzufordern.

Die USA reagierten mit Drohbriefen, in denen deutlich gemacht wird, dass sie eine Unterstützung eines solchen Vorgehens als »unfreundlicher Akt« ansehen würden. Auch Deutschland und Frankreich unterstützen keine Resolution gegen den Krieg durch die Staatengemeinschaft.

Allein durch eine klare Verurteilung der Aggression könnte aber der Schaden für die Vereinten Nationen, der durch die offene Missachtung ihres mächtigsten Mitglieds entstand, begrenzt werden. Zudem müsste von der Staatengemeinschaft ein klares Signal ausgehen, dass auch bei einem militärischen Sieg der USA kein von den Aggressoren aufoktroyiertes Regime internationale Anerkennung finden wird und die UNO erst dann organisatorische Aufgaben im Irak übernehmen werden, wenn die britisch-amerikanischen Streitkräfte das Land wieder verlassen haben.

Die Antikriegsbewegung sollte daher von der Bundesregierung nicht nur mit Nachdruck ein Ende der deutschen Kriegsunterstützung fordern, sondern auch die stillschweigenden Akzeptanz der US-amerikanischen Kriegsziele anprangern und auch allen europäischen »Neuordnungsplänen«, wie die am Dienstag vorgestellte, von mehreren europäischen Denkfabriken gemeinsam erarbeiteten, »Skizze einer europäischen Strategie für den Irak« gleichfalls eine Absage erteilen. Auch aus ihnen atmet der Geist eines neuen Kolonialismus, gegen den sich aktuell die irakische Bevölkerung in ihrer überwiegenden Mehrheit stemmt.

Der irakische Widerstand ist stärker als die Angreifer vermuteten. Wie von allen, die die irakische Realität nicht durch eine ideologische Brille betrachten, erwartet wurde, wird er von der Bevölkerung unterstützt. Die IrakerInnen wissen, dass die geplante Nachkriegsordnung ein gewaltiger Rückschlag für sie sein würde. Eine demokratische Entwicklung wird durch Dauerbombardement und die Besatzung feindlicher Truppen sicherlich nicht gefördert. Der Reichtum aus dem Öl aber würde ab dann aber nicht mehr, wie seit der Nationalisierung 1972 dem Land selbst zufließen, wo er – trotz Diktatur – bis 1990 vielfältige soziale Errungenschaften, wie freie Bildung und freie Gesundheitsversorgung hervorbrachte. Der Reichtum würde wieder in die Taschen britischer und US-amerikanischer Konzerne wandern.

Der Irak hat als Aggressionsopfer Anspruch auf internationale Unterstützung, selbst eine militärische wäre prinzipiell vom Völkerrecht gedeckt. US-amerikanische Vorwürfe an die Adresse Russlands oder Syrien, sie hätten militärisch nutzbare Ausrüstung geliefert, sind daher ungeachtet ihres Wahrheitsgehalts irrelevant. Nachdem die USA und GB den Irak unprovoziert überfallen haben, müssen die bisherigen, vor allem auf Druck dieser beider Länder aufrechterhaltenen Handelsbeschränkungen gegen das Land, weitgehend als obsolet betrachtet werden. Der Irak muss wieder frei über seine Mittel verfügen können, auch zur Stärkung seiner Verteidigungsmöglichkeiten.

Der Überfall der USA und Großbritanniens hat ohnehin Abrüstungsmaßnahmen, wie die gegen den Irak, völlig diskreditiert. Kaum ein Staat wird sich nach der Lehre, die dem Irak erteilt wurde noch einmal einem solchen Prozedere unterwerfen, wo der weitgehenden Entwaffnung die Invasion folgte, die sich die Aggressoren früher wohl so nicht getraut hätten.●

Der Autor ist Ko-Sprecher der Initivative gegen das Irak-Embargo Deutschland (www.embargos.de). Zuletzt veröffentlichte er in dem von Rüdiger Göbel herausgegebenen Sammelband »Bomben auf Bagdad – Nicht in unserem Namen«, Kai Homilius Verlag, Berlin

PROTEST
Mit Fenster-Transparent Widerstand gegen Kriegsgefahr deutlich machen
Kein Blut für Öl!
Weißer Stoff (100 cm breit, 150 cm hoch), für jedes Fenster geeignet.
Kein Blut für Öl!
Friedenstaube auf blauem Grund.
15 Euro incl. Versandkosten
Bestellungen an:
Mensch & Umwelt-Versand
Postfach 15 02 34
40079 Düsseldorf
Fon 0211 - 26 11 210
Fax 0211 - 26 11 220
eMail oekonzept@mail.isis.de

»Untiefen« von Antikriegsarbeit

oder: Wer die US-Kriegspolitik berechtigterweise kritisiert, darf zur deutschen Kriegs(unterstützungs)politik nicht schweigen!

● Die von Gerhard Schröder im März 2002 gegebene Zusage für eine Unterstützung des Irakkrieges, wurde im Mai 2002 erneuert, ist aber nie zurückgenommen worden.

● Der Aufmarsch für den Irakkrieg ist wesentlich über Deutschland erfolgt. Über Frankfurt Airbase, Ramstein und Spangdahlem wurden und werden Kriegsmaterial und Soldaten in Kriegsgebiet gebracht. Über Vilseck, Mannheim und die Häfen von Emden, Bremen, Bremerhaven und Nordenham wird ebenfalls Kriegsmaterial in die Golfregion verschickt.

● Die in Deutschland stationierten britischen und US-Truppen wurden in großer Zahl ins Kriegsgebiet geschickt.

● In Grafenwöhr fand im Februar 2003 das zentrale (Simulation-)Kriegsvorbereitungsmanöver »Victory Scrimmage« statt.

● Innerhalb der NATO legte die Bundesregierung kein Veto gegen eine NATO-Kriegsunterstützung ein. Die Bundesregierung verzögerte lediglich die Abstimmung.

● Ein Drittel der Besatzungen der AWACS sind Bundeswehrsoldaten, sie werden sich zwangsläufig an der Zielplanung beteiligen.

● Das Bundeswehr-Kontingent der ABC-Abwehrpanzer in Kuwait wird aufgestockt, von bisher 59 auf mindestens 200 Bundeswehrsoldaten. Begründung Generalinspekteur Schneiderhan: Er könne bei einem Krieg das derzeitige Kontingent »nicht alleine lassen«. Die Soldaten aus den USA und Tschechien, die in der gleichen Einheit in Kuwait sind, sind schon für den Kriegseinsatz angefordert worden.

● Bundeswehrsoldaten haben den Schutz von ca. 100 US-Militäreinrichtungen in Deutschland übernommen, so sind die US-Soldaten frei, um in den Krieg geschickt zu werden.

● Die Bundesregierung hat angeboten, verletzten US-Soldaten medizinische Hilfe zukommen zu lassen, also Hilfe für die Aggressoren.

Tobias Pflüger

aus: Zeitung gegen den Krieg (ZgK), Nummer 13/ IMI-Standpunkt 2003/019
(Auszug, genaueres und Original: IMI-Analyse 2003/0010 unter www.imi-online.de)

Nordkorea – US-Fahrplan in die Krise

Von Jürgen Wagner ● Die Bush-Administration schien seit der Amtsübernahme gezielt auf eine militärische Konfrontation zuzusteuern. Entgegen den Erwartungen machte die Regierung dann eine 180 Grad-Wendung und zeigt gegenwärtig kaum Interesse, gegen Nordkorea Krieg zu führen. Ein Geheimdienstoffizier sagte dem »New Yorker«: »Bush Cheney wollen seinen (Kims) Kopf auf einem Tablett. Lassen Sie sich nicht von dem ganzen Gerede über Verhandlungen ablenken. ... Sie haben einen Plan und werden diesem Typen nach dem Irak kriegen.« Es könnte also das Ziel der US-Regierung sein, die Angelegenheit wegen dem geplanten Angriff auf Bagdad vorerst herunterzukochen. Möglich ist aber auch, dass die US-Regierung bewusst eine »nordkoreanische Krise« heraufbeschwört, die für Washingtons Interessenpolitik in Ostasien und zur Reduzierung von Chinas Einfluss benötigt.

Schon vor seiner Wahl bezeichnete Bush China als »strategischen Konkurrenten.« Zalmay Khalilzad, einer der Top-Strategen von Bush, schrieb ganz offen, Washingtons Ziel solle es sein, »ein relatives Anwachsen chinesischer Macht im Vergleich zu den Vereinigten Staaten zu verhindern. Oder zumindest solange wie möglich hinauszuzögern.« Washington hat derzeit 37.000 Soldaten in Südkorea stationiert, offiziell zum Schutz vor einem Angriff aus dem Norden. In einem Strategiepapier, an dem mehrere US-Regierungsmitglieder beteiligt waren, steht jedoch: »Wenn die USA die Schutzmacht in Nordostasien bleiben und eine de facto Allianz, deren andere Säulen Korea und Japan sind, zusammenhalten wollen, ist die Aufrechterhaltung vorwärts-stationierter Truppen von entscheidender Bedeutung.«

Die Sonnenschein-Politik mit dem Ziel einer Aussöhnung beider Koreas steht im Widerspruch zu Washingtons Interessen, wie eine Studie der »National Defense University« verdeutlicht: »Wenn es eine wirkliche Veränderung auf der koreanischen Halbinsel gibt, ... wird es dort und eventuell auch in Japan erheblichen Druck geben, die US-Truppen zu reduzieren.« Eine Entspannung der Situation muss also verhindert werden, weil dies nach Aussage des früheren Nationalen Sicherheitsberater Zbigniwe Brzezinski »die vorgeschobene Notwendigkeit von US-Truppen auf der Halbinsel offenbaren und zu einem US-Rückzug aus Ostasien führen würde.« Deshalb sei der »status quo in Korea, der es den US-Truppen erlaubt, dort zeitig unbegrenzt stationiert zu bleiben, die beste Situation.« Gezielte Herbeiführung einer »nordkoreanischen Krise« wird also benötigt, um die US-Truppenstationierungen – und auch gegen China gerichtete Raketenabwehr – als Schutz Südkoreas und der Region verkaufen zu können.

Einerlei, welche der beiden Strategien Washington tatsächlich verfolgt – Krieg oder Krise – die US-Regierung riskiert damit eine Katastrophe.●

Jürgen Wagner ist im Vorstand der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. Tübingen.

Aus Zeitung gegen den Krieg Nr. 13 / Febr. 03

ALADINS WUNDERLAMPE

Irak-Krieg – Warum?

Sterbende Kinder in Basra

Mitte September 2002 war die Wiener Radioonkologin Eva-Maria Hobiger mit drei anderen Mitarbeitern des Projekts »Aladins Wunderlampe – Hilfe für krebskranke Kinder in Basra« in den Irak gereist. Sie berichtete darüber Anfang November 2002 auf der Berliner Konferenz »Der Irak – Alternativen zu Embargo und Krieg«. Ihr Beitrag erschien zuerst in der Zweiwochenzeitschrift Ossietzky. Wir haben diesen mit freundlicher Genehmigung dem Sammelband »Bomben auf Bagdad – nicht in unserem Namen«, Kai Homilius Verlag, entnommen.

Eva-Maria Hobiger ● Neun Monate waren vergangen, seitdem wir beim UN-Sanktionskomitee in New York um eine Genehmigung angesucht hatten, medizinische Hilfsgüter für das Mutter-Kind-Spital und die Blutbank in die südirakische Stadt Basra bringen zu dürfen. Anstelle der Genehmigung hatten wir im Mai 2002 die Nachricht erhalten, dass die US-amerikanische Vertretung im Sanktionskomitee Einspruch gegen die wichtigsten Bestandteile des Projekts, nämlich die Spezialzentrifugen, die Separatoren, den Plasmagefrierschrank, einen Spezialkühlschrank zur Aufbewahrung von Blutkonserven und einige Infusomaten erhoben hatte. Man könne eine militärische Nutzung nicht ausschließen, lautete die Begründung.

Nachdem sich dann die UN-Waffeninspektoren mit unseren Geräten befasst hatten, bekamen wir Ende Mai die Bestätigung, keines unserer medizinischen Güter sei militärisch nutzbar – was von vornherein klar gewesen war. Hans von Sponeck, der ehemalige UN-Koordinator in Bagdad, engagierte sich anlässlich einer Amerikareise für unser Projekt. Einer unserer Mitarbeiter flog im Juni selbst nach New York, um mit dem Irak-Büro der Vereinten Nationen und der US-amerikanischen Vertretung direkt zu verhandeln. Mit dem Büro des UN-Koordinators in Bagdad wurde ein Übereinkommen getroffen, dass dessen Mitarbeiter unsere Geräte, sobald sie installiert wären, regelmäßig auf zweckentsprechende Verwendung hin überprüfen und Berichte nach New York schikken würden; der Irak erteilte die Genehmigung zu diesen Kontrollen. Wir selber verpflichteten uns, zweimal jährlich nach Basra zu reisen, um ebenfalls dem Sanktionskomitee über den ordnungsgemäßen Gebrauch der Geräte zu berichten. All diese Bemühungen blieben erfolglos. Unser Projekt ist weiterhin durch den Einspruch des US-Außenministeriums blockiert. Krebskranke Kinder sind die Opfer des fortdauernden Embargos.

Im Januar 2003 kamen Zentralzentrifugen in Basra an

Feindbilder sind gefährlich, sie sind tödlich. Feindbilder setzen alle Gesetze der Humanität außer Kraft. Feinden gegenüber ist jedes Mittel recht. Selbst krebskranken Kindern, die zu den wehrlosesten Geschöpfen der Erde zählen, werden lebensrettende Maßnahmen verweigert, weil sie Kinder des Feindes sind, geboren in einem »Schurkenstaat«.

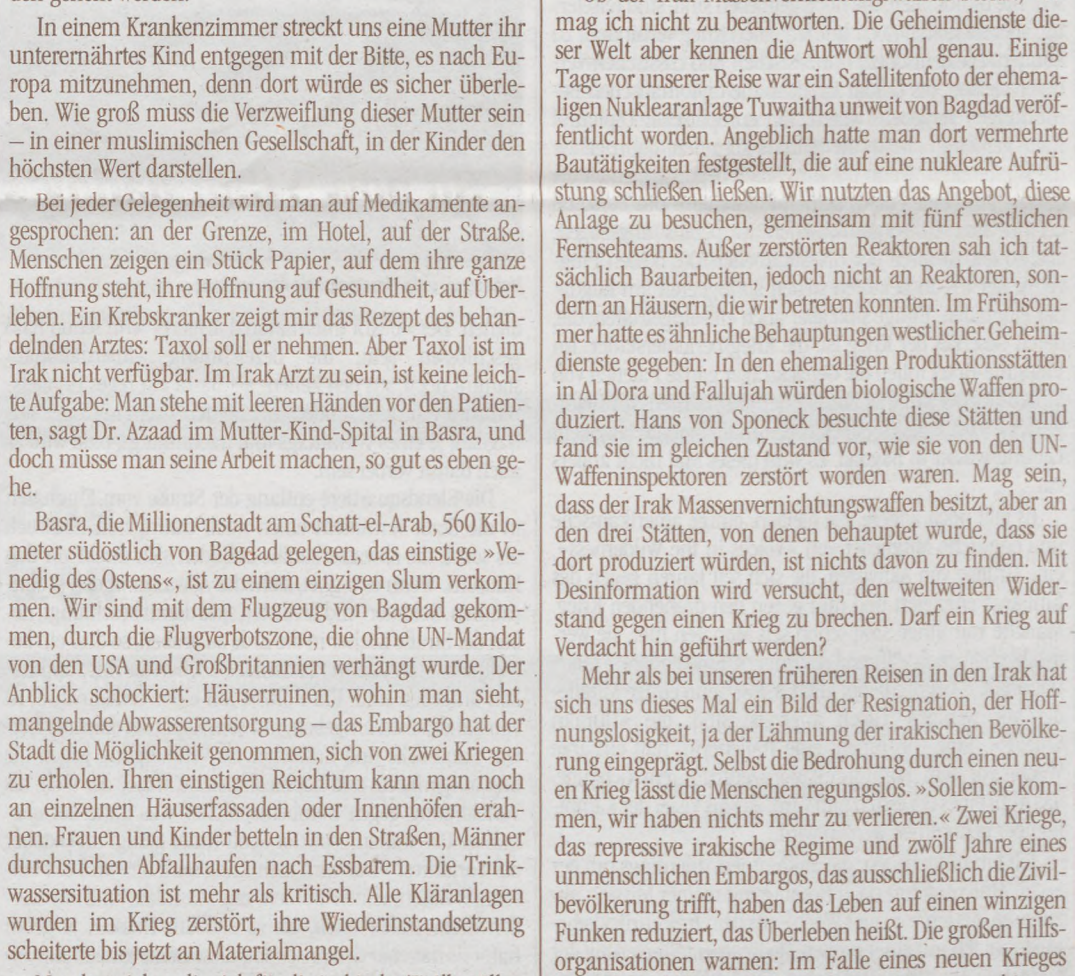
Gegenwärtig vergeht kein Tag, an dem nicht über die politischen Aspekte eines neuen Krieges gegen den Irak diskutiert wird. Worüber nicht diskutiert wird: Was würde der Krieg für die irakische Zivilbevölkerung bedeuten? Das war eine der Fragen, der wir auf unserer elftägigen Reise nachgehen wollten. Nur sehr spärlich finden sich in unseren Medien Berichte darüber, was der irakisch-iranische Krieg und der amerikanisch-irakische Krieg und die folgenden zwölf Jahre Wirtschaftsembargo diesem Volk angetan haben. Das Elend eines 23-Millionen-Volkes bleibt weitgehend unbeachtet.

Wir stellten fest: Es mangelt an allen Medikamenten, die teuer sind, und als teuer gilt hier bereits eine Behandlung, die mehr als zehn Dollar kostet. Nicht verwunderlich bei einem monatlichen Durchschnittseinkommen von weniger als fünf Dollar. In den achtziger Jahren betrug der Gegenwert eines Dollars 3,3 irakische Dinar, heute bekommt man für einen Dollar 2.000 Dinar. Ein Einkommen, das früher ein Leben in Wohlstand ermöglichte, sichert heute auf Grund der astronomischen Inflation kaum mehr das Überleben. Der Irak rangiert unter den fünf ärmsten Ländern der Erde. Auf der Strecke bleiben vor allem chronisch Kranke, Alte und Kinder. Kinder, die wegen der qualitativ schlecht zusammengesetzten Nahrung nicht genug Abwehrkräfte haben. Kinder, die wegen der schlechten Trinkwasserqualität an chronischem Durchfall leiden. Kinder, die an Krebs erkranken. Von acht irakischen Kindern stirbt eines schon vor Vollendung des fünften Lebensjahrs. Der Irak hat heute die höchste Kindersterblichkeitsrate der Welt; seit 1990 hat sie sich um 160 Prozent erhöht. Der Irak dürfte auch die höchste Krebsrate unter Kindern haben. Und außerordentlich hoch ist namentlich in Basra die Rate an Missbildungen bei Neugeborenen. Frauen in der südirakischen Stadt haben Angst davor, schwanger zu werden. Während die irakischen Ärzte auf Grund ihrer Erhebungen davon überzeugt sind, dass daran die US-amerikanische Uranmunition schuld ist, die im Golfkrieg gerade in der Region Basra massenhaft eingesetzt wurde, meine ich, dass endgültige Klarheit nur durch eine Langzeituntersuchung der Weltgesundheitsorganisation geschaffen werden kann. Viele Indizien sprechen für das abgereicherte Uran als Ursache, es fehlt aber zum Beispiel an Möglichkeiten, Chromosomen-Veränderungen festzustellen und die Ausscheidung von Uran zu dokumentieren. So können die Wissenschaftler einander noch lange widersprechen – derweil die Kinder in Basra sterben.

Infektionskrankheiten, die als ausgerottet galten, fordern unzählige Menschenleben. Um nur ein Beispiel herauszugreifen: An Kala Azar, einer Tropenerkrankung, die in den Elendsgebieten dieser Welt endemisch ist, sind tausende irakische Kinder erkrankt. Kala Azar wird durch Parasiten ausgelöst und durch Sandfliegen übertragen. Früher wurden im Irak radikale Mückenbekämpfungsprogramme durchgeführt, die aber jetzt wegen der zerstörten Infrastruktur und des Mangels an Insektiziden nicht mehr möglich sind. Opfer dieser Krankheit sind zumeist Säuglinge und Kleinkinder, deren Immunsystem durch Mangelernährung und schlechte Hygiene geschwächt ist. So sicher wie Erkrankte ohne Behandlung innerhalb weniger Monate sterben, genau so sicher ist die Behandlung mit dem entsprechenden Medikament: Pentostam. Kala Azar kann damit in allen Fällen geheilt werden. Die erfolgreiche Behandlung kostet pro Kind durchschnittlich 14 Dollar. Nach Aussagen aller irakischen Kinderärzte, die ich getroffen habe, ist das Medikament im Irak nicht verfügbar. Wir haben gemeinsam mit einem irakischen Arzt versucht, es auf dem Schwarzmarkt aufzutreiben, und sind gescheitert. Das Leben eines irakischen Kindes ist keine 14 Dollar wert.

Die Frühgeburtenrate ist hoch, viel höher als früher. Die frühgeborenen Babies ringen um Luft, bei jedem Atemzug zieht sich ihr Brustkorb tief ein. Ihre Lunge ist noch nicht ausgereift. Sie sollten an einen Respirator angeschlossen sein, also künstlich beatmet werden, aber im Kinderspital der Universität gibt es nur ein einziges derartiges Gerät, und das Medikament, das ihre Lunge reifen lassen könnte, ist auch nicht vorhanden, weil zu teuer. Also sterben die meisten Frühgeborenen.

Behandlungsmöglichkeiten für leukämie- und krebskranke Kinder sind spärlich. Von den erforderlichen sieben Medikamenten für die Chemotherapie fehlen die meisten und die wichtigsten – die teuersten. Vincristin und Asparaginase gibt es seit Jahren nicht mehr. Keines der leukämiekranken Kinder kann unter diesen Umständen geheilt werden.



Kleinkind mit Malnutrion, an Kala Azar erkrankt

In einem Krankenzimmer streckt uns eine Mutter ihr unterernährtes Kind entgegen mit der Bitte, es nach Europa mitzunehmen, denn dort würde es sicher überleben. Wie groß muss die Verzweiflung dieser Mutter sein – in einer muslimischen Gesellschaft, in der Kinder den höchsten Wert darstellen.

Bei jeder Gelegenheit wird man auf Medikamente angesprochen: an der Grenze, im Hotel, auf der Straße. Menschen zeigen ein Stück Papier, auf dem ihre ganze Hoffnung steht, ihre Hoffnung auf Gesundheit, auf Überleben. Ein Krebskranker zeigt mir das Rezept des behandelnden Arztes: Taxol soll er nehmen. Aber Taxol ist im Irak nicht verfügbar. Im Irak Arzt zu sein, ist keine leichte Aufgabe: Man stehe mit leeren Händen vor den Patienten, sagt Dr. Azaad im Mutter-Kind-Spital in Basra, und doch müsse man seine Arbeit machen, so gut es eben gehe.

Basra, die Millionenstadt am Schatt-el-Arab, 560 Kilometer südöstlich von Bagdad gelegen, das einstige »Venedig des Ostens«, ist zu einem einzigen Slum verkommen. Wir sind mit dem Flugzeug von Bagdad gekommen, durch die Flugverbotszone, die ohne UN-Mandat von den USA und Großbritannien verhängt wurde. Der Anblick schockiert: Häuserruinen, wohin man sieht, mangelnde Abwasserentsorgung – das Embargo hat der Stadt die Möglichkeit genommen, sich von zwei Kriegen zu erholen. Ihren einstigen Reichtum kann man noch an einzelnen Häuserfassaden oder Innenhöfen erahnen. Frauen und Kinder betteln in den Straßen, Männer durchsuchen Abfallhaufen nach Essbarem. Die Trinkwassersituation ist mehr als kritisch. Alle Kläranlagen wurden im Krieg zerstört, ihre Wiederinstandsetzung scheiterte bis jetzt an Materialmangel.

Man hat vielen, die sich für die irakische Zivilbevölkerung einsetzen, vorgeworfen, sie seien nützlich für das irakische Regime. Denis Halliday und Hans von Sponeck, den früheren UN-Koordinatoren in Bagdad, die beide als Ausdruck des Protestes gegen die Sanktionen von ihren Posten zurücktraten, erging es so. Vielleicht wird man es auch uns vorwerfen. Wir werden es aushalten, denn wir wissen, für wen wir uns engagieren. Wird man auch dem katholischen Erzbischof von Basra, Gabriel Kassab, vorwerfen, Propaganda des irakischen Regimes zu verbreiten? Er klagt: »Das Embargo hat das Leben der ganzen Stadt paralysiert... Unser Leben ist unerträglich geworden, unwürdig und ungerecht für irgendein menschliches Wesen auf dieser Erde.« Der Bischof führt uns zu der ehemaligen Kathedrale, die im Iran-Irak-Krieg von einer Bombe getroffen und 1991 im zweiten Golfkrieg weiter zerstört wurde. Vor zwei Jahren stürzte das Dach ein. Arbeiter sind mit primitivsten Hilfsmitteln am Wiederaufbau der Kirche beschäftigt, Hammer und Meißel ersetzen den Pressluftbohrer. Hinter der Kirche wurden Notquartiere für Obdachlose eingerichtet, in einem davon ist vor kurzem ebenfalls das Dach eingestürzt. Als wir den Erzbischof mit unserem Auto zu seinem Büro zurückbringen, sagt er: »Wir hier in Basra schwimmen auf einem riesigen unterirdischen See von Erdöl, wir leben in der reichsten Region des Irak, aber diesen Reichtum zu nutzen, bleibt uns verwehrt.« Er gibt uns eine Botschaft mit, einen »Appell an alle Menschen guten Willens, ihre Stimme zu erheben, damit dieses menschenunwürdige Embargo von uns genommen wird, damit uns nicht neuerlich ein Krieg trifft, damit uns endlich wieder erlaubt wird, das zu erhalten, was wir für das tägliche Leben und Überleben brauchen«.

Ob der Irak Massenvernichtungswaffen besitzt, vermag ich nicht zu beantworten. Die Geheimdienste dieser Welt aber kennen die Antwort wohl genau. Einige Tage vor unserer Reise war ein Satellitenfoto der ehemaligen Nuklearanlage Tuwaitha unweit von Bagdad veröffentlicht worden. Angeblich hatte man dort vermehrte Bautätigkeiten festgestellt, die auf eine nukleare Aufrüstung schließen ließen. Wir nutzten das Angebot, diese Anlage zu besuchen, gemeinsam mit fünf westlichen Fernsehteams. Außer zerstörten Reaktoren sah ich tatsächlich Bauarbeiten, jedoch nicht an Reaktoren, sondern an Häusern, die wir betreten konnten. Im Frühsommer hatte es ähnliche Behauptungen westlicher Geheimdienste gegeben: In den ehemaligen Produktionsstätten in Al Dora und Fallujah würden biologische Waffen produziert. Hans von Sponeck besuchte diese Stätten und fand sie im gleichen Zustand vor, wie sie von den UN-Waffeninspektoren zerstört worden waren. Mag sein, dass der Irak Massenvernichtungswaffen besitzt, aber an den drei Stätten, von denen behauptet wurde, dass sie dort produziert würden, ist nichts davon zu finden. Mit Desinformation wird versucht, den weltweiten Widerstand gegen einen Krieg zu brechen. Darf ein Krieg auf Verdacht hin geführt werden?

Mehr als bei unseren früheren Reisen in den Irak hat sich uns dieses Mal ein Bild der Resignation, der Hoffnungslosigkeit, ja der Lähmung der irakischen Bevölkerung eingeprägt. Selbst die Bedrohung durch einen neuen Krieg lässt die Menschen regungslos. »Sollen sie kommen, wir haben nichts mehr zu verlieren.« Zwei Kriege, das repressive irakische Regime und zwölf Jahre eines unmenschlichen Embargos, das ausschließlich die Zivilbevölkerung trifft, haben das Leben auf einen winzigen Funken reduziert, das Überleben heißt. Die großen Hilfsorganisationen warnen: Im Falle eines neuen Krieges würde das Lebensmittelversorgungsprogramm binnen weniger Tage zusammenbrechen. Wegen der ohnehin schwer angeschlagenen Infrastruktur und der schwierigen Transportbedingungen wäre eine landesweite Hungersnot unausweichlich. Werden die USA den Sieg über diese Menschen dann mit einer großen Parade feiern, mit Flaggen und Konfetti? Auf jeden Fall wäre dieser Sieg ein Sieg, dessen man sich schämen müsste.●

Spenden für die Aktion »Aladins Wunderlampe – Hilfe für krebskranke Kinder in Basra«, die jetzt auch dazu helfen sollen, Pentostam zur Behandlung von Kala Azar bereitzustellen, wofür die Vereinten Nationen Ende August 2002 die Erlaubnis erteilt haben, werden erbeten auf das Konto 0055-52880/03 bei der Bank Austria Creditanstalt, Wien, Bankleitzahl 12000, oder bei der Hypo-Vereinsbank München (BLZ 700 202 70), Konto Nr. 665 821 595. Stichwort jeweils: »Kinder im Irak«.

Dr. Eva-Maria Hobiger ist Fachärztin für Radioonkologie in Wien. Sie ist Vorstandsmitglied der internationalen Ärzteorganisation IPPNW Österreich und medizinische Koordinatorin der GÖAB (Gesellschaft für Österreichisch-Arabische Beziehungen). Kontakt: GÖAB, Stutterheimstrasse 16-18, Stiege 2, A-1150 Wien, Telefon 0043-1-526 78 10, Fax 0043-1-526 77 95, email: office.vienna@saar.at

Bagdad, Basra: 8. bis 11. März 2003

Irak-Krieg – Warum ?

Am Vorabend des Krieges

Viereinhalb Monate wartete Eva-Maria Hobiger auf eine Lieferung des Medikamentes Pentostam, am 28. Februar 2003 traf die Lieferung in Wien ein, zeitgleich mit dem Tag ihrer Rückreise aus dem Irak. Sie entschloss sich dazu, nochmals in den Irak zu reisen, um dieses Medikament nach Basra zu bringen. Nachfolgend ihr Bericht über diese Reise.

Eva-Maria Hobiger ● Bagdad wirkt gespenstisch: die sonst hoffnungslos verstopften Straßen der 6-Millionen-Metropole sind leer wie sonst nur am Feiertagmorgen, die meisten Rollläden sind heruntergezogen, die Geschäfte geschlossen, nur wenige Menschen sind unterwegs. Niemand weiß, wie viele es sind, die Bagdad verlassen haben während der letzten Tage, Millionen sagen die einen, Hunderttausende die anderen. Wer konnte, floh vor dem drohenden Krieg aufs Land zu Verwandten oder aber nach Syrien, durch die einzige, für Iraker noch offene Grenze. In der Halle des Rasheed-Hotels, in der sonst so viel Betriebsamkeit herrscht, ist es totenstill. Nur mehr einzelne Gäste wohnen hier, solche, die morgen ohnehin abreisen. Die Journalisten sind übersiedelt ins Palestine-Hotel, in der Befürchtung, dass das Rasheed-Hotel zum bewussten Ziel eines Bombardements wird. Wer dieses Gerücht in die Welt gesetzt hat, bleibt unklar. Die Iraker erwarten den Angriff noch in dieser Woche. Am 11. März soll die Sitzung des Sicherheitsrates stattfinden, unmittelbar danach erwartet man die Kriegserklärung der USA.. (Diese Sitzung wurde am Morgen des 11. März verschoben, da klar war, dass es keine Mehrheit für eine Kriegsresolution geben würde).

Die meisten Botschaften haben ihr Personal bereits auf das absolute Minimum reduziert, viele sind schon geschlossen. Die Diplomaten, die noch geblieben sind, sind reisefertig, aber sie hoffen noch immer, einen Krieg verhindern zu können. Die deutschen, französischen und russischen Vertreter bleiben, bis es klar ist, dass alle diplomatischen Bemühungen vergebens waren. Ein europäischer Diplomat hatte gemeint: »Wenn die Militärs kommen, dann gehen die Diplomaten. Wenn die ihre Arbeit beginnen, endet die unsere. Für beide gibt es keinen Platz hier.« Das Personal der meisten Hilfsorganisationen ist bereits abgezogen, ebenso der Großteil der UN-Mitarbeiter. Die beiden Flugzeuge der UN-Inspektoren stehen abflugbereit am Bagdader Flughafen. Einige sind aber auch erst eingetroffen, die, deren Geschäft der Krieg ist: die Kriegsberichterstatter. Im Palestine-Hotel rollen die Gepäckträger ganze Paletten von Mineralwasser auf die Zimmer der Journalisten, im Gefolge des letzten Krieges gab es zweieinhalb Monate lang kein Leitungswasser in Bagdad. Es wird dieses Mal nicht anders ein.

Es gibt noch andere, die bleiben: einige amerikanische und englische Mitglieder von »Voices in the Wilderness«, eine Gruppe von Aktivisten, die sich seit Jahren gegen das Embargo engagiert und nun gegen den drohenden Krieg. Manche von ihnen sind schon seit Monaten hier, sie werden bleiben auch während des Krieges. Eine andere – internationale – Gruppe bleibt auch, selbst wenn einige Mitglieder vor wenigen Tagen abgereist sind: die »Human Shields«. Eine von ihnen, eine Italienerin, hält einsame Wache vor dem Kommunikationszentrum, ein Gebäude, das wohl eines der ersten sein wird, das ins Visier der Kampfbomber genommen werden wird.

Ich bin unter denen, die ankommen, allerdings mit der festen Absicht, sofort nach Beendigung meiner Mission abzureisen. Als ich vor einer Woche aus dem Irak zurückkehrte, wohin ich mit einer großen Medikamentenlieferung der deutschen Diakonie gereist war, fand ich das vor viereinhalb Monaten bestellte Medikament »Pentostam« vor, eine Menge, die ausreicht, 500 Kleinkinder, die an der Armutserkrankung Kala Azar erkrankt sind, zu behandeln und zu heilen. Grund genug, nochmals für einige Tage in den Irak zu reisen. Die Entscheidung war rasch gefällt, auch wenn mich die Nachrichten, die ich aus Bagdad erhielt, etwas beunruhigten.

Noch im Januar dieses Jahres hat kaum ein Iraker offen über seine Ängste vor dem Krieg gesprochen. Alle hatten die Hoffnung, dass es diesen Krieg nicht geben wird. Jetzt bricht die Angst, die Panik aus den Menschen und niemand schämt sich mehr wegen seiner Angst. Seit wenigen Wochen ist es klar: dieser Krieg ist unabwendbar geworden, dieser Krieg wird bewusst und vorsätzlich herauf beschworen und von Tag zu Tag wächst die Angst in der Bevölkerung. Nicht nur die Angst vor den Bomben, nein, die Angst untereinander, unter den verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Die Christen fürchten sich vor den Schiiten, die Sunniten fürchten sich vor den Schiiten, die Schiiten fürchten sich vor den Sunniten und alle fürchten sich vor den Kurden. Alle sind sich einig: den Bomben folgt der Bürgerkrieg.

Ein Soldat bewacht eine der Ausgangstüren des Flughafens, er tritt unter die Lichtschranke der Glastür, um sie für uns zu öffnen, die wir von dieser Seite den Flughafen betreten möchten. Anschließend bettelt er um ein Trinkgeld für diesen Dienst. Mit fünfhundert Dinar, umgerechnet knapp 20 Cent, ist er zufrieden. Seine zerschlissene Uniform ergänzt das symbolträchtige Bild. Ein amerikanischer Militärsprecher hatte vor kurzem verlautet: die irakische Armee verfüge nur mehr über ein Drittel ihrer Schlagkraft von 1991.

Vor wenigen Jahren meinte ein US-Golfkriegsveteran in einer Dokumentation: Die Moskitos leisteten damals mehr Widerstand als die irakischen Soldaten. Ein »ruhmreicher« Sieg der Nation, die 400 Milliarden Dollar jährlich für die militärische Rüstung ausgibt, steht also bevor. Die »Mutter aller Bomben« wartet auf ihren Einsatz, eine teuflische Waffe, versehen mit 10 Tonnen Sprengstoff, die alles Leben im Umkreis von einem halben Kilometer erlischt. Zeitgerecht wurde sie der Weltöffentlichkeit am 12. März präsentiert.

Vor dem Flughafen in Basra warten Dutzende Taxifahrer auf die wenigen Passagiere des Binnenfluges Bagdad-Basra. Gepäckträger mustern enttäuscht die wenigen Ankömmlinge. Jeder hofft, noch rasch ein paar Dinar zu verdienen. Der »Basra International Airport« wird schon bald geschlossen sein, die Bezeichnung »international« stammt noch aus den Zeiten, als Basra ein reges Handelszentrum war. Jetzt landen hier täglich zwei Flugzeuge aus Bagdad, je eines vormittags und nachmittags, bald wird es auch damit vorbei sein.

Mohammed, sechs Monate alt, Kala Azar, moribund

Die Elendsquartiere entlang der Straße vom Flughafen in die Stadt vermitteln einen noch traurigeren Eindruck als sonst, die Abwasserkanäle befinden sich direkt vor den Häusern. Wenn es regnet, steht das Abwasser in den Wohnräumen. Soldaten und Zivilisten sind damit beschäftigt, neben der Straße Löcher in die Erde zu graben, so dass ein bewaffneter Mann darin Platz findet, Löcher, die mit Sandsäkken umgeben sind. Ein Polizist auf einer Verkehrsinsel ist von Sandsäcken umgeben, nur sein Kopf ragt dahinter hervor. Sandsäcke und Erdlöcher als Verteidigung gegen die best ausgerüstete und hochtechnisierte Armee der Welt, als Verteidigung gegen Bombenteppiche? Was hatte der ehemalige UN-Waffeninspektor Scott Ritter gesagt im Oktober des Vorjahres? »Das wird kein Krieg sein, das wird ein einseitiges Abschlachten werden, ein Massaker, und wir werden mehr Iraker töten, als es Saddam Hussein je getan hat.« Es hat eher den Anschein, diese Leute graben ihre eigenen Gräber, als dass sie Vorkehrungen zu einer wirksamen Verteidigung träfen.

Die Stimmung in Basra ist noch unheimlicher als in Bagdad, auch hier sind die Straßen leer und die Geschäfte geschlossen. Vor einem Monument mit einem der vielen Bilder des Präsidenten sitzt ein etwa 15jähriger, behinderter Junge auf dem Boden. Mit einem Stück Holz, auf den ein schwarzes Tuch gebunden ist, führt er imaginäre Fechtübungen in der Luft durch. Eine symbolträchtige Szene.

Der chaldäische Erzbischof von Basra, Gabriel Kassab, bereitet sich auf die Wochentagsmesse vor, so wie jeden Tag um 17 Uhr. »Wir beten«, meint er, »wir beten für den Frieden, auch wenn es in wenigen Tagen Krieg geben wird. Was sollen wir sonst tun? Als Christen können wir die Hoffnung nie aufgegeben!« Eine Ordensschwester weint während des Gottesdienstes und auch andere Frauen benutzen auffällig oft ihr Taschentuch. Später erzählt die Schwester, dass alles teurer geworden wäre, Gemüse, Milch, ja selbst Brot. Wasserbehälter wären kaum mehr zu finden. »Wir werden die Türen der Kirchen öffnen für alle, die darin Schutz suchen wollen und wir können nur hoffen, dass man eine Kirche nicht bombardieren wird.« Der Bischof hat ein Vorratslager für die Bedürftigen angelegt, soweit es die Mittel erlaubten, auch Wasser hat er eingekauft. »Egal was passiert, ich werde hier bleiben und so lange helfen, so lange ich es kann. Ich werde der Letzte sein, der Basra verlässt.« . Auch wenn Gabriel Kassab versucht, es sich nicht anmerken zu lassen, so steht ihm die Verzweiflung ins Gesicht geschrieben. Christen und Muslime haben hier immer friedlich miteinander gelebt, meint er, und sein Bemühen um Toleranz, sein Hilfe für die Angehörigen beider Religionen hatte begonnen, Früchte zu tragen. Er war hochgeachtet unter den Muslimen in Basra. Nun aber mehren sich die Zeichen, dass die Christen die ersten sein werden, die den Preis für den kommenden Krieg bezahlen müssen.

Ein Flugzeugschwarm dröhnt über die Stadt, bereits zum zweiten Mal, seit ich hier bin, 30, 40 Flugzeuge donnern über Basra hinweg. Um 14 Uhr war die Sirene des Fliegeralarms ertönt, bis jetzt spätabends war keine Entwarnung zu hören. Der Alarm blieb die ganze Nacht hindurch aufrecht. Von mehreren Leuten höre ich, dass am Vortag 80 Menschen bei einem Bombenangriff ums Leben gekommen waren. Der Strom erlischt und in der Finsternis ist die Spannung der Menschen, das Warten auf das Unvermeidliche fast körperlich fühlbar. Seit Wochen werden irakische Flugabwehrstellungen in Vorbereitung des Krieges weitgehend unbemerkt von der Weltöffentlichkeit bombardiert, die »Kollateralschäden« unter den Zivilisten werden stillschweigend in Kauf genommen. Die Bombardements in den unilateral verhängten »Flugverbotszonen« stellen bereits seit Jahren einen Bruch des Völkerrechtes dar.

Im Hof vor der Armenapotheke des Bischofs drängen sich die Menschen. 80% der Bevölkerung Basras sind zu arm, um sich das Medikament kaufen zu können, das ihnen der Arzt verschrieben hat. Es spricht sich immer mehr herum, dass es in der Armenapotheke die Medikamente gratis gibt, allerdings nur die, die eben vorhanden sind. Frauen in traditioneller Kleidung mit Abaya sprechen mich an, bitten um Medikamente, erzählen ihre Krankengeschichten. Ich muss mehrere Frauen und Kinder untersuchen, aber ich habe keine Medikamente für sie. Sie begnügen sich damit, dass ihnen eine europäische Ärztin zugehört hat und bedanken sich freundlich.

Die leitende Ärztin der Kinderkrebsstation erzählt, dass heute abend alle Ärzte Basras in die Spitäler gerufen wurden und diese nicht mehr verlassen dürfen. Es herrscht Katastrophenalarm, man erwartet die Kriegserklärung stündlich. Die Freude über die mitgebrachten Medikamente ist groß, aber sie meint, bald werde sie weder krebskranke Kinder noch solche, die an Infektionen wie Kala Azar leiden, mehr behandeln können. Die Spitalsbetten werden für die Verletzten gebraucht werden. Die Ärztin war soeben von einem dreitägigen Aufenthalt in Bagdad zurückgekehrt. Die Medikamente, die während ihrer Abwesenheit verabreicht werden mussten, hatte sie vordosiert, denn hätte sie eine 100 Milliliter-Flasche im Kühlschrank stehen lassen, so wäre sie sicher, dass die angebrochene (!!) Flasche verschwunden wäre. Täglich vergewissert sie sich bei den Müttern, ob die Kinder ihre Injektionen erhalten hätten. Es war schon vorgekommen, dass Krankenschwestern den kleinen Patienten destilliertes Wasser gespritzt hätten und die Ampullen auf dem Schwarzmarkt verkauft hatten. Seit dieser Vorkommnisse lässt sich die Ärztin täglich die leeren Ampullen zeigen. Eine Krankenschwester verdient umgerechnet etwa 4 Euro monatlich, leicht vorstellbar, dass man davon nicht leben kann. Eine Reinigungsfrau verdient 3.000 Dinar, das entspricht 1,5 Euro. Damit kann sie sich von ihrem gesamten Monatsverdienst insgesamt 5 Liter sauberes Trinkwasser kaufen, denn ein Liter kostet 600 Dinar in Basra – übrigens kostet das Wasser damit 30 mal soviel als ein Liter Benzin. Es handelt sich dabei nicht etwa um Mineralwasser, sondern einfach um gereinigtes Flusswasser. Das Wasser, das aus der Wasserleitung kommt, ist verunreinigt und verursacht unzählige Todesfälle.

»Unser Denken kreist seit Jahren nur mehr darum: Was essen wir morgen, was werden wir in der nächsten Woche essen?« hatte mir eine Frau vor zwei Monaten gesagt. Seit November hatte die Regierung die monatlichen Lebensmittelrationen angesichts des drohenden Krieges verdoppelt. Mehr als die Hälfte der irakischen Bevölkerung ist abhängig von der monatlichen Zuteilung, die völlig unzureichend ist in ihrem Nährwert. Es fehlt an Fleisch, Milchprodukten, Gemüse und Obst und der Eiweißanteil ist gering, mangelernährte Kinder sind an der Tagesordnung in den Krankenhäusern. Die zusätzlichen Rationen haben viele schon verbraucht, was wird mit ihnen geschehen, wenn der Krieg die Lebensmittelverteilung zusammenbrechen lassen wird? »Wir leben nicht mehr, wir existieren nur noch. Leben kann man das nicht mehr nennen. Wir existieren von einer Stunde zur nächsten, von einem Tag zum anderen und warten. Warten, dass der Krieg beginnt und unsere Existenz auslöschen wird« – das bittere Resumee eines knapp 30jährigen Ingenieurs. Ein anderer, schon pensionierter, Ingenieur hatte vor zwei Wochen gemeint: »Nun bin ich 60 Jahre alt und mein Leben lang habe ich den Wasserhahn aufgedreht, wenn ich Wasser benötigt habe, jetzt aber habe ich mir einen Brunnen gegraben, denn bald gibt es kein Wasser mehr. Kerosin habe ich eingelagert, damit wir etwas kochen können. Und Petroleumlampen habe ich mir gekauft, denn bald werden wir keinen Strom haben. Dann werden wir im Dunkeln leben... Wir kennen den Fortschritt nicht mehr, nur mehr den Rückschritt!«

Knappe 18 Stunden habe ich dieses Mal in Basra verbracht. Ich würde jedem, der für diesen Krieg ist, der diesen Krieg anstrebt, für ihn eintritt, wünschen, diese 18 Stunden hier gewesen zu sein. Jeder, der noch einen Funken menschlichen Gefühls in sich trägt, würde seine Meinung nach dieser Zeit geändert haben. In Basra hat der Krieg nicht aufgehört seit 12 Jahren und die Bewohner sterben einen langsamen, schleichenden Tod. Nur wenige Kilometer von Basra entfernt warten 300.000 Soldaten auf den Marschbefehl. Sie werden aller Voraussicht nach das Regime stürzen, vor allem aber werden sie gegen ein Volk kämpfen, das aufgrund der Folgen der letzten beiden Kriege und der anhaltenden menschenverachtenden Sanktionen in allen sozialen Bereichen enorm geschwächt ist. Dieser Krieg wird das Volk mit der höchsten Kindersterblichkeitsrate der Welt treffen, das Volk mit einer Arbeitslosenrate von 80%, Menschen, von denen jetzt bereits nur 41% Zugang zu sauberem Trinkwasser haben, wo monatlich 5.000 Kinder sterben infolge Mangelernährung, mangelnder medizinischer Versorgung und chronischen Durchfallerkrankungen. Ein Volk, das an Infektionskrankheiten leidet, die weitgehend als ausgerottet galten: Kala Azar, Malaria und Tuberkulose, ein Volk, dessen Kinder in den Straßen arbeiten müssen anstelle die Schule zu besuchen und wo Kranke nach der Diagnosestellung vom Spital nach Hause geschickt werden, weil es keine Medikamente gibt, wo Ärzte ihren Beruf aufgeben möchten, weil sie sich schon lange nicht mehr als Ärzte fühlen können. Das sind die Menschen, die dieser Krieg treffen wird, an dessen Vorabend wir stehen.

Zurück in Bagdad. Den Freunden hatte ich versprechen müssen, noch heute das Land zu verlassen. Die Flüge nach Amman und Damaskus sind ausgebucht für diese Woche, die Preise für die Autos nach Syrien steigen von Stunde zu Stunde. Die Freunde haben Abschied genommen, so als ob wir uns in diesem Leben nicht mehr sehen würden, sie haben mit ihrem Leben abgeschlossen. Ich schäme mich, sie zurückzulassen. Aber was könnte ich für sie tun während des Krieges? »Unsere Kinder brauchen Dich danach« – der Satz hallt noch während der 12stündigen Autofahrt nach Damaskus in mir nach.

Liebe Freunde in der irakischen Zivilbevölkerung! Auch wenn man uns jahrelang alle Informationen über euer Elend während 12 Jahre anhaltender Sanktionen vorenthalten hat, auch wenn wir diese Informationen lange mühsam suchen mussten, so wissen wir jetzt letztendlich doch Bescheid. Wir wissen um euren täglichen Überlebenskampf, wir wissen um die Zerstörung eurer Gesellschaft, eurer Infrastruktur. Wir wissen, dass ihr bestraft werdet, nicht nur von eurem diktatorischen Regime, sondern auch im Namen der sogenannten internationalen Gemeinschaft, die es zu verantworten hat, dass mehr als eine Million Menschen eures Volkes gestorben sind durch das Embargo. Wir haben erkannt, dass man einem Unrecht nicht mit einem noch größeren Unrecht begegnen kann. Wir sind für euch auf die Straßen gegangen, Millionen, weltweit auf allen Kontinenten dieser Erde und wir haben erlebt, was es heißt, sich ohnmächtig zu fühlen angesichts der Entscheidungsträger dieser Welt. Dadurch sind wir euch näher gekommen, können euch besser verstehen und alle diejenigen, die ohnmächtig sind auf dieser Erde. Wir werden daraus lernen für die Zukunft. Wenn dieses Mal alle Errungenschaften unserer Zivilisation mit Füßen getreten werden, Demokratie, Menschenrechte, Völkerrecht und UN-Charta missachtet werden und die Entscheidungsträger zur Barbarei zurückkehren, so wissen wir doch, dass wir im Westen nicht in satter Selbstzufriedenheit erstarrt sind. Das Gewissen der Welt lebt noch, Lügen wurden als Lügen entlarvt. Die kleinen Staaten im Sicherheitsrat waren nicht käuflich trotz des enormen Druckes, der auf sie ausgeübt wurde, die Vetomächte haben sich nicht gebeugt, die Mehrheit der Menschheit weiß sich der Humanität verpflichtet. Heute trauern wir mit euch und sind sprach- und fassungslos darüber, dass euch innerhalb von 23 Jahren ein dritter Krieg trifft, ein Krieg, für den es keinen Grund gibt, ein Krieg der seit langer Zeit geplant und vorsätzlich herbeigeführt ist. Alles was bei euch erreicht werden muss, hätte sich mit Geduld, Diplomatie und Dialogbereitschaft erreichen lassen. Wir hoffen, dass ihr uns vergebt, dass wir all das so spät, für euch zu spät, erkannt haben.●

GRUPPENSELBSTHILFE IN MÜNCHEN

made in hasenbergl

– Kooperative für eine örtliche Ökonomie

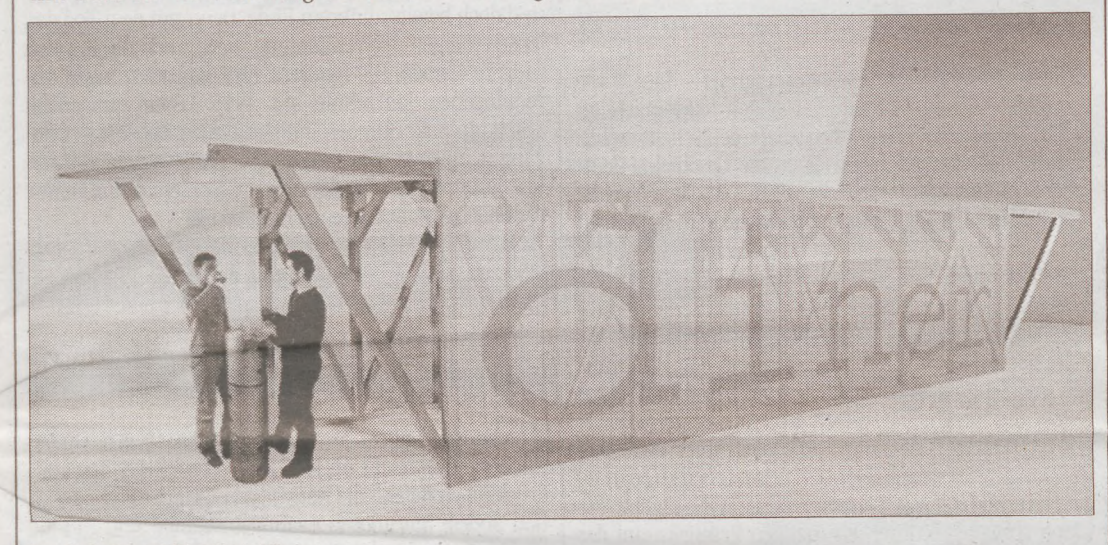
Durch die Gründung der Genossenschaft »made in hasenbergl« soll ein ehemals monostrukturiertes Wohngebiet im Münchener Norden durch den Faktor Arbeit bereichert werden. Insbesondere werden Arbeitsangebote für junge Arbeitslose aus dem Münchener Norden im Sinne einer örtlichen Ökonomie entwickelt. Die Genossenschaft wurde als unternehmerische Organisationsform mit hohem Potential an Identifikation für die Mitarbeiter – aber auch für Kunden und für die Bewohner vom Hasenbergl gewählt.

Peter Ottmann und Michael Sturm, Red. Genossenschaften ● Die neue Genossenschaft »made in hasenbergl« ist als Ergänzung zu der bereits bestehenden Institution »Jungen Arbeit« konzipiert: Arbeitslose Jugendliche in der »Jungen Arbeit«, einer sozial fürsorgende Einrichtung, werden zunächst qualifiziert und so auf den ersten Arbeitsmarkt vorbereitet. Um arbeitswilligen Jugendlichen Möglichkeiten im ersten Arbeitsmarkt zu eröffnen, sollen im Rahmen der Genossenschaft unternehmerische Impulse aktiviert werden, die für die Mitarbeiter eine Basis für Verwirklichung und beruflichen Erfolg darstellen können. Der Gründung der Genossenschaft am Hasenbergl liegen konkrete Projektideen zu Grunde. Sie sind jeweils in einem Marktsegment angesiedelt mit hoher Nachfrage, ohne dass ein entsprechendes Angebot vorliegt.

Zwei Geschäftsfelder

Ausgehend von der »Bauhütte Hasenbergl«, die bei verschiedenen Bauprojekten am Hasenbergl seit 1997 die Fassaden in einer anspruchsvollen Technologie fertigt, sollen die positiven Erfahrungen nunmehr auf ein marktfähiges unternehmerisches Konzept übertragen werden. Das Projekt Terrazzo beinhaltet die handwerkliche Fertigung von Terrazzo-Belägen im Bereich des Innenausbaus von Gebäuden. Diese traditionelle Technik für Fußböden wird im Münchener Raum kaum mehr angeboten bei gleichzeitig hoher Nachfrage auf dem Baumarkt. Im November 2002 konnte das erste Referenzprojekt vorstellen werden, das zusammen mit Facharbeitern aus den Neuen Bundesländern und den jungen Mitarbeitern aus dem Hasenbergl realisiert wurde. Der Entwurf und die künstlerische Umsetzung für diese Arbeit in Ortsterrazzo mit ca. 200qm stammen von Aribert von Ostrowski und Gunnar Schmidt.

Junge Mitarbeiter im Projekt Terrazzo



Diner für die Parkstadt Schwabing in München

Die Idee für das zweite Standbein der Genossenschaft besteht im Angebot einer mobilen Gastronomie für vorübergehende Zwecke. Mögliche Zielorte für das Projekt Diner sind z.B. die vielen Großbaustellen in München oder temporäre Anlässe im Bereich des öffentlichen Raumes. Zwei Standorte für das Projekt Diner werden konkret vorbereitet: im Bereich der Parkstadt Schwabing im Münchener Norden für die dortigen Baustellen und am Georg-Freundorfer-Platz an der Alten Messe. Dort kann im Rahmen eines Kunstprojektes auf einer öffentlichen Parkfläche das Projekt Diner integriert werden.

Fördermitglieder erwünscht

Die Struktur der Genossenschaft »made in hasenbergl« mit derzeit 20 Mitgliedern ist noch überwiegend im fördernden Segment verhaftet. Angestrebt wird jedoch eine Zusammensetzung aus tätigen Mitgliedern in den Projektbereichen Diner und Terrazzo, aus interessierten Bewohnern vom Hasenbergl und aus fördernden Mitgliedern. Die Produktbereiche Terrazzo und Diner implizieren insbesondere im Anfangsstadium hohe Sachinvestitionen und Aufwendungen in die Qualifizierung der Mitarbeiter.

Das notwendige Kapital kann voraussichtlich nur teilweise durch die Genossenschaftseinlagen dargestellt werden. Deshalb wurde bereits frühzeitig mit den zuständigen Referaten der Stadt München eine zeitlich befristete, degressive Förderung vereinbart. Das Referat für Arbeit und Wirtschaft im Rahmen der strukturellen Wirtschaftsförderung und das Planungsreferat im Rahmen des Programms 'Soziale Stadt' unterstützen die investiven Kosten. Es ist angestrebt, nach einer Anfangsphase von drei Jahren das Unternehmen ohne Fördergelder weiterzuführen.●

TAGUNGSANKÜNDIGUNG

Hilfe zur Selbsthilfe – genossenschaftliche Lösungen zur Schaffung von Arbeitsplätzen

Lassen sich durch die Unterstützung genossenschaftlicher Unternehmensgründungen verstärkt neue Arbeitsplätze schaffen oder stellt die Übertragung von wirtschaftlicher Selbstverantwortung auf Menschen ohne Beschäftigung eine Überforderung dar? Erweisen sich in der Aufbauphase geförderte Unternehmen von am Arbeitsmarkt benachteiligten Gruppen nur als Strohfeuer? Gibt es sinnvolle Wege, um die gemeinsame Unternehmensgründung von Arbeitslosen nachhaltig anzustoßen?

Wirtschaftliche Gruppenselbsthilfe und Genossenschaften werden bereits seit über einem Jahrhundert immer wieder als Synonym verwendet. Tatsächlich gründeten sich viele Genossenschaften als Hilfseinrichtungen für wirtschaftlich benachteiligte Gruppen. Entsprechend bezeichnet man sie auch heute oftmals noch als »Kinder der Not«. Zielsetzung der Mitglieder war die »Verbesserung einer schwachen Marktposition und damit die Verbesserung einer individuellen Ertrags- und Verbrauchslage« (Seraphim).

Auch die Diskussion um die genossenschaftliche Selbsthilfe, ob sie ohne jegliche fremde Hilfe auskommen oder ob sie Unterstützung erfahren sollte, begleitet die Geschichte der Genossenschaften seit Beginn an. Bekannte Meinungsgegenpole waren hier Hermann Schulze-Delitzsch und Ferdinand Lassalle. Während Lassalle sich für finanzielle Unterstützung durch den Staat einsetzte, sah Schulze-Delitzsch darin die Gefahr des Scheiterns angelegt. Er befürchtete, dass durch Fremdhilfe Eigeninitiative und Engagement nicht ausreichend zum Tragen kommen.

Sicher ist heute, dass sowohl im landwirtschaftlichen Sektor als auch in der Wohnungswirtschaft ohne Fremdhilfe die heute wichtige genossenschaftliche Infrastruktur in beiden Branchen nicht entwickelt worden wäre. Selbstverständlich ist gegenwärtig auch, dass jedem Unternehmensgründer vielfältige Unterstützungsleistungen von der Beratung bis hin zur Anschubfinanzierung zur Verfügung gestellt werden.

Warum sollten Genossenschaftsgründungen hiervon ausgeschlossen bleiben? Gibt es besondere, für diese Unternehmensform geeignete Unterstützungsmöglichkeiten, die ihre dauerhafte Etablierung am Markt erleichtern? Liegen in der Gruppe Chancen, die für Arbeitslose Möglichkeiten zur langfristigen Beschäftigung bieten? Ist die Sozialwirtschaft ein Sektor, der aufgrund seiner bisherigen Entwicklung sich als zukünftiges Betätigungsfeld anbietet? Diesen und einer Reihe weiterer zentraler Fragen soll in der Tagung nachgegangen werden, um zu klären, ob und wie die Chancen der Gruppenselbsthilfe erfolgreich genutzt werden können.

Dabei wird ein intensives Augenmerk auf vier Bereiche geworfen, die für genossenschaftliche Unternehmensgründungen von zentraler Bedeutung sind. Gut durchdachte Geschäftsideen – möglichst von außen begutachtet und beraten – verbessern die Überlebensmöglichkeiten. Finanzierungsfragen gehören zum Standardproblem jeder Gründung. Qualifizierung und die Festigung des Gruppenzusammenhalts sind weitere wichtige Bereiche, durch die sich die Gruppenselbsthilfe erfolgreich anstoßen und begleiten lässt. Entsprechende Unterstützungsmöglichkeiten sollen durchleuchtet werden, um so vielfältige Anstöße für die Politik und die wirtschaftliche Praxis geben zu können, wie Genossenschaften einen Beitrag zur Schaffung von Arbeitsplätzen leisten können.

04.-06.07.2003 Tagung der Entwicklungspartnerschaft innova eG (1) in Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung, dem Bundesverein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V, netz e.V. und Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie (TAK AÖ) in Leipzig

(1) Die innova – Entwicklungspartnerschaft für Selbsthilfegenossenschaften ist ein im Rahmen des EU-Programms EQUAL gefördertes Projekt durch das BMWA.

GEPLANTER SEMINARABLAUF

Freitag, 04. Juli 2003

16.00 Uhr Begrüßung, Einführung in die Tagung durch innova eG und Heinrich-Böllstiftung
16.15 Uhr Theorie der Selbsthilfe in der Sozialen Arbeit – Geschichte, konkrete Erfahrungen und Chancen erfolgreicher Umsetzung
17.15 Uhr Theorie der genossenschaftlichen Selbsthilfe – Gründe für Entstehung, Erfolge und Misserfolge
18.15 Uhr Abendessen
19.30 Uhr Von der Versorgungs- zur Selbstverantwortungsgesellschaft – Politik jenseits von Individualismus und Verregelung – Chancen auf Gestaltung

Samstag, 05. Juli 2003

09.15 Uhr Empowerment – Selbstverständnis und Methoden bei der Aktivierung von Betroffenen
10.00 Uhr Risiken und Fallstricke der genossenschaftlicher Existenzgründung
10.30 Uhr Erfahrungen mit einem Genossenschaftsmodell für Langzeitarbeitslose und Pläne für die zukünftige Gestaltung
11.15 Uhr Gegenwärtiger Stand der EQUAL-Projekte in Deutschland unter dem Blickwinkel »Hilfe zur Selbsthilfe«
11.45 Uhr Selbsthilfegenossenschaften durch Qualifizierung auf den Weg bringen – Konzeption und Umsetzung eines EQUAL-Projekts
12.15 Uhr moderierte Diskussion
14.00 Uhr **Arbeitsgruppen**
AG 1 Geschäftsideen als Grundlage jeder Teamgründung
AG 2 Inhalte und Formen genossenschaftsförderlicher Qualifizierung
AG 3 Nur mit Moos geht 's los – Finanzierung für den Weg zur Genossenschaft
AG 4 Supervision und Coaching – Stabilisierung gemeinschaftlicher Unternehmensgründungen
17.00 Uhr Pro und Contra: Was bringt die Umsetzung des Hartz-Konzepts für die (Gruppen-)Selbsthilfe? Eine moderierte Diskussion
20.00 Uhr kleines Kulturprogramm

Sonntag, 06.Juli 2002

09.00 Uhr Gründungsunterstützung für Gruppenunternehmen und Selbsthilfegenossenschaften – Stand und Erfordernisse
11.00 Uhr Sozialwirtschaft – Chancen zur Schaffung neuer Beschäftigung – Definition, Selbstverständnis, Arbeitsfelder
11.45 Uhr Hilfe zur Selbsthilfe – Selbstverständliche Aufgabe der Politik in Zeiten der Krise
12.30 Uhr Moderierte Abschlussdiskussion und gemeinsame Überlegungen zur Auswertung der Tagung

ORGANISATORISCHES

Veranstaltungsort, Anmeldung und Programmanforderung: Tagungsort Leipzig – Breitenfeld im Breitenfelder Hof (für Zugreisende vom Leipziger
Informationen: Dr. Burghard Flieger, innova eG, Konstantinstr. 12, D-04315 Leipzig, Tel.: (03 41) 681 09 85, Fax 681 09 86, E-mail: info@innova-eg.de

Schwarzbuch Globalisierung

Gleich zu Beginn benennt Jerry Mander vom »International Forum on Globalization« ohne Umschweife das Ziel dieses Buches: zu klären, wie sich die rasch voranschreitende Globalisierung auf unser Leben auswirken wird, dass sie »aufgehalten und so bald wie möglich rückgängig gemacht werden muss« (S. 9). Der Wirtschaftswissenschaftler spricht von einem »konzerngesteuerten Kolonialismus, dem die armen Länder und die Armen in den reichen Ländern unterworfen werden« (S. 129). Er kritisiert die trügerischen Versprechungen der Globalisierungsbefürworter (»Wenn dies ein rationaler Prozess ist, dann rationalisiert er eine schockierende Ungleichheit des Profits« (S. 21) sowie die Vernebelungsstrategien der Medien, die dieses Buch notwendig gemacht hätten.

Die Mehrzahl der insgesamt 27 Beiträge dieses »Schwarzbuchs« gelten den »Triebkräften« und »Auswirkungen« der Globalisierung. Beschrieben werden Fehlentwicklungen in der internationalen Steuerung (»Das Scheitern von Bretton Woods«), der Wandel zur »Kasinoökonomie« durch die Ausbreitung des elektronischen Geldes, die problematischen Strukturanpassungsprogramme von IWF und Weltbank, aber auch der »Modernisierungs- und Globalisierungsdruck« auf lokale Kulturen sowie die ökologischen Kosten der wirtschaftlichen Globalisierung.

Besonderer Erwähnung gebührt den »Ausblicken« des dritten Abschnitts des Buches. Mitherausgeber Edward Goldsmith, Gründer der Zeitschrift »The Ecologist«, benennt als einzig nachhaltigen Weg für unsere Erde, wieder zu einer stärkeren Lokalisierung unseres Wirtschaftens zu finden. Er wird bestärkt durch Helena Nordberg-Hodge, die eine Fülle von politischen Maßnahmen für einen Richtungswechsel von »globaler Abhängigkeit zu lokaler Interdependenz« auflistet. Ein weiterer Beitrag beschreibt ein Konzept eines bewussten Protektionismus für lokale Wirtschaftsstrukturen als Kontrapunkt zu Freihandel und internationaler Wettbewerbsfähigkeit. Der Ernährungswissenschaftler Tim Lang und der Koordinator von »Protect the Local, Globally«, Colin Hines, fordern darin ein Allgemeines Abkommen für nachhaltigen Handel (GAST) sowie eine demokratische Weltlokalisierungsorganisation (WLO). Sie entkräften – was sehr hilfreich ist – auch die gängigen Einwände gegen eine Beschränkung des Freihandeis (Ineffizienz, Abschottung gegenüber Entwicklungsländern, romantische Autarkievorstellungen).

Das vorliegende »Schwarzbuch« gibt einen spannenden Einblick in die Vielfalt der globalisierungskritischen Bewegungen im angloamerikanischen Raum (deren Stärken in faszinierender Weise etwa von Naomi Klein nach dem Motto »Ein Nein und vieles Jas« beschrieben werden). Selbstverständlich sind auch internationale Größen der Bewegung wie Martin Khor, Vandana Shiva und Jose Lutzenberger mit Beiträgen vertreten. Die deutsche Ausgabe wurde überdies bereichert mit Ausführungen hierzulande bekannter Ökologen: Carl Amery stellt »Vermutungen über das Seelenleben von Globalisieren« an, Wolfgang Sachs, der mit seinem Buch »Planet Dialectics« (1999) auch im englischsprachigen Raum breit rezipiert wurde, rückt die Globalisierung in den Kontext der Nachhaltigkeit, wobei er letztere als klaren Verlierer ausmacht. Hermann Scheer schließlich benennt systemische Grenzen der »globalen Wirtschaftsliberalisierung«: Zum einen würden Regierungen »aus schierem Machterhaltungsinteresse« aufgrund der zunehmenden Legitimationskrise zu regionalen Wirtschaftskonzepten zurückkehren, zum anderen wurde – und das ist für Scheer noch zwingender – das Versiegen der fossilen Rohstoffe zur erneuten Dezentralisierung des Wirtschaftens führen. Dem Buch sind viele LeserInnen zu wünschen, stellt es doch dem latenten Unbehagen an den gegenwärtigen, immer weniger durchschaubaren Entwicklungen eines gigantomanischen »Raubtier-Kapitalismus« (Spiegel) die klare Botschaft entgegen: »Eine andere Welt ist möglich.«●

H. H.

Aus: Pro ZUKUNFT Nr. 2002/5. Herausgegeben von der Robert-Jungk-Bibliothek, Salzburg

Schwarzbuch Globalisierung. Eine fatale Entwicklung mit vielen Verlierern und wenigen Gewinnern. Hrsg. v. Jerry Mander ... München: Riemann, 2002. 523 S., 24,90 EUR, ISBN 3-570-50025-X

Eine schmerzliche Lektüre

Saddam Husseins letztes Gefecht? – Ein (zu) sperrriges Werk für deutsche Friedensfreunde und -freundinnen? Schon vor einiger Zeit ist »Der lange Weg in den 3. Golfkrieg«, so der Untertitel des Sammelbandes unter der Herausgeberschaft von T. Osten-Sacken und A.Fatah erschienen.

In 13 Beiträgen und einer abschließenden Chronologie versuchen die Autoren und Autorinnen verschiedene Aspekte der politischen und sozioökonomischen Situation im Irak zu verdeutlichen und die sich daraus ergebende Diskussion in Deutschland und anderswo darzustellen und zu kritisieren. Die »Bibel der Kriegsbefürworter« so Jürgen Elsässer ist aber keineswegs so einseitig wie es diese Denunziation erscheinen lassen will. Das Buch ist vielmehr ein unerlässliches Antidot gegen die teils strategisch, teils vulgärökonomisch begründete Kriegsgegnerschaft, die an ihren Rändern vor einer offenen Solidarität mit der Baathpartei nicht zurückschreckt. In diesem Buch ist der Irak eben nicht ein Fallbeispiel für eine antimperialistisch begründete Weltsicht oder ein Opfer der Sanktionen; vielmehr wird gezeigt, wie die Politik der Baathparteizuerst zum Zustandekommen der Sanktionen beigetragen hat und wie sie in den letzten Jahren die UN-Sanktionen benutzt hat, um die Bevölkerung unter ihrer Herrschaft zu halten.

Es wird gezeigt, dass Hunderttausende in den letzten Jahrzehnten sterben mussten, weil Hussein es so wollte. Es wird gezeigt, dass die Flugverbotszone im Norden keineswegs imperialistische Willkür ist, sondern die Kurden und Kurdinnen dort vor weiteren Massenmorden des irakischen Regimes schützt. Die panarabische Ideologie und der instrumentelle Antizionismus des Regimes werden bloßgestellt und nicht mit wachsweichen Formulierungen ausgewichen oder gänzlich ignoriert.
Und statt die ganze Zeit über »Kein Blut für Öl« zu schwadronieren, gibt es ein Kapitel über die wirtschaftlichen Beziehungen der Bundesrepublik und dem Irak, die sich trotz Embargo sehr hoffnungsfroh gestalteten, auch wenn sie in letzter Zeit durch den amerikanischen Druck minimiert worden sind. Alle diese Informationen in einem Buch sind für den Mainstream der deutschen Friedensbewegung nur schwer zu ertragen. Denn aus dessen Sicht sind die USA und Israel im wesentlichen für die Situation im Nahen und Mittleren Osten verantwortlich. Was aber, wenn Krieg und Terror diesmal nicht von den Imperialisten in den Golf importiert worden sind? Die geschichtliche Entwicklung des Iraks hin zu einer »Republik der Angst«, so der Autor des Vorwortes Kanan Makiya, ist ohne die Politik und Ideologie des Baathregimes nicht zu verstehen.

Einer Friedensbewegung, die bisher in ihrer Mehrheit ausblendet, dass Hussein und die Baath-Partei mit freundlicher Unterstützung auch aus Deutschland das werden konnten, was sie jetzt sind, sei dieses Buch empfohlen.●

Marc Weisser

Gefangen zwischen Terror und Krieg?

Dieses Buch ist ein Sammelband über die sozialen und politischen Hintergründe des Nahost-Konflikts. Mit Beiträgen von Moshe Zuckermann, Subhi al-Zobaidi, Uri Avnery, Uta Klein, Rafik Schami, Reuven Kaminer, Endy Hagen und einer Chronik des Nahostkonfliktes.

Alle Autorinnen und Autoren sind sich einig, dass weder auf Seiten der palästinensischen Autonomiebehörde noch der israelischen Regierung deutliche Anzeichen für eine Lösung durch Verhandlungen zu finden sind. Im Mittelpunkt der Analysen und Einschätzungen stehen deshalb auch die Friedenschancen, die sich durch eine starke soziale Bewegung aus den Gesellschaften heraus ergeben können.

Ein besonderes Augenmerk gilt dabei den israelischen/palästinensischen Gruppen und Organisationen, die sich für ein Ende der Besatzung und für eine friedliche Lösung des Konflikts einsetzen: Sei es, dass sie gemeinsame Aktionen von Israelis und PalästinenserInnen initiieren oder sich dem Dienst in der israelischen Armee verweigern. Auf palästinensischer Seite hat die Forderung, die Selbstmordanschläge zu beenden und demokratische Reformen einzuleiten, eine zentrale Bedeutung.●

Der Anares e.V. lädt ein zur Buchvorstellung und Diskussion:
Israel/Palästina: Stimmen für Frieden und Verständigung mit dem Herausgeber Rudi Friedrich
Freitag, 23. Mai 2003, um 20:00 Uhr
im Antiquariat & BuchCafé »ANDERE SEITEN«,
Brunnenstr. 15/16, D-28203 Bremen

Geschützt und verleumdet

Auf manche Bücher muss man lange warten. »Juden in der DDR« gehört dazu. Diese Tagungsdokumentation resümiert endlich die entscheidenden, aber bislang nur verstreut vorliegenden Recherchen der letzten Jahre zu diesem Thema. Mehr noch: Mit dem Buch kündigt sich ein ganz neues Paradigma in der DDR-Forschung an. Am Beispiel der Geschichte der Juden in der DDR wird sichtbar, wie grundlegend der Nationalsozialismus die DDR prägte.

Es gibt vor allem drei Gründe, warum man diesen Band lesen sollte. Zunächst deshalb, weil möglicherweise gar nicht bekannt ist, dass trotz des deutschen Völkermords eine Anzahl von Juden bis zum Ende in der DDR lebte. Nach Kriegsende wurde die jüdische Bevölkerung in der sowjetischen Besatzungszone auf 3500 Menschen geschätzt, 1955 lebten in der DDR noch 1715, im Herbst 1990 gehörten dem Verband jüdischer Gemeinden gerade mal 372 Mitglieder an.

Viele Menschen jüdischer Herkunft, die ihre eigene religiös-kulturelle Tradition nicht selten als nebensächlich oder gar »voraufgeklärt« ansahen und bisweilen auch verachteten, gehörten darüber hinaus zu den kulturellen, geistigen und politischen Eliten der Ex-DDR: Ernst Bloch, Jurek Becker, Wolf Biermann, Monika Maron, Gregor Gysi, Markus Wolf und viele andere.

Das Buch ist auch wichtig, weil es die wesentlichen Informationen über das komplizierte Thema der Auseinandersetzung oder Nichtauseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in der DDR aufbereitet. Zum Beispiel, dass es zur Jahreswende 1952/53 zu einer Fluchtwelle kam, weil SED und Stasi massiv gegen Juden vorgingen, die als »zionistische« Zuträger des amerikanischen Geheimdienstes verleumdet wurden.

Die DDR wird in den Analysen dieser Autoren zudem fassbar als nach-nationalsozialistische deutsche Diktatur, in der die Vergangenheit keineswegs soweit zurücklag, wie es ihre Repräsentanten glauben machen wollten. Einige Antifaschisten wurden selbst zu Exekutoren von Antizionismus und Antisemitismus. Gleichzeitig verfolgten sie »antisemitische Hetze« mit drakonischen Strafen und traten eine Kampagne los, die überlebende jüdische Opfer des Nationalsozialismus zur Flucht aus dem »anderen Deutschland« veranlasste.

Der wohl wichtigste Grund, der für das Buch spricht, ist die große Anzahl biografischer und literaturwissenschaftlicher Recherchen und Analysen zu einzelnen Lebensgeschichten. Zum Beispiel über das Leben von Viktor Klemperer in der DDR. Der berühmte Autor von »Lingua Tertium Imperii« (LTI) hat in seinen Tagebüchern Elemente einer »LQI« (Lingua Quartum Imperii) zusammengetragen. Die Sprache des Stalinismus schien ihm viele Ähnlichkeiten zur Sprache des Nationalsozialismus zu haben. Die Politik von SED und Sowjetunion kritisierte er aber nie, zumindest nicht öffentlich. Solche und andere Widersprüche prägten das Leben vieler Juden in der DDR, die Verfolgung, Emigration und Shoah überlebt hatten.

Die wissenschaftliche Forschung verfügt inzwischen über einige Werke, die die Nachwirkungen des Nationalsozialismus in der Bundesrepublik beschreiben. Für die DDR liegen nur Ansätze einer solchen Beschreibung vor (etwa Jeffrey Herfs »Zweierlei Erinnerung«). Eine umfassende Studie fehlt jedoch. »Juden in der DDR« bietet eine derart umfassende Recherche zwar noch nicht. Doch das hervorragende Buch wirft einen umfassenden Blick auf die untergegangene Welt von Juden in der DDR und bringt eine neue, wenn nicht die wesentliche Frageperspektive in die DDR-Forschung ein.●

Martin Jander

Aus: Tagesspiegel, 17.3.03

Moshe Zuckermann (Hrsg): Zwischen Kultur und Politik. Juden in der DDR. Wallstein-Verlag, Göttingen 2002. 246 Seiten. 20 EUR

»The final Insult«

»The final Insult« – die letzte Beleidigung! – diese Worte von Rudy Kennedy, einem ehemaligen Sklavenarbeiter der I.G. Farben und Kämpfer gegen die deutsche Entschädigungsverweigerung, beschreiben die Geschichte deutscher Schuldabwehr bis zum heutigen Tag. Sie zeigen die erneute Beleidigung, die die jahrelangen Verhandlungen um eine Entschädigung ehemaliger Zwangs- und Sklavenarbeiter nach fast 60 Jahren Ignoranz und Verweigerung für die wenigen Überlebenden der deutschen Verbrechen bedeuten. Dies reiht sich ein in die Tradition der Abwehr seit 1945. Die Ignoranz gegenüber den Erfahrungen und Zeugnissen der Überlebenden zog sich bruchlos durch die Geschichte dieser »Vergangenheitsbewältigung«. Besonders diejenigen, die nach ihrer Befreiung im Land der Täter versuchten, ein neues Leben zu begründen, erfuhren die aggressive Abwehr beinahe täglich. Sie waren gezwungen, ihren ehemaligen Peinigern auf der Straße zu begegnen, die als angesehene Mitbürger weiterhin in der Mitte der Gesellschaft lebten, sie wurden in die Situation gedrängt, ihre Qualen nachweisen und ihre Verletzungen begutachten zu lassen, um überhaupt Ansprüche auf Unterstützung geltend machen zu können. Sie mussten mit dem Erlebten tagtäglich umgehen und den Verlust ertragen, den die Vernichtung ihrer Freunde und Angehörigen durch die Nationalsozialisten in ihr Leben gerissen hat. Sie standen immer Abseits in dieser Gesellschaft von Verdrängern und Verleugnern, die sich in ihrem Innersten, unter sich, weiterhin stolz zu den Taten bekannte. Gerade in der Solidarität mit den Mördern fanden sich die Deutschen vereint.

Die hier veröffentlichten Texte und Gespräche unterscheiden sich wesentlich von der Sichtweise der deutschen Öffentlichkeit auf die Verhandlungen. Mit der Einrichtung der Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft« gelang es der deutschen Wirtschaft und dem deutschen Staat, die Sammelklagen, die in den USA gegen Dependancen deutscher Firmen und Banken von ehemaligen Zwangs- und SklavenarbeiterInnen eingereicht worden waren, abzuwenden. Das Almosen, das gezahlt wurde, dient der Abwehr sowohl einer verspäteten Lohnzahlung als auch dem Versuch einer Entschädigung.

Rudy Kennedy hat wie viele andere bereits vor Beginn der ersten Sammelklagen vehement gegen deutsche Wirtschaftsvertreter, Politiker und Historiker für eine Entschädigung gekämpft. Er hat mit seinem unnachgiebigen Kampf maßgeblichen Anteil am Zustandekommen des internationalen Drucks auf die deutschen Unternehmen gehabt. Oft wurden ihm die Türen vor dem Gesicht zugeschlagen, manchmal jedoch verschaffte er sich auch Zugang zu Orten, zu denen er nach dem Willen der deutschen Verhandlungsführer keinen Zutritt haben sollte. Für ihn ging es in erster Linie um eine individuelle Entschuldigung und um die Forderung nach der Auseinandersetzung mit den Verbrechen. Felix Kolmer aus Prag und Ludwik Krasucki aus Warschau, ebenfalls ehemalige Sklavenarbeiter, haben als Mitglieder der Delegationen ihrer Länder an den Verhandlungen teilgenommen und die Zurückweisung ihrer Forderungen durch die deutsche Seite direkt erfahren müssen. Ludwik Krasucki kämpfte im deutsch besetzten Polen und im Konzentrationslager Stutthof im Widerstand. Diesen setzte er in den Verhandlungen fort. Nicht selten verbündete sich die Delegation Polens mit der der tschechischen Republik, der Felix Kolmer angehörte. Felix Kolmer, der Theresienstadt, Auschwitz und Friedland überlebte, versuchte zusammen mit Ludwik Krasucki und den anderen osteuropäischen Delegationen in den Verhandlungen ein annehmbares Ergebnis für die vielen ignorierten Opfer durchzusetzen. Ihr Resümee beinhaltet Hoffnung und Bitterkeit. Bis heute kämpfen sie durch Gespräche und Veranstaltungen in ihren Ländern und Deutschland dafür, die Erinnerung an die Verbrechen wachzuhalten.

Dieses Buch stellt die Berichte der Überlebenden und ihre Erfahrungen der deutschen Nicht-Entschädigungspraxis ins Zentrum. Es wendet sich damit gegen die abschließende Historisierung der Verhandlungen, deren Dreistigkeiten auch nach Beginn der Auszahlungen noch fortdauern. Es wendet sich aber vor allem gegen die Zurückweisung der Forderungen der ehemaligen Zwangs- und Sklavenarbeiter, der Überlebenden der deutschen Verbrechen und damit gegen die Verleugnung ihrer Geschichte und ihrer Erinnerung. Anders als die deutsche Gesellschaft können sich die Überlebenden den Erfahrungen der Demütigung und den Erinnerungen an die Verbrechen nicht entziehen. Auschwitz und die Vernichtung sind bestimmend für ihr weiteres Leben. Wir stehen in dieser Auseinandersetzung erst am Anfang und sind doch bereits an ihrem Ende. Denn mit dem Tod der letzten Zeugen der Vernichtung droht auch die Erinnerung zu sterben. Die Ignoranz und die Verletzungen der vergangenen Jahrzehnte seit 1945 lassen sich nicht durch ein paar Stunden aufmerksamen Zuhörens rückgängig machen. Sie prägen die Erfahrungen, die die Überlebenden mit der deutschen Gesellschaft und in der Welt nach Auschwitz gemacht haben.●

Timo

»The final Insult« – Das Diktat gegen die Überlebenden«, gruppe offene rechnungen

Wein & Krieg

Wein kriegen wollten die Nazis en passant. Nach der Kapitulation Frankreichs im Juni 1940 erließ Hitler den ausdrücklichen Befehl, die wertvollsten Weine, Champagner und andere Spirituosen nach Deutschland und in sein höchsteigenes Lager transportieren zu lassen.

Das Buch »Wein & Krieg« des Journalistenpaars Don und Petie Kladstrup beginnt mit der spektakulären Öffnung des Lagers auf dem Obersalzberg am 4. Mai 1945 durch die Alliierten. Eine halbe Million Flaschen der besten Weine, Châteaux Lafite, Mouton-Rothschild, Château Latour usw. fanden sich dort neben seltenen Portweinen, Cognags und Champagner-Kisten. Dennoch hatten die Nazis ganz und gar nicht immer erhalten, was sie kriegen wollten. »Noch eine Flasche weniger für die Deutschen!« lautete der Trinkspruch der Franzosen während der deutschen Besatzung.

Die Kladstrups erzählen vom Widerstand in Sachen Wein, geben persönliche Berichte von kleinen und großen Winzern und Händlern wieder, teilweise recht heitere Geschichten. Zum Beispiel wie eine Pariser Teppichreinigungsfirma die Pariser Sommeliers mit Staub versorgte, um den Nazis jungen Wein als uralte Raritäten andrehen zu können. Für Goebbles, Göring und ihresgleichen ließ man eigens Etiketten aus dem Hause Mouton-Rothschild kommen und klebte sie auf Flaschen mit minderwertigem Wein. Aus der Champagne kam ungeniert »sprudelndes Spülwasser«, wofür Francois Taittinger allerdings ins Gefängnis wanderte. Viele Winzer zählten zur Résistance, kämpften, gewährten Unterschlupf und teilten die Bestimmungsorte der großen Champagner-Bestellungen mit, aus denen sich die deutschen Truppenbewegungen voraussagen ließen.

»Wein & Krieg« liefert eine neue Perspektive auf den Zweiten Weltkrieg und was er für Frankreich bedeutete.●

Gudrun Mangold

Don & Petie Kladstrup: Wein und Krieg, Klett-Cotta, Stuttgart 2002, 380 S., 24 EUR

Willy Schmidt, Christoph Leclaire, Andrea Meschede, Ulrich Schneider:

Buchenwald – Ein Konzentrationslager
Multimediale CD-ROM

Pahl-Rugenstein Verlag

ISBN 3-89144-335-8

Mit Booklet

24,95 Euro (empfohlener Ladenpreis)

Abspielsoftware auf der CD-ROM

PROJEKTE

Villa Lokomuna, Stadtkommune in Kassel, sucht Menschen mit Lust auf gemeinsames Leben. Zur Zeit sind wir 19 Erwachsene und 11 Kinder.
☎(05 61) 92 00 94 90 oder
E-Mail: info@gemeinsam-leben-eg.de

Spanien: Selbstverwaltete Landherberge in wildromantischem Tal nahe Valencia bietet euch ruhige Unterkunft. Auch vegetarische Küche. Vor Ort arbeiten mehrere Leute an der Wiederbelebung des Obst- und Gemüseanbaus incl. Selbstversorgung.
☎(0034) 978 78 14 54
Web: www.flamaronda.info

JOBS

FÖJ-Stelle im Verein für Permakultur und Selbstversorgung in Verden, für alle 16-26 Jahre möglich ab 9/03, Nds. bietet 200E Taschen-& das Kindergeld. Gleichberechtigtes Arbeiten in kleinem Team. Seit '98 wird Waldgartengelände aufgebaut zur Selbstversorgung und als Modellprojekt auf 5ha.
☎(01 71) 156 56 20

ARCHIVE

228 Adressen alternativer Archive und Informationen zu kritischer Geschichtsarbeit in neuer Broschüre. 40 S., 3,80 EUR, Weitere Info unter www.archiv.gesellschaftsanalyse.de/reader.htm
Bestellung von Einzelexemplaren nur gegen Vorkasse 4,48 EUR in Briefmarken bei
ASTA Universität Bremen, Bibliotheksstrasse /StudentInnenhaus, D-28359 Bremen

JETZT AUF CD-ROM

10. aktualisierte Auflage

Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen

1993 bis 2002
10 Jahre im Rückblick

Menschen flohen vor Verfolgung, Hunger und Elend. Sie fanden hier den Tod.

Die Chronologie umfaßt Todesfälle und Verletzungen bei Grenzüberquerungen; Selbstötungen, Selbsttötungsversuche und Verletzungen von Flüchtlingen aus Angst und auf der Flucht vor Abschiebungen; Todesfälle und Verletzungen vor, während und nach Abschiebungen. Sie umfaßt auch Berichte über Fluchtversuche, die deutlich machen, welche lebensbedrohlichen Bedingungen Flüchtlinge auf sich nehmen müssen, um heute in die BRD zu gelangen. Diese Zusammenstellung umfaßt Angriffe und Anschläge auf Flüchtlingssammellager. Die beschriebenen über 3000 Einzelschicksale machen deutlich, daß die Chance, in der BRD Schutz und Sicherheit zu finden, gegen Null läuft. Die Lebensbedingungen für Flüchtlinge sind heute brutaler denn je.
(siehe auch: www.borlinet.de/ari/titel.htm).

Zusätzlich zum GESAMT-TEXT der auch in Heftform erscheinenden Chronologie, sind auf dieser CD-ROM Einzelthemen herausgegriffen, um das Arbeiten mit dem Inhalt entsprechend der Zielthematik zu erleichtern. Alle Themen liegen in pdf,- rtf- und html-Format vor.

EINZELTHEMEN sind u.a.: Die Grenzen, Selbsttötungen und Selbstverletzungen, Mißhandlungen bei Abschiebungen, Folter nach Abschiebungen, Kurdische Flüchtlinge, Gestörte und mißhandelte Flüchtlinge in Flugzeugen und auf Flughäfen.

Die CD-ROM kostet 10 € (plus 1,60 € Porto und Verpackung). Zum gleichen Preis ist das Heft (DIN A4 – 265 Seiten; Ringbindung) erhältlich bei:
Antirassistische Initiative e.V. - Yorckstr. 59 - 10965 Berlin
Fon 7857281 - Fax 7869984 - eMail: ari-berlin@gmx.de

ESPERO- Neuerscheinungen

Dr.Walter Borgius:
Die Ideenwelt des Anarchismus
86 Seiten, 7 €uro

Voltarine de Cleyre:
Anarchismus
Aus dem Amerikanischen
Übersetzt v. R. Straub
36 Seiten, 3 €uro

Uwe Timm:
Gesammelte Schriften. Von 1955 . 2002
288 Seiten, 18,50 €uro

Espero, Wulmstorfer Moor 34b, 21629 Neu Wulmstorf, e-mail: Utespero@aol.com

Bitte spenden Sie »CONTRASTE« an Menschen in Haft zum Preis von jährlich 45,00 € oder überweisen Sie einen Betrag Ihrer Wahl an: Freiabonnements für Gefangene e.V., Kennwort: »CONTRASTE«
Bank für Sozialwirtschaft, BLZ 100 205 00, Konto 30 85 400
Telefon 030-611 21 89, Telefax 030-61 62 98 99
E-Mail: freiabos@bln.de
www.freiabos.de

Zeitungen für Gefangene

Abbildung: Berlin, Foto: Martin Langer

Die Tageszeitung **junge Welt**

Protest von Schülerinnen in Rostock, März 2003

Diese Zeit braucht diese Tageszeitung

Die *junge Welt* steht als konsequent linke Tageszeitung an der Seite all jener, die gegen Rassismus, Faschismus und Krieg kämpfen. Weitere Themen sind täglich: Sozialabbau, Bildungsnotstand, staatliche Repression, Diskriminierung – all das, was man woanders nicht lesen kann. Finanziert wird die *junge Welt* durch die Abonnements ihrer Leserinnen und Leser. Keiner Organisation, keiner Partei, keinem Konzern verpflichtet, versucht das jW-Team, Sichtschneisen in das Dickicht der Medienmanipulierung zu schneiden. Von der Zahl der jW-Abonnenten hängt es maßgeblich ab, wie breit diese Schneisen werden. Abonniert die *junge Welt*! Bringt Licht in die Dunkelheit! **www.jungewelt.de**

Ja, ich will die *junge Welt* für 10 Wochen ausprobieren.

Name/Vorname

Telefon

Straße/Nr.

PLZ/Ort

Dafür bezahle ich 16 Euro. Will ich die *junge Welt* danach nicht weiterbeziehen, teile ich das dem Verlag 8. Mai GmbH spätestens zehn Tage vor Ablauf des Probeabos kurz schriftlich mit. Falls ich die *junge Welt* weiter beziehe, bezahle ich nach Ablauf der Probewochen monatlich
O Normalabo: 25,80 Euro,
O Soliabo: 33,00 Euro,
O Sozialabo: 18,40 Euro.

Ich bezahle mein Abo O monatlich (nur mit Bankeinzug), O vierteljährlich (3 % Rabatt), O halbjährlich (4 % Rabatt), O jährlich (5 % Rabatt)
per O Rechnungslegung O Einzugsermächtigung
Das Abo soll ab Montag, den ..... beginnen.

Hiermit ermächtige ich Sie, den Betrag von meinem Konto abzubuchen:

Geldinstitut/Bankleitzahl

Kontonummer

Datum/Unterschrift

Das reguläre Abo läuft mindestens ein halbes Jahr und verlängert sich um den oben angekreuzten Zahlungszeitraum, wenn ich es nicht 20 Tage vor Ablauf (Poststempel) schriftlich bei Ihnen kündige.

contraste

Coupon einsenden oder faxen an: Verlag 8. Mai GmbH, Karl-Liebknecht-Str. 32,10178 Berlin; Fax: 0 30/53 63 55-44

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen 5 EUR (jede weitere Zeile 1 EUR)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen 21 EUR (jede weitere Zeile 2,6 EUR)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 5 EUR
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR. Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum 15. des Monats

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

analyse+kritik

ak – Zeitung für linke Debatte und Praxis · www.akweb.de

In der neuen Ausgabe 472:
Sieg ohne Frieden +++ Iran und Syrien im Visier der USA +++ Positionen zum Krieg aus Deutschland, Spanien, Russland, Frankreich, Südostasien, Israel +++ Oppositionskräfte im Irak +++ Olympia und die Folgen +++ HipHop aus Israel +++ Arbeitsämter schröpfen kreativ

Probeabo bestellen: 3 mal ak für 5 €*
* Schein/Scheck beilegen! Verlängert sich zum Jahresabo, wenn nicht nach Erhalt der zweiten *ak* gekündigt wird.

ak – analyse & kritik · Rombergstr. 10 · 20255 Hamburg
Tel.: 040-40170174 · Fax: 40170175 · redaktion@akweb.de

express
ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT

PF 102062 63020 OFFENBACH
Tel. (069) 885006 Fax 821116
express-afp@t-online.de

In dieser Ausgabe (3/03) u.a.:
- Slave Cubela: »Oil makes and brakes nations«
- Hans Lück: »Kein Frieden mit Joschka und Gerd«
- Nadja Rakowitz und Rolf Schmucker: »Infarkt: weder unvermeidlich noch Luxus«. Gespräch mit Winfried Beck zum Verhältnis von Medizin & Ökonomie
- Anne Allex: »Kein Vergleich mit 33: staatliche Leiharbeit«
- Kurt Nikolaus: »Kommissionitis – zur Abschaffung der Arbeitslosenhilfe«
- Nicholas Bell: »3D-Perspektiven – zur Situation von MigrantInnen in der europäischen Landwirtschaft«
- Offener Brief: DC-Betriebsräte fordern Suspendierung von IMB-Mitglied Rodríguez wegen Verwicklung in Folter
- Nadja Rakowitz zum »African Growth and Opportunity Act«
- Klaus Weber: »Linkes Schnäppchen«, über Haug et al.: »Unterhaltungen über den Sozialismus nach seinem Verschwinden«
- Proteste, Aufrufe und Aktivitäten rund um die Abschaffung des Sozialstaats

○ Ich möchte 1 kostenloses Probeexemplar
○ Ich möchte die nächsten 4 akt. Ausgaben zum Preis von 10 Euro (gg. Vk.)

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67
Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 610 01, Kto-Nr. 64076

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fließen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion. Gerne nehmen wir Eure Texte und Fotos per E-Mail, verarbeiten können wir alle gängigen Formate.

In allen Redaktionen sind ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke.

Vertriebs-, AbonnentInnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann die Einladungen zu den zweimal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :

01099 Dresden, Redaktion Dresden, Uta Knischewski, Meschwitzstr. 2a, ☎ (0351) 802 99 23, E-Mail: abfallgut@yahoo.de; 10961 Berlin, Redaktion Berlin, Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ☎ (0 30) 612 38 27, E-Mail: ricabuch@aol.com, Internet: www.ricardabuch.de; 18569 Gingst/ Westrügen, Redaktion Rügen/MV, Andreas Küstermann, Teschvitz 3a, ☎ (038305) 6 00 13, Fax 6 00 14, E-Mail: kuema-ostseh-redaktionsbureau@t-online.de, Internet: www.presse-verlag-ostseh.de; 22763 Hamburg, Redaktion Hamburg, Hilmar Kunath, Daimlerstr. 34 ☎ (0 40) 39 90 41 96, E-Mail: hilmarkunath@web.de, Internet: www.web-line.com/bs/contraste; 23701 Eutin, Redaktion Norddeutschland, Volker Nadolni, Janussstr. 11, ☎ (04521) 53 12, Fax 29 33; 28201 Bremen, Redaktion Bremen, Bernd Hüttner, Am Dammacker 8b, ☎ (04 21) 557 90 56, E-Mail: bhuettner@niatu.net, 28870 Ottersberg, Redaktion Bremen Umland, Götz Paschen, Große Str. 81, ☎(04205) 77 99 66, Fax 77 99 65, E-Mail: torfkurier@t-online.de; 37085 Göttingen, Redaktion Göttingen, Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (0551) 5 75 46; 49008 Osnabrück, Redaktion Osnabrück, Herrmann Cropp, Postfach 18 11, ☎ (05402) 73 73, E-Mail: packpapier.verlag@t-online.de, Internet: www.packpapier-verlag.de; 51063 Köln, Redaktion Köln/Bonn, Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (0170) 593 89 00, (0221) 640 52 45, Fax 640 31 98, E-Mail: h.weinhausen@ina-koeln.org; 60316 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main, netz Hessen, Uwe Wèppler, Bornheimer Landstr. 22, ☎ (069) 131 04 07, Fax 131 04 08, E-Mail: u.weppler@paritaet.org; Redaktion Saarland, AKTION 3. Welt Saar, 66674 Losheim, Weiskirchener Str. 24, ☎ (06872) 99 30 56, Fax 99 30 57 E-Mail: a3wsaar@t-online.de und Netzwerk Selbsthilfe Saar e.V., 66111 Saarbrücken, Nauwieser Str. 19, ☎ (06 81) 37 15 02; 69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg, Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 24 67, Fax 16 44 89; 69434 Hirschhorn, Redaktion Neckar/Odenwald, Stefan Riedel, Neckarsteinacher Str. 38x, ☎ (06272) 36 48, Fax 35 59, E-Mail: stefan.r.riedel@web.de; 71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart, Peter Streiff, Im Esper 22, ☎ (0 71 44) 33 22 56, E-Mail: peter.streiff@netz-bund.de; 90419 Nürnberg, Redaktion Franken, Stefan Braig, Kirchenweg 4, ☎ (0911) 393 89 30, Fax 26 77 68, E-Mail: schaefer.braig@nefkom.net; Portugal: Kurt Regenauer, E-Mail: k.regenauer@suedschiene.de, Internet: www.suedschiene.de

Fachredaktionen :

Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23 · Fax 70 90 84, E-Mail: genossenschaft@t-online.de; Jugendumweltbewegung: 27283 Verden, Peter von Rüden, Artilleriestr. 6, ☎ (04231) 95 75 10, Fax 95 75 12, E-Mail: forum@oekozentrem.org; Sozialpolitik, AG SPAK: 68167 Mannheim, Nico-Reiner Schindler, Pappelallee 31, ☎Fax (06 21) 30 38 13; Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 13359 Berlin, Th.-D. Lehmann, Grüntaler Str. 38, E-Mail: leh@zorrow.de und 27321 Thedinhausen, Uwe Ciesla, Finkenburg, E-Mail: finkenburg@verden-info.de; Umweltschutz von unten: 35447 Reiskirchen-Saasen, Jörg Bergstedt, Ludwigstr. 11, ☎(06401) 90 32 83, Fax 90 32 85, E-Mail: projektwerkstatt@apg.lahn.de

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, Über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎ (06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 1/02
Herstellung:
Zündsatz GbR, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o CONTRASTE
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
contraste@t-online.de
Internet:
www.contraste.org

Endredaktion:
☎ (06221) 18 34 02
Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Telefax:
☎ (06221) 16 44 89
(10 bis 17 Uhr)

IM POSTFACH

Fake oder Dokumentation totalen Opportunismus Zum JD/JL-Artikel »Draufhauen, draufhauen ...«

In der April-CONTRASTE findet sich ein bemerkenswerter Artikel der JungdemokratInnen/Junge Linke mit einer Kritik an der Attac-Kritik. Zuerst überlegte ich, ob es ein Fake ist, dass also Dritte im Namen der Führungszirkel von JD/JL auftraten, um mit überzogen-anpasserischen Thesen deren opportunistisch, karriereorientierte Politikform zu kritisieren – was ja intern dort kaum möglich ist, da die JD/JL-Kader den Verband gut im Griff haben. Aber die CONTRASTE-Redaktion bestätigte mir, dass der Text echt sei. Also scheint mir nun, dass nach einigen Jahren Karrieresucht tatsächlich das politische Profil der JD/JL so inhaltsleer geworden ist, dass sie die politischen Positionen von Attac besten Gewissens verteidigen, weil sie die inzwischen selbst übernommen haben.

So oder so lohnt es sich aber, am Text der JD/JL einige typische Formen rhetorischer Tricks der mittels europatriotischer bis militaristischer Zeitungen wie Spiegel, Zeit, FR, taz oder Junge Welt hegemonialen NGOs samt Umfeld zu entlarven.

1. Der Text von JD/JL enthält kaum Argumentationen, sondern bringt nur Gegenpositionen zur Kritik, um dann zu behaupten, dass sich weitere Begründungen wohl erübrigen. Das ist die Arroganz der Eliten, die ihre KritikerInnen nicht einmal mehr für würdig erachten, ihre Argumente zur Kenntnis zu nehmen.
2. Wie andere NGOs auch bestimmt JD/JL selbst, was denn die Argumente der Attac-KritikerInnen seien. Quellen und Belege fehlen selbstverständlich. Wer die intensivsten Attac-Kritiken wie beispielsweise die Broschüre »Attacke« der Gruppe INKAK (www.aktionsinfo.de) oder aus der Projektwerkstatt (http://go.to/tobintax und andere) anguckt, wird feststellen, dass dort ganz andere Kritiken genannt und auch sehr präzise belegt werden.
3. Wer die genannten Seiten aufsucht, wird zudem schnell feststellen, dass die Verteidigung von JD/JL komplett auf Nichtwissen bzw. Lüge beruht. So ist vieles sehr schnell schwarz auf weiß belegbar. So formuliert Attac in Selbstdarstellungsfaltblättern tatsächlich, dass sie für Investitionen statt Spekulationen sind. Sie trennen also diese beiden Bereiche tatsächlich und bewerten sie zudem, einmal negativ, einmal positiv. Offenbar sind JD/JL zwar Mitglied bei Attac (für KarrieristInnen zur Zeit ja auch ein Muss), aber haben von den Attac-Positionen keine Ahnung.
4. Die Pluralität von Attac wird ebenfalls einfach ohne weitere Belege festgestellt. Auf die Kritik der Instrumentalisierung vielfältiger Basisaktivitäten gehen JD/JL gar nicht ein. Insofern ist ihre Kritik gar keine Kritik an der Attac-Kritik, sondern ein Text einer Gruppe, die ahnungslos ist, wo sie Mitglied ist und mitmacht, über andere, von denen sie auch nichts wissen. Das hindert JD/JL aber nicht, sich arrogant hinzustellen und einfach mal zu behaupten, dass es ohnehin nur Neid ist, der die KritikerInnen von Attac antreibt. Dass es an Attac schon Kritik gab, als Attac noch gar nicht erfolgreich war, sondern als Elitegruppe Share e.V. oder als inhaltsleeres »Netzwerk zur demokratischen Kontrolle der Finanzmärkte« umherdümpelte, blenden JD/JL da natürlich auch aus. Schließlich ist die peinliche Verteidigungsrede für die eigene Totalentpolitisierung zwecks Karriereplanung viel einfacher, wenn mensch gar nicht erst hinguckt.

Jörg Bergstedt,

Red. Umweltschutz von unten

Nr. 223, S. 6; JD/JL-Beitrag:
»Draufhauen, draufhauen,...!
Bitte nix schlagen: ich hab fertig!

Endlich habe ich verstanden, was Attac wirklich ist: Attac ist *mehr* als nur Attac. Attac ist auch nicht *immer nur* Attac. Wenn die gute, alte sozialdemokratische Rakete hoch oben am Himmel explodiert, strahlt es hell und licht wie Weihnachten bei Coca Cola: Santa Claus-Attac! Außerdem ist es *schlicht unwahr*, dass die SPD das so meint. Der DGB auch nicht. Sonst wäre der doch nicht Attac-Bündnispartner.
Natürlich muss *re-reguliert* werden: *ökonomische Prozesse*, weißt Du?! Und sieh mal hier unseren Bauchnabel: Hier kommt die Sonne! Es *drängt sich uns der Eindruck auf*, dass *linke Exapisten* das alles nicht begreifen können. Ich auch nicht. Was JD/JL (Berlin) da an militanter Komik abgelassen haben, ist Attacke: Scheiße, ich krieg mich nicht mehr ein! Bitte, bitte, kommt wieder auf den Teppich.
Mit solidarischem Gruß
Werner Braeuner

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NIEDERKAUFUNGEN

Wir können auch anders!
Leben in der Kommune
Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit 15 Jahren bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit 70 Personen. An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:

- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt und richten uns mit diesem Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben, sich mit alternativen Lebensformen auseinanderzusetzen.
Termin: 27.-29.6.2003
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus Niederkaufungen, Kirchweg 1, D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
E-Mail: tagungshaus@t-online.de
www.contraste.org/kommunen

SOMMERCAMP

Anarchistisches Sommercamp
Termin: 1.-10.8.2003 in Lutter
Info: www.a-camp.burg-lutter.de

KOMMUNIKATION

Streiten verbindet!?
Konfliktbewältigung zwischen Männern und Frauen
»Du kannst mich einfach nicht verstehen!«
»Männer sind vom Mars – Frauen von der Venus«
so lauten zwei der meist gelesenen Buchtitel über die Beziehung von Männern und Frauen. Und tatsächlich: Sehr häufig sind Begegnungen zwischen Männern und Frauen geprägt von Missverständnissen und aufreibenden Auseinandersetzungen oder von Sprach- und Verständnislosigkeit.
Häufig wird dabei sehr viel Energie vergeudet, die statt dessen eingesetzt werden könnte, um:

- Unterschiedlichkeiten zu akzeptieren und produktiv zu nutzen;
- gegenseitiges Verstehen zu fördern;
- Blockierungen aufzulösen und Lösungen zu suchen (und zu finden!), die die Wünsche und Bedürfnisse beider berücksichtigen.

Wir werden die eigenen Konfliktmuster und -strategien reflektieren. Alternativen dazu zu entwickeln und konstruktive Kommunikationsformen kennen lernen. Unsere eigenen positiven Erfahrungen mit der Gewaltfreien Kommunikation und mit Zwiegesprächen werden im Zentrum des Seminars stehen.
Ein Seminar nicht nur für Paare!
Termin: 26.-28.9.2003

Gewaltfreie Kommunikation und Yoga
Ein Weg zu innerer Klarheit
Termin: 19.-21.12.2003
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus Niederkaufungen, Kirchweg 1, D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
E-Mail: tagungshaus@t-online.de
www.contraste.org/kommunen

FRÜHLINGSAKADEMIE

»Konzern Europa? Kongress für eine gerechtere Welt«
vom **15. bis 18. Mai 2003** findet in Regensburg eine Frühlingsakademie mit zahlreichen ReferentInnen statt: z. B.: Elmar Altvater (Politologe FU Berlin), Wolfgang Kessler (Journalist public forum); Anne Karrass (attac EU-AG), Oliver Moldenhauer und Sven Giegold (attac D), Eric Wesselius (Corporate Europe Observatory, Amsterdam), VertreterInnen attac Schweiz, Österreich, Frankreich
Folgende Themenfelder gibt es:

- WTO – GATS (mit einigen Workshops zu Bildung)
- Migration
- Die EU-Osterweiterung
- Abbau Sozialer Sicherungssysteme
- Die Macht der Finanzmärkte
- Wer gestaltet die Welt? Politische Macht der Konzerne Krieg und Frieden
- Methodik (von Filmemachen bis Kampagnenmanagment)

und

- Mobilisierung für Evian

Veranstalter: AStA, EBW, attac, pax christi
Weitere Infos unter:
Web: www-attac-kongress.uni-regensburg.de

REGIONALENTWICKLUNG

Die Europäische Sommerschule für Nachhaltige Regionalentwicklung findet in diesem Jahr vom **22. bis 28. Juni 2003** in Germerode/Nordhessen zum Rahmenthema »Region und Regionalität« statt. Aus unterschiedlichen Blickwinkeln beleuchten die Beiträge Möglichkeiten wirtschaftlicher Eigenentwicklung und politischer Selbstorganisation von Regionen. Die Zahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer ist auf 30 Personen begrenzt, um intensiv betreutes Arbeiten zu gewährleisten. Wir empfehlen daher eine frühzeitige Anmeldung.
Information & Anmeldung:
University of Kassel
European Summerschool for Sustainable Regional Development
Moenchebergstr. 17
D-34109 Kassel
☎(05 61) 804 35 05, 804 24 85

SOZIALPOLITIK

Modernisierung des Sozialstaats – Modernisierung der sozialen Ausgrenzung
Das Thema greift die Entwicklung verschiedener Reformen und Reformpläne des Sozialstaats auf, die sowohl Ausdruck als auch als Folge des Modernisierungsdrucks begriffen werden können, der Staat und Gesellschaft im Zuge der Globalisierung und der weltweiten Rezension ergriffen hat. Zwar sind etliche Reformen durchaus sinnvoll und überfällig, aber sie können auch in eine Richtung gesteuert werden, die zu mehr Ausgrenzung beiträgt, statt Armut, Ausgrenzung und Wohnungslosigkeit zu überwinden.
Das Janusgesicht der Modernisierung soll an den verschiedenen Feldern der Wohnungslosenhilfe und ihrem gesellschaftlichen Umfeld herausgearbeitet und zugleich die zentrale Botschaft an Politik und Gesellschaft vermittelt werden: Die Wohnungslosenhilfe erwartet Reformen, welche die Wohnungslosen mitnehmen und nicht zurücklassen.
Diese Bundestagung soll auch Gelegenheit sein, das neue Grundsatzprogramm der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe konkreter zu diskutieren und Konsequenzen für seine Umsetzung zu ziehen.
Termin: 21.-23.5.2003
Information & Anmeldung:
BAG Wohnungslosenhilfe e.V., Postfach 13 01 48, D-33544 Bielefeld
☎(05 21) 14 39 60, Fax 143 96 19
E-Mail: info@bagw.de
Web: www.bag-wohnungslosenhilfe.de

VERKEHR

»Bestverkehr für Weniggeld«
Vom **29.5. bis 31.5.2003** findet in München der 14. Bundesweite Umwelt- und Verkehrs-Kongress statt. Schwerpunktthema werden die Finanzen im Verkehrsbereich sein, denn der öffentliche Geldmangel stellt auch eine Chance für eine Verkehrswende dar. Alle zwei Jahre treffen sich in wechselnden Städten Aktive und Interessierte aus dem Bereich »Verkehr & Umwelt«, um verkehrspolitische Zielsetzungen zu erarbeiten, Informationen auszutauschen, Kontakte zu knüpfen und Spaß an Aktionen und Kulturangeboten zu haben.
Veranstalter: Green City e.V. München, Stattplan e.V. München, VCD LV Bayern, FUSS e.V. und UMKEHR e.V.
Nähere Informationen: UMKEHR e.V., Exerzierstr. 20, D-13357 Berlin
☎(0 30) 492 74 73, Fax 492 79 72
E-Mail: info@umkehr.de
Web: www.umkehr.de

BUKO

Internationalismuskongress gegen Krieg
Vom **6.-9. Juni 2003** wird der BUKO 26 in Bremen stattfinden. Der BUKO ist der jährliche Kongress der Bundeskoordination Internationalismus, eines bundesweiten Zusammenschlusses von Dritte-Welt-Gruppen und internationalistischen Basis-initiativen. Der diesjährige BUKO ist ein gemeinsames Projekt der BUKO, Crossover, dem Antipatriarchalen Netz Berlin und dem bundesweiten Bündnis Krieg ist Frieden (KIF). (Siehe Seite 4)
Kontakt:
BUKO, Kongressbüro Bremen
Buchtstr. 14/15, D-28195 Bremen
☎(04 21) 364 87 92
E-Mail: buko26@yahoo.de

JUNGE LINKE

Frauen in Widerstand und Flucht
Seminar zu Frauen in politischen Kämpfen und zur Situation von Flüchtlingsfrauen in der BRD.
Welche Rolle spielen Frauen in den weltweiten politischen Kämpfen? Wie organisieren sie ihre Arbeit? Wie sieht die Situation von Flüchtlingsfrauen in der BRD aus?
Das Seminar soll die Möglichkeit bieten, sich über linke Bewegungen in anderen Ländern, sowie den alltäglichen Rassismus und Sexismus in Deutschland aus Sicht der Betroffenen zu informieren, um daraus gemeinsame Diskussionen und internationalistische Praxis ableiten zu können.
Termin: 16.-18. Mai 2003, Wesel

Spektakel gegen Privatisierung
Auf dem Spektakel werden über 100 junge, politisch interessierte und engagierte Menschen zusammen in AGs arbeiten, Kultur genießen, quatschen, Aktionen planen, tanzen, Filme gucken ...
In diesem Jahr ist das Oberthema »Privatisierung«. In Deutschland wird der Zugang zu Bildung beschränkt, die Gesundheitsversorgung wird abgebaut, Krankheit zum privaten Risiko, die Rentenversicherung privatisiert usw. usf. Diese Entwicklung, die die Schere zwischen Arm und Reich weiter vergrößert, findet aber nicht nur hier, sondern überall und auch auf internationaler Ebene statt. Es geht u.a. um Wasserversorgung, Genpatente auf Pflanzen und Zugänge zu Märkten, Rohstoffen und Infrastruktur. Mit all diesen Themen und Fragen wollen wir uns beschäftigen und nach Möglichkeiten des Widerstands suchen.
Termin: 4.-6. Juli 2003, Bochum

Neoliberalismus und Globalisierung
Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem Ende des Realsozialismus in den verbündeten Staaten entwikkelt sich ein entfesselter Kapitalismus, wie er Jahrzehnte zuvor kaum vorstellbar war. Seine Ideologie ist der Neoliberalismus. Seine Strategie ist u.a. die Globalisierung. Das Seminar soll einerseits ein Angebot sein, diese Zusammenhänge besser verstehen zu können. Andererseits soll diskutiert werden, welche Alternativen wir eigentlich aufzeigen können und welche Umsetzungsperspektiven es hierfür gibt. Patentrezepte zur Überwindung des Kapitalismus können wir allerdings nicht versprechen.
Termin: 18.-20. Juli, Leichlingen

Cultural Studies
Die Auseinandersetzung mit kulturellen Themen ist in den letzten Jahren wieder wichtiger für die politische Theorie und Praxis geworden. Einer der Gründe für diese Entwicklung liegt auch in der Etablierung der »Cultural Studies«, die eine wissenschaftliche Analyse verschiedener kultureller Phänomene bieten. Die Attraktivität dieses Projekts liegt vor allem in dem explizit politischen Anspruch der Cultural Studies, aber auch in der Interdisziplinarität und des Zusammenbringens verschiedener methodischer und theoretischer Ansätze. Das Seminar soll einen ersten Überblick über das Projekt der »Cultural Studies« bieten und die wichtigsten Themenbereiche vorstellen. Im Vordergrund stehen dabei Möglichkeiten der Subversion im Alltag.
Termin: 18.-20. Juli 2003, Leichlingen
Information & Anmeldung:
JungdemokratInnen/Junge Linke NRW
Herner Str. 79, D-44791 Bochum
☎(02 34) 57 96 78 49, Fax 57 96 78 50
E-Mail: info@jungdemokratinnen.de
Web: www.jungdemokratinnen.de

Gründe der Herrschaft
»Der Mensch ist dem Menschen ein Wolf.« »Ohne jemanden, der für Recht und Ordnung sorgt, würden sich doch alle gegenseitig an die Gurgel gehen.« »Die Polizei ist dein Freund und Helfer.« Wer kennt sie nicht, all diese Sprüche, die einem so begegnen, wenn man darüber reden will, dass Herrschaft immer eine kritikable Sache ist. Menschen, die in einer bürgerlichen Gesellschaft leben, finden die Beschneidung des Egoismus durch den Staat und seine Polizei richtig und wichtig, und meinen, sogar gute Argumente dafür zu haben. Die bürgerliche Herrschaft soll vernünftig sein, und wenn nicht vollständig gut, so doch zumindest »die beste aller möglichen Welten«. Das, was heute ein Volksvorurteil ist, hat eine Jahrhunderte lange Tradition in der frühbürgerlichen Rechtsphilosophie, zum Beispiel bei Hobbes, Rousseau, Kant und Hegel. Was heute unvermittelt daher kommt, wird dort versucht zu begründen.
Seminar über Versuche der frühbürgerlichen Rechtsphilosophie, eine vernünftige Gesellschaft zu begründen.
Termine: 11.-15.6.2003, Hannover
4.-6.7.2003, Berlin

Staat schlägt sich ...
Staat verträgt sich
Die »Lehren aus den Weltkriegen« haben nicht verhindert, dass in den letzten Jahrzehnten zig Kriege vorbereitet und durchgeführt wurden. Im Gegenteil werden die Lehren aus den Weltkriegen und der allseitig beteuerte Wille zum Frieden als Gründe angeführt, warum man Krieg führen müsse. Man erinnere sich daran, wie die rot-grüne Regierung ihren Kosovo-Krieg mit der Verantwortung vor der Geschichte begründete. Heute werden dieselben oder ähnliche »Argumente« gegen einen Krieg in Anschlag gebracht.
In den Verteidigungspolitischen Richtlinien hat sich der deutsche Stat aufgeschrieben, wozu er ein Militär unterhält. Anhand dieser Richtlinien wollen wir zwei Thesen aufstellen und diskutieren: Ersten sind die Begründungen für und gegen den Krieg Rechtfertigungen und nicht die wirklichen Gründe von Krieg. Und zweitens zeigen die wirklichen Gründe von Krieg, dass es sich dabei nicht um einen Betriebsunfall handelt, sondern um ein wohlkalkuliertes Mittel der Politik, das zum Zweck der Nationalstaaten notwendig dazugehört.
Die UNO ist bekanntlich dafür da, für Frieden zu sorgen – und dafür auch mal einen Krieg mit ihrem Mandat auszurüsten. Grundlage der Diskussion in dieser Runde ist das Völkerrecht. Auf das aber auch locker verzichtet werden kann, wenn die NATO auf Jugoslawien Bomben wirft, und das mit dem Menschenrecht begründet. Völkerrecht und Menschenrecht: Was sind das für Rechte, auf die sich Staaten mit ihren Aktionen beziehen, und wer garantiert diese Rechte?
Die WTO und der IWF sind ebenfalls Institutionen, in denen sich die Staaten rumtreiben. Verhandelt werden dort wirtschaftliche Fragen der Völkerfamilie. Irgendwie ist allen klar, dass die Wirtschaft mit den Kriegen was zu tun hat. Aber was? Der Friedensbewegung gelten das Völkerrecht und die UNO als Berufungsinstanzen gegen Kriege. Schwächere USA und ein starkes Europa seien Grundpfeiler für ein friedliches Miteinander. Politischer bzw. wirtschaftlicher Druck wird dem Krieg als Mittel für eine gerechte Welt entgegengestellt. Diskutieren wollen wir, inwiefern diese Gründe gegen den Krieg nicht lauter Gründe für Kriege enthalten. Weiter interessiert uns, warum heute so viele Menschen aufgebracht sind, während vor vier Jahren bei Deutschlands erstem Krieg gegen Jugoslawien kaum ein Schwein auf der Straße war. Welches Bedürfnis liegt dem Schulterschluss der deutschen Friedensbewegung mit der Regierung zu Grunde?
Termin: 1.-18.5.2003, Hannover
Information & Anmeldung:
junge linke, Postfach 91 04 28, D-30424 Hannover
☎(05 11) 838 62 26
E-Mail: info@junge-linke.de
Web: www.junge-linke.de

MEDIEN

Was wollen die User?
Welche Seiten eines Online-Angebotes erreichen die User, welche nicht? Was sind die heimlichen »Renner«? Wie aussagekräftig sind »Hits«, »Pages« oder »Visits«? Welche Aussagen lassen sich über das User-Verhalten online insgesamt treffen? Das Seminar führt in die Auswertungsmöglichkeiten der User-Statistik ein und stellt einschlägige Web-Sites zur Nutzerforschung vor.
Termin: 4.6.2003

Linux verwenden
Eine Einführung in das Einrichten und die Funktionsweise von Linux und die Konfiguration der Server-Funktionalität stehen im Zentrum dieses Seminars für Einsteiger. Weitere Themen: Samba, WWW Proxy Squid, Web Server Apache, Mail Server am Beispiel von SuSE Linux. Kenntnisse im Umgang mit Dateiverwaltung und Verzeichnissen sind von Vorteil.
Termin: 2.-3.6.2003

Headlines, Teaser, Nachrichten
Das Internet ist ein vorzügliches Medium für Ihre aktuellen Informationen. Aber auf einen Bildschirm passt nicht viel Text. Lernen Sie Methoden kennen, wie Sie Ihre Inhalte auf den Punkt bringen. Information, webgerecht aufbereitet, nutzt das Prinzip der zunehmenden Informationstiefe. Weitere Schwerpunkte in Absprache mit den Teilnehmern: Newsletter-Planung, redaktionelle Kriterien für das Webkonzept, Internet-Recht.
Termin: 26.-27.6.2003
Information & Anmeldung:
Jounalistenakademie, Postfach 19 04 18, D-80604 München
☎(0 89) 167 512 06, Fax 13 14 06
E-Mail: info@journalistenakademie.de
Web: www.journalistenakademie.de

RADIKAL REISEN

Nicaragua
Thema: Neoliberalismus in Nicaragua
Die Zielsetzung der Reise soll sein, von den Gruppen dort zu erfahren, wie linke politische Arbeit in einem völlig veramten und korrupten Land wie Nicaragua aussehen kann. Welche Themen da wichtig werden, welche Formen der Partizipation und der Politisierung angestrebt werden. Angesichts der Krise der Linken in Nicaragua soll geklärt werden, was von dem Sandinismus noch zu erwarten ist und mit den Partnern soll diskutiert werden, wie eine Politik aussehen kann, die im betroffenen Land die Auswirkungen der Globalisierung bekämpft. Das Oberthema sollte zwischen »Krise des Sandinismus im neoliberalen Nicaragua« und »Auswirkungen der Globalisierung auf die nicaraguanische Alltagskultur und das dortige politische Leben« liegen. Wir werden verschiedenste Gruppen in Managua treffen und einen Einstieg in die Struktur eines Landes finden, in dem die revolutionäre Zeit 12 Jahre vorbei, aber immer noch im politischen und kulturellen Alltag fast ständig präsent ist. Auch werden wir jedoch die malerischen kolonialen Städtchen und Traumstrände Nicaraguas kennen lernen.
Keine Sorge.
Termin: 12.-22.08.2003
Kosten: ca. 750 EUR
Information & Anmeldung:
Jungdemokratinnen/Junge Linke, Greifswalder Str. 4, D-10405 Berlin
☎(0 30) 44 02 48 64, Fax -66
E-Mail: bgs@jdjl.org
Web: www.jdjl.org
Weitere Termine im Web oder auf Anfrage

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie **schriftlich** widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 5 Euro mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg